



Dr. Siegfried Naser:

### „Wir bleiben selbständig und unveräußerlich“

Bei der Jahrespressekonferenz des Bayerischen Sparkassenverbandes in München lehnte der Präsident Strukturveränderungen ab. **Seite 6**



Stephan Götzl:

### Regionale Verwurzelung als Erfolgsgeheimnis

Der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern übte bei der Bilanzpressekonferenz harsche Kritik an Politik und Bankenaufsicht. **Seite 9**



Prof. Dr. Claus Grimm:

### Kreativpreis vom Bund der Steuerzahler

In Kooperation mit der GZ wird dem Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte am 18. April in Augsburg die hohe Auszeichnung zuteil. **Seite 7**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 23. März 2006

57. Jahrgang / Nummer 6

## Kleine Kommunalwahlen in Bayern:

# Zufriedene Parteien

In 30 bayerischen Kommunen wurde am 12. März der Bürgermeister oder Oberbürgermeister gewählt. Bei diesen Kleinen Kommunalwahlen konnte insbesondere die CSU überraschende Erfolge erzielen. Die Wahlbeteiligung war eher gering - auch wegen der widrigen Witterungsverhältnisse.

Vor allem die Ergebnisse in den drei kreisfreien oberfränkischen Städten Hof, Bamberg und Bayreuth sowie im oberbayeri-



Hofs neuer OB Harald Fichtner

schon Bad Reichenhall wurden mit Spannung erwartet. Ein klares Ergebnis gab es indes nur in Hof: Dort hat die CSU nach 18 Jahren Abstinenz wieder den Chefsessel im Rathaus erobert. Der 40-jährige Rechtsanwalt Harald Fichtner setzte sich auf Anhieb überraschend klar mit 61,4 Prozent durch (siehe dazu auch Porträt auf Seite 16) und wird damit Nachfolger von Dieter Döhla (SPD), der nicht mehr kandidierte.

## Stichwahlen

Auch in der Bezirkshauptstadt Bayreuth wackelt die SPD-Herrschaft: Bezirksrat Michael Hohl (CSU) kam auf 38,2 Prozent, während Wirtschaftsreferent Ulrich Pfeiffer (SPD) 33,1 Prozent erreichte. Damit muss der Nachfolger des scheidenden Amtsinhabers Dieter Mronz (SPD) in einer Stichwahl ermittelt werden. Für die Stichwahl in Bamberg

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Mehr Einzelhandel in kleineren Gemeinden

Gemeindetag für mehr Flexibilität beim Landesentwicklungsprogramm

„Auch die kleineren Orte in Bayern haben ein Recht darauf, mit attraktivem Einzelhandel ausgestattet zu sein. Das Landesentwicklungsprogramm muss künftig mehr Flexibilität bei der Ansiedlung entsprechender Geschäfte ermöglichen“ verlangte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen zwischen Kommunen und Freistaat zum LEP. „Die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden des ländlichen Raums wollen eine attraktive Versorgung am Ort, um Einkaufstouren in die Großstädte zu vermeiden.“ Brandl forderte eine großzügigere Flächenfestlegung im Landesentwicklungsprogramm und verwies auf die flexibleren Regelungen im Landesplanungsrecht des Nachbarlands Österreich.

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für eine Ansiedlung insbesondere von Betrieben des Lebensmittel Einzelhandels auch in kleineren Gemeinden aus, wenn eine wohnortnahe Versorgung der Verbraucher fehlt.

liegt dagegen SPD-Kandidat Andreas Starke mit 45,9 Prozent klar vorn, während der CSU-Bewerber Peter Neller als Zweitplatzierte auf 24,7 Prozent kam. Ob das Unglück, das am 2. Januar Bad Reichenhall erschütterte, auch den Ausgang der OB-Wahlen mitbestimmt hat, ist fraglich. Fakt ist allerdings, dass der 18 Jahre amtierende Wolfgang Heitmeier von den Freien Wählern nur 41,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, während Herbert Lackner von der CSU stolze 49,4 Prozent bekam. Nun wird eine Stichwahl zwischen beiden nötig.

Im mittelfränkischen Rothenburg ob der Tauber verlor die SPD nach 18 Jahren mit OB Herbert Hachtel die Führung im Rathaus. Um die Nachfolge des scheidenden Stadtoberhauptes ringen der parteilose Verwaltungsrat (Fortsetzung auf Seite 4)

## Fortschreibung des LEP im Landtag:

# Gleiche Chancen für Stadt und Land

Pakt mit den Kommunen wird vom Staat vorbereitet Den Menschen in Stadt und Land in ihrer angestammten oder gewählten Heimat beste Perspektiven zu bieten, ist das Ziel der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramm (LEP).

Entsprechend der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber vom November 2003 legte Wirtschaftsminister Erwin Huber dem Landtag den Entwurf dar, mit dem die LEP-Fassung vom April 2003 auf den neuesten Stand der lokalen bis globalen Entwicklung gebracht werden soll. Es geht demnach um zeitgemäße Voraussetzungen und Chancen im Bereich Bildung und Kultur, Arbeit und Wohnen und um die notwendige Infrastruktur. Einen wesentlichen Beitrag soll das Regionalmanagement leisten, für das es bereits über 30 Initiativen gibt; von kommunalen und Landkreis-Allianzen bis zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

## Pakt mit den kommunalen Spitzenverbänden

Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Umsetzung dieses Vorhabens soll ein Pakt des Freistaates mit den kommunalen Spitzenverbänden sein, der schon vorbereitet wird. Zunächst hat der Landtag bis zur Sommerpause Zeit, die LEP-Fortschreibung zu beraten. Sie tritt an Stelle des am 1. April 2003 in Kraft

getretenen Programms. Das erste wurde am 1. Mai 1976 rechtlich wirksam. Auf dieser Grundlage konnten mit verschiedenen Ergänzungen große Erfolge erzielt werden, zog Huber Bilanz. Es sei gelungen, das Gefälle zwischen Stadt und Land deutlich abzubauen und eine weitgehende Annäherung an gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Die aktuelle Herausforderung komme von der Globalisierung, der EU-Osterweiterung, der Wirtschaftstendenz zur Konzentration auf ausgewählte industrielle Stützpfiler und von der demografischen Entwicklung mit sinkenden Geburtenzahlen, Überalterung und Abwanderung aus Teilgebieten. Gleichzeitig müsse von einer Verknappung der Haushalts-, Investitions- und Fördermittel ausgegangen werden.

## Vorrangprinzip

Um das in 30 Jahren Landesplanung Geschaffene zu erhalten und an die neuen Bedürfnisse anzupassen, seien mit dem System der Zentralen Orte die entscheidenden Pflöcke eingeschlagen worden. Die vielfach kriti-

## Kommunalkongress in Nördlingen:

# Starkes Europa nur mit starken Gemeinden

DStGB, Bayerischer Gemeindetag und Gemeindetag Baden-Württemberg: Klares Signal in Richtung Brüssel

Wasser, Abwasser, Personennahverkehr, kulturelle und soziale Dienste wollen Gemeinden auch in Zukunft in Eigenverantwortung regeln. Diese Position vertraten rund 500 Kommunalpolitiker aus Bayern und Baden-Württemberg bei einem Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, des Bayerischen Gemeindetags und des Gemeindetags Baden-Württemberg in Nördlingen.

„Die EU soll die kommunale Daseinsvorsorge respektieren. Soweit die Gemeinden Leistungen wie Wasser und ÖPNV innerhalb ihres Gemeindegebiets und mit eigenen gemeindlichen Mitteln erbringen, werden sie nicht wie ein Privater - auf einem ‚Markt‘ tätig. Also gilt das EU-Wettbewerbsrecht nicht“, erklärte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl.

## Daseinsvorsorgeleistungen nicht nach Vergaberecht

Insoweit habe die EU kein Mitspracherecht. Darüber hinaus unterliege die Zusammenarbeit der Gemeinden bei der Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen nicht dem Vergaberecht. Das, so Brandl, sollte Brüssel akzeptieren.

## Keine Vorgaben aus Brüssel

„Die EU darf kommunale Da-

seinsvorsorge nicht nur unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten beurteilen. Das wird der Rolle unserer Gemeinden nicht gerecht“, bemerkte der baden-württembergische Gemeindetagspräsident Roger Kehle. Und weiter: „Wir brauchen keine Vorgaben aus Brüssel, wenn wir Aufgaben durch zwingende gemeinsame Zusammenarbeit erledigen. Das muss von den Regeln des Vergaberechts freigestellt werden. Eine Vereinbarung unter Städten und Gemeinden ist keine marktwirtschaftliche Tätigkeit, sondern fällt unter die kommunale Organisationshoheit.“

## Bürgerschaftliche Selbstverantwortung

Auch DStGB-Präsident, Bürgermeister Roland Schäfer aus Bergkamen, wies darauf hin, dass Gemeinden nur dann stark sind, wenn sie als bürgernächste

staatliche Ebene alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft regeln können. Wie Staaten und Firmen lebten auch Gemeinden nicht von der Hülle einer Aufgabe, sondern von deren Inhalt. Deshalb müssten die Gemeinden in bürgerschaftlicher Selbstverantwortung über die wesentlichen Angelegenheiten der örtlichen Daseinsvorsorge selbst befinden können.

## Demokratische Legitimation

Nach Ansicht der drei Verbandspräsidenten sind gemeindliche Verwaltungen nur dann bürgernah, wenn sie das, was zu tun ist, vor den Bürgerinnen und Bürgern auch zu verantworten haben. Demokratie bedeute nicht nur wählen, sondern auch verantworten. Die demokratische Legitimation der aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangenen Gemeinderäte und Bürgermeister gehe ins Leere, wenn es nicht in der Verantwortung der Gewählten, sondern in der Hand privater Firmen liegt, ob und zu (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, DStGB-Präsident Roland Schäfer und der baden-württembergische Gemeindetagspräsident Roger Kehle (v. l.) unterzeichneten gemeinsam die Nördlinger Erklärung.

sierten Nachteile dieses Systems würden im neuen LEP durch das „Vorrangprinzip“ angegangen, ohne die Zentralen Orte abzuschaffen. „Wir wollen, dass auch schwach strukturierte Räume Zukunft haben“, betonte der Minister. Eine Finanzierung nach dem Gießkannenprinzip werde es nicht geben. Strukturschwache ländliche Räume sollen bei gleichgelagerter fachlicher Notwendigkeit in der Förderung Priorität haben bei Maßnahmen zur Versorgung mit Infrastruktur, bei der Abgrenzung von staatlichen und EU-Fördergebieten mit ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Die sogenannte kleine Kommunalwahl hat eines gezeigt: Bereits jetzt muss das Feld der Stadtpolitik so gut beachert werden, dass sich die Kernbotschaft „Wir sind die Besten“ in den Köpfen der Bürger verankert. Eine große Rolle spielt dabei die Präsenz des Bürgermeisters und der Stadträte. **Seite 15**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunale Investitionen beleben	2
200 Jahre Franken in Bayern	2
Krankenhäuser stärken	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Welchen Staat wollen wir?	3
Werkstätten präsentierten sich in Nürnberg	3
Grünes Licht für neues Kommunalwahlrecht	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunal Finanzen	5 - 9
Kommunaler Bau	10/11
Wasser - Abwasser	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Faltlhauser setzt auf die schwarze Null:

## Kommunale Investitionen beleben

Der Finanzminister legt dem Landtag den Nachtragsetat 2006 ohne neue Schulden vor

Als Dokument der Solidität und der Verantwortung vor zukünftigen Generationen hat Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser den Nachtragsetat 2006 im Landtag eingebracht. Der von 35,099 Mrd. Euro im Stammhaushalt auf 35,109 Mrd. Euro erhöhte Gesamthaushaltsplan ist demnach ohne Neuverschuldung in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Beim Schwerpunkt Kommunaler Finanzausgleich habe sich der Freistaat erneut als verlässlicher und stets dialogbereiter Partner der bayerischen Kommunen erwiesen. Für die Opposition dient der Nachtrag nicht dem Wachstum und der Konsolidierung. Vom ausgeglichene Haushalt mit der „schwarzen Null“ bei den Krediten sei Faltlhauser weit entfernt. Es werde weitergewurteilt wie bisher.

Der Finanzminister betonte, mit dem Haushalt 2006 werde eine neue Ära in der Haushaltspolitik eingeläutet. Die bundesweit einzigartige Leistung, ohne Neuverschuldung auszukommen, sei Ziel und Anker einer soliden, am Gedanken der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientierten Finanzpolitik ohne Tricksereien. Zum Vorwurf der Opposition, die „schwarze Null“ werde nur dadurch erreicht, dass 2005 mit 1,3 Mrd. Euro die höchsten Kredite der letzten Jahrzehnte aufgenommen und weitere 500 Mio. Euro als Kreditermächtigungen früherer Jahre genutzt wurden, sagte der Minister, angesichts der Einnahmeausfälle der letzten Jahre habe auch Bayern seine Verschuldung erhöhen müssen. Der Freistaat habe aber unter allen Bundesländern, vom Bund ganz zu schweigen, die mit großem Abstand geringste Verschuldung. Pro Kopf betrage sie lediglich 1.851 Euro; in den übrigen Flächenländern West liege sie im Schnitt bei 5.512 Euro.

### Heranziehung von Privatisierungserlösen

Faltlhauser räumte ein, die Heranziehung von etwa 155 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen - z. B. Verkauf von E.ON-Anteilen und Immobilien - sei nicht die beste Lösung. Er wolle diesen Betrag im Haushaltvollzug weiter absenken. Privatisierungserlöse müssen verfassungsgemäß im Grundstockvermögen des Staates bleiben.

### Schwerpunkte

Trotz des engen Finanzierungsspielraumes sei es gelungen, im Nachtragshaushalt Schwerpunkte im Bereich Bildung, Wissenschaft und Innere Sicherheit zu setzen. Auch die kommunalen Investitionen würden deutlich gestärkt. Er betonte, dass alle Spitzenverbände bei den FAG-Verhandlungen Ende Januar dem zusätzlichen Investitionspaket von 120 Mio. Euro zugestimmt haben.

Der Minister nannte einige Zahlen: Schulhausbau 40 Mio.,

Straßenbau und Unterhalt 24 Mio., Abwasseranlagenbau 30 Mio., ÖPNV-Investitionen 6 Mio. sowie Investitionspauschale 20 Mio. Euro. Zur Stärkung der Verwaltungshaushalte fließen 17 Mio. Euro in die Schlüsselzuweisungen. Hiervon würden insbesondere die finanzschwachen Kommunen profitieren.

### Eigenverantwortung der Träger erweitert:

## Krankenhäuser stärken

Gesetzesnovelle ermöglicht großzügigen Umgang mit staatlichen Fördermitteln

Neuorientierung der Krankenhausplanung, Neuausrichtung der Krankenhausförderung sowie Vereinfachung des Normenbestandes sind die grundlegenden Ziele einer Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes. Sie wurde ausgelöst durch neue bundesrechtliche Rahmenbedingungen, die zu beschleunigtem Bettenabbau geführt haben.

Der federführende Sozialausschuss des Landtags hat die von Ministerin Christa Stewens erläuterte Novelle mit den Stimmen der CSU gebilligt, die den Text dahin erweiterte, dass das Land noch mehr als bisher auf die Rückforderung von Fördermitteln von den Krankenhäusern verzichtet.

### Eigenverantwortung

Mit dem neuen Gesetz werde eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und bürgernahe Krankenhausversorgung gesichert, erklärte die Ministerin. Die Eigenverantwortung der Träger werde gestärkt, wirtschaftlichere Strukturen im stationären Bereich würden ermöglicht und Hemmnisse zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten abgebaut. Die Höhe der jährlichen, pauschalen staatlichen Förderung soll nicht mehr allein von der Bettenzahl sondern von der medizinischen Leistung des Krankenhauses abhängen. Derzeit werden in den 394 zugelassenen bayerischen Krankenhäusern 75.805 Betten und 2.420 teilstationäre Plätze vorgehalten. Vor zehn Jahren waren es noch 86.000 Betten. Zugleich sei die durchschnittliche Verweildauer von 11,2 Tagen 1994 auf 8,5 Tage 2004 gesunken.

Das geänderte Gesetz wolle die Krankenhäuser dabei unter-

stützen, vermehrt zusammenzuarbeiten, auch über kommunale Grenzen hinweg. Des weiteren sollen die Träger einen spürbar größeren Spielraum zum eigenverantwortlichen Wirtschaften erhalten. Der Freistaat engagiert sich laut Stewens jährlich mit 453 Mio. Euro für die bayerischen Krankenhäuser. Allein letztes Jahr wurde die Finanzierung neuer Bauprojekte im Umfang von rund 100 Mio. Euro beschlossen.

### Mehr wirtschaftliches Wachstum notwendig

Der SPD-Finanzexperte Dr. Heinz Kaiser befand, der Etatgleich komme nur zustande, indem der Minister insgesamt über 2,1 Mrd. Euro aus Rücklagen, Fonds, Stöcken, Verschuldung am Grundstock und Darlehensrückflüssen von den Flughäfen München und Nürnberg zusammenkratze, sowie durch Einsparungen bei allen Fachmi-

nisterien. „Die Politik der schwarzen Null ist in allen wichtigen Feldern der Landespolitik gescheitert.“ Die Investitionsquote von 11,7 % im vorläufigen Haushaltsabschluss 2005 sei die niedrigste aller Zeiten in Bayern. Für den Grünen-Haushaltssprecher Thomas Mütze ist der Nachtragsentwurf „ein großer Bluff“. Faltlhauser sei nicht der Musterschüler sondern der Mustertaucher in Deutschland.

Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach (CSU) bewertete den Haushalt ohne Neuverschuldung als finanzpolitischen Meilenstein im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Besonders hervorzuheben sei, dass die Schwerpunkte Bildung, Wissenschaft und Innere Sicherheit gezielt ausgebaut werden. Der SPD falle seit Jahrzehnten nichts anderes ein, als einen soliden Staatshaushalt schlecht zu reden. Er gab Kaiser insoweit recht, dass mehr wirtschaftliches Wachstum dringend notwendig sei. **rm**

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

**sucht Kandidatinnen und Kandidaten**  
für Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen

**Sie** haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Elan, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitreißend. Ihre Lebenseinstellung ist in jeder Hinsicht positiv. **Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!**

**jetzt!** Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:  
KPV-Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 64, 80335 München  
Telefon 089 / 1243-263, KPV@csu-bayern.de

Landesausstellung 4. April bis 12. November 2006:

## Zweihundert Jahre Franken in Bayern

Veranstalter: Haus der Bayerischen Geschichte und Stadt Nürnberg

„Laut tönte der Jubel der Bürger, Frohsinn und Freude strahlte aus dem Antlitze Aller. Laut erscholl der Freudenschrei: Es lebe Maximilian Joseph!“ So wusste das Schweinfurter Wochenblatt anlässlich der bayerischen Übernahme der freien Reichsstadt Schweinfurt im Jahr 1805 zu berichten. Doch haben sich wirklich alle Franken auf die bayerische Regierung gefreut?

Im Museum Industriekultur in Nürnberg wird in der Landesausstellung 2006 an das Entstehen des neuen Staates Bayern 1806 erinnert, dessen Entwicklung in besonderem Maße von den fränkischen Gebieten geprägt wurde.

Die großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 200 Jahre sind die Themen einer abwechslungsreichen und unterhaltenden Gesellschaftsinszenierung. Dabei werden Ausschnitte der gemeinsamen bayerisch-fränkischen Vergangenheit in den Vordergrund gestellt.

### Reiche Kulturschätze

Die Schatzkammer Franken dokumentiert die reichen Kulturschätze der Region und zeichnet ihren Weg in der bewegten Zeit nach Säkularisation, Mediatisierung und Okkupation Frankens durch Bayern nach.

Frankens Weg nach Bayern führte von der französischen Revolution über die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches und die Wirren der Napoleonischen Kriege hin zu einem fast ganz im neuen Bayern aufgegangenen Franken.

### Problematischer Anfang

In den folgenden Jahren mussten sich die fränkischen „Neubayern“ an die Regierung von München aus gewöhnen. Irritationen blieben nicht aus - Franken und Bayern erlebten einen problematischen Anfang. Sogar Forderungen nach einer Loslösung von Bayern wurden auf dem Höhepunkt der Revolution von 1848/49 laut.

### Erste Eisenbahn

Der Bau der ersten Eisenbahnlinien durch Franken brachte der Region wirtschaftliche Vorteile. Zwischen Reichseinigung und Wirtschaftsboom änderten sich die Lebensbedingungen rasant: Gas und Elektrizität, Automobil

Meinung. Klaus Wolfrum (SPD) erklärte, unter diesen Voraussetzungen könne man allen Bürgermeistern und Landräten nur raten, bei jedem Schneefall sofort Katastrophenalarm auszulösen.

In Sachen Winterdienstpauschale warf Wolfrum den kommunalen Spitzenverbänden vor, tatenlos zuzusehen zu haben, wie diese Pauschale zugunsten anderer Regelungen abgeschafft wurde. Offenbar saßen in den zuständigen Gremien hauptsächlich Kommunalpolitiker aus weniger schneereichen Regionen. **rm**

und Zeppelin, Röntgenapparat und Telefon führten unaufhaltsam in die Moderne. Franken wurde zum wirtschaftlichen Motor Bayerns. Überbevölkerung, Industrieschlote und Massenarmut waren die Kehrseite der Industrialisierung und des Fortschritts.

Immerhin - das hundertjährige Jubiläum des Königreichs Bayern feierte man nicht in München, sondern in Nürnberg mit der Jubiläums-Landesausstellung 1906. Ihre Ausmaße waren denen einer Weltausstellung würdig - als Industriemesse, Kunstaustellung und Vergnügungspark zog das Großereignis ein Millionenpublikum an.

Nöte und Umbrüche brachten der 1. Weltkrieg und die Weimarer Republik. Bamberg wurde kurzzeitig Sitz der aus München geflohenen bayerischen Regierung; Inflation und Weltwirtschaftskrise standen fast unvermeidbar neben dem Glamour der so genannten „Goldenen Zwanziger“.

### Fränkisches Selbstverständnis

Parallel zu der oft drückenden Alltagsnot in einer sich rasch wandelnden Welt entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein romantisiertes Frankenbild. Trachten, Bräuche und Feste, Baustil und Volksmusik - die Rückbesinnung auf Altes und die Einrichtung neuer Traditionen formte nun das fränkische Selbstverständnis. Die Kulturpflege verbot jedoch nicht den Blick nach Oberbayern - auch Jodeln war in Franken erlaubt.

Zwiespältig ist das Bild Frankens in der NS-Zeit. Hier feierte die NSDAP schon früh Erfolge; die Reichspartei in Nürnberg wurden zum Schauplatz nationalsozialistischer Propaganda.

Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, Zonenrandlage und Flüchtlingsproblematik, Strukturwandel und High-Tech-Landschaft sind nur einige Schlagworte der Entwicklungen in Franken nach 1945.

Was bringt die Zukunft für Franken und Bayern? Diese Frage steht am Ende des Rundgangs durch die fränkisch-bayerische Geschichte. Trotz der bekannten Probleme der demografischen Entwicklung, der Globalisierung der Märkte und der sich ankündigenden Klimawende - Franken in Bayern hat Zukunft, zumindest im Frankentopia der Landesausstellung.

[www.franken-2006.de](http://www.franken-2006.de),  
[www.koenigreichbayern.de](http://www.koenigreichbayern.de),  
[www.hdbg.de](http://www.hdbg.de). **□**

### Bettenschwund

Für die CSU begrüßte Dr. Thomas Zimmermann die Novelle. Damit würden die Krankenhäuser flexibler für den schwierigen Umstrukturierungsprozess. Der Bettenschwund sei vor allem durch das Fallpauschalengesetz der alten rot-grünen Bundesregierung beschleunigt worden, bis hin zur Schließung von Krankenhäusern. Stellvertretender Ausschussvorsitzender Joachim Unterländer (CSU) stellte fest, mit dem Änderungsantrag aus seiner Fraktion werde es den Trägern noch besser ermöglicht, ganz oder teilweise aus dem Krankenhaus-

### Hilfe nur bei Katastrophenalarm

Staatliche Zuschüsse für erhöhten Winterdienst nach der Schneekatastrophe eingeschränkt

In der Praxis des am 14. Februar vom Kabinett beschlossenen 7-Punkte-Hilfspakets für die Schadensbeseitigung nach der Schneekatastrophe wird es für die Kommunen auch darauf ankommen, ob sie Katastrophenalarm ausgelöst haben oder nicht. In diesem Sinn hat Finanzstaatssekretär Franz Meyer den Haushaltsausschuss des Landtags aufgrund eines SPD-Dringlichkeitsantrags unterrichtet.

Demnach wird sich der Freistaat an der Beseitigung wesentlicher Schäden an kommunalen Infrastruktureinrichtungen nach den geänderten Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes beteiligen, auch wenn kein Katastrophenalarm ausgelöst wurde. Das betrifft, so der Staatssekretär, schulische Anlagen, Kindergärten und Kindertagesstätten sowie Rettungswachen. Maßgeblicher Zeitraum für die Entstehung der Schäden ist der 8. bis 13. Februar. Bei Straßen wird die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands gefördert.

Zu den Winterdienstkosten können Städte, Landkreise und Gemeinden Zuschüsse erhalten,

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Dammert  
86836 Klosterlechfeld  
am 7.4.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Lindinger  
93179 Brennbach  
am 4.4.

Bürgermeister Fritz Irlacher  
83259 Schleching  
am 7.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Schöck  
97215 Uffenheim  
am 8.4.

Bürgermeister Klaus Herzog  
63739 Aschaffenburg  
am 29.3.

Bürgermeister Otto Beck  
91596 Burk  
am 29.3.

Bürgermeister Anton Drexl  
86510 Ried  
am 30.3.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Anton Wolf  
88167 Stiefenhofen  
am 2.4.

Landrat  
Alexander Muthmann  
94078 Freyung  
am 3.4.

Bürgermeister Hans Donko  
92681 Erbdorf  
am 6.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Armin Postler  
96169 Lauter  
am 29.3.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Friedrich Zeller  
86956 Schongau  
am 1.4.

Bürgermeister Bernd Müller  
86399 Bobingen  
am 5.4.



Näher an den Menschen in der Großstadt: Dr. Helmut Jung, OB Dr. Alfred Lehmann, Dr. Otmar Bernhard und Dr. Siegfried Balleis (v. l.).

„Große Städte - Herausforderung für die Politik“:

## Soziale Milieus und Wählerschichten im Spiegel der Meinungsforschung

Expertentagung der Hanss-Seidel-Stiftung

Im Wahlverhalten zeigen sich seit langem wachsende Unterschiede zwischen großen Städten und ländlichen Regionen. Die Ursachen sind u. a. in differenziert ausgeprägten sozialen Milieus zu suchen. Diese wachsende Heterogenität ist auch in Wahlanalysen schwer zu erfassen. Die Gründe hierfür sowie generell der Stellenwert neuer Wählergruppen für die Kommunalpolitik war Thema einer Expertentagung der Hanss-Seidel-Stiftung mit dem Titel „Große Städte - Herausforderung für die Politik“.

Wahlforscher Dr. Helmut Jung von der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH, Hamburg, präsentierte die wichtigsten Erkenntnisse einer Untersuchung über soziale Milieus und Wählerschichten in Großstädten. Er wies darauf hin, dass sich bei der Selbsteinstufung erwartungsgemäß Mehrfachmit-

Sichtweisen besteht Jung zufolge die Tendenz, sich bei Mehrfachmitgliedschaften relativ ähnlichen bzw. „verwandten“ sozialen Milieus zuzurechnen. Hier seien „vier Milieucuster“ erkennbar:

1. Soziale Schwäche sowie niedriger beruflicher und Einkommensstatus,

Analysen, mit deren Hilfe Einflussfaktoren für den Grad der „gefühlten Übereinstimmung“ mit Parteien identifiziert werden sollen, legten nahe, dass bei der subjektiven Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen die „altbekannt“ Milieus wie Doppelverdienner ohne Kinder, Selbständige, Freie Berufe, Leitende Angestellte und Landwirte, Akademiker sowie Rentner und Ältere die Übereinstimmung mit der Union fördern.

### Fokussierung auf spezifische Themen

Analysen, mit deren Hilfe wiederum objektive sozialstrukturelle Einflussfaktoren für den Grad der Übereinstimmung mit Parteien identifiziert werden sollen, legen laut Jung nahe, dass trotz abnehmender Bindungskraft der Sozialstruktur immer noch die alten Wirkungsmechanismen beim Zusammentreffen bestimmter Konstellationen gelten:

- Konfessionszugehörigkeit und konfessionelle Bindung (Kirchgangshäufigkeit)
- Familienstand: verheiratet (in Partnerschaft), verwitwet, geschieden
- Alter
- Beruf: Leitende Angestellte, Beamte, Freie Berufe/Selbständige, Landwirte
- kein Beruf, Rentner

Jungs Fazit: „Man muss sich von der Vorstellung eindeutiger, klar definierbarer sozialer Milieus verabschieden.“ Es bestehe die Notwendigkeit der Fokussierung auf spezifische Themen und damit verbundene „Brennpunkte“ wie Familie, Kinder, Schule, Betreuung, Ausländer/Aussiedler, Sicherheit, Gewalt und Bildung.

### Strategische Vorgehensweise

Bei der Festlegung und Priorisierung von Kernzielgruppen gelte es, strategisch vorzugehen. Auch müsse vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen die Gleichartigkeit von Sichtweisen in großen und anderen Städten beachtet werden.

In die Tagungs-Thematik eingeführt hatte die ehemalige Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm, Justizministerin Dr. Beate Merk. Sie verwies darauf, dass die gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüche nirgendwo deutlicher seien als in den großen Städten. Sie seien in vielerlei Hinsicht Frühindikatoren und Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklungen. Merk: „Wenn wir den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess politisch mitgestalten wollen - also gerade nicht dem Zeitgeist blind hinterherlaufen wollen - dann müssen wir das Lebensgefühl der Men-

## Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

gliedschaften in verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus ergeben hätten - „bei definitiver Zurechnung durchschnittlich 3,5 und bei auch teilweiser Zurechnung durchschnittlich 5,5“.

### Weniger Rollenpluralismus

Bayern weise im Hinblick auf Mehrfachmitgliedschaften in sozialen Gruppen und Milieus etwas geringere Durchschnittswerte auf als Deutschland insgesamt. Dies wertete Jung als „Indikator für etwas weniger Rollenpluralismus“ im Hinblick auf die gleichzeitige Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Milieus. Bei der subjektiven Zugehörigkeit zu speziellen, durch berufliche Kriterien, sozialen Status und die Stellung im Lebenszyklus beschriebene Milieus, ergäben sich im Hinblick auf deren Größe keine Unterschiede zwischen großen Städten und kleineren Städten und Gemeinden.

Auffallend sei, dass die Sicht auf die Parteien als Interessenvertreter für spezifische Milieus und Wählergruppen sich nicht unterscheidet im Hinblick auf alle Befragten und jene Personen, die sich einem spezifischen Milieu zurechnen. Zudem unterscheidet sich die Sicht auf die Parteien als Interessenvertreter für spezifische Milieus und Wählergruppen ebenfalls nicht hinsichtlich der Bevölkerung in Großstädten bzw. kleineren Städten und Gemeinden.

Bei aller Vielzahl und Komplexität der Einstellungen und

2. hoher Bildungs-, Berufs- und Einkommensstatus,
3. Alter und Generationenzugehörigkeit,
4. Stadt-Land-Zugehörigkeit.

### Keine Monopolstellung

In keinem der sozialen Milieus und in keiner der analysierten Gruppen sei eine eindeutige Dominanz oder gar Monopolstellung für eine Partei als die genuine Interessenvertreterin dieser Gruppe feststellbar, fuhr der Wahlforscher fort. Erkennbar seien je nach Art der jeweiligen Gruppe lediglich relative Stärken oder Schwächen. Diese Ergebnisse seien in Großstädten und anderen Gemeinden im Prinzip identisch.

### Lebensgefühl und Grundüberzeugungen

Auch eine eher auf emotionale Kriterien beruhende Betrachtungsweise, bei der die „gefühlte Übereinstimmung“ zwischen dem Befragten und „seiner“ Partei im Hinblick auf Lebensgefühl und Grundüberzeugungen im Fokus der Analyse steht, bringe keine großen Unterschiede zwischen den Übereinstimmungen in großen Städten und anderen Wohngemeinden. In den Großstädten gebe es etwas mehr emotionale Übereinstimmung mit den Grünen, auf dem Land mit FDP und Konservativen. Bei der Übereinstimmung mit Politikern sei das Bild hingegen teils umgekehrt.



## Kolumne Gerhard Weber

*Liebe Leserinnen  
und Leser!*

Was haben die Vogelgrippe, der Halleneinsturz von Bad Reichenhall und der Passauer Wildfleischskandal gemeinsam? Zum einen handelt es sich jeweils um äußerst bedauerliche, ja zum Teil bedrohliche Vorkommnisse, die ein überaus großes Interesse in der Öffentlichkeit fanden bzw. finden. Zum anderen wird in allen drei Fällen dem Staat zumindest teilweise Versagen vorgeworfen. Die Behörden auf Rücken hätten zu spät und unzureichend reagiert, kann man lesen. Die Halle in Bad Reichenhall



Auswüchsen entgegen gewirkt werden und es müssen überflüssige alte Zöpfe abgeschnitten werden.

Aber wir müssen uns als offene, demokratische Gesellschaft schon entscheiden, welchen Staat wir wollen. Wollen wir einen Staat - und damit eine Verwaltung - der seine Schutzfunktion für die Bürger umfassend ausübt oder wollen wir einen Staat, der seine Überwachungsaufgabe nur lückenhaft wahrnimmt und damit Verantwortung auf die Gesellschaft verlagert? Wenn wir uns als Volk für das erstere entscheiden, dann müssen wir bereit sein, dem Staat die entsprechenden Vollmachten zu geben, das heißt die entsprechenden Gesetze zu erlassen, und die Verwaltungen personell und materiell so auszustatten, dass sie diesen Auftrag auch erfüllen können.

Wenn wir uns für die zweite Lösung entscheiden, dann dürfen wir vom Staat ebene umfassende Vor- und Fürsorge, keine flächendeckende Kontrolle und keinen vollständigen Schutz erwarten. Dann kann der Staat auch mit weniger Vorschriften auskommen und die Verwaltungen können kleiner gehalten werden.

Nur ein Verhalten kann es nicht geben, nämlich das, dem Staat die erforderlichen Instrumente zu verweigern und die Verwaltungen zurückzufahren, aber im Falle eines Falles sich dann darüber zu beschweren, dass der Staat und die Verwaltungen nicht oder nicht ausreichend gehandelt hätten. Unsere Gesellschaft muss entweder hü oder hott sagen und sie muss bereit sein, für jede Lösung die Konsequenzen zu tragen. Wir müssen uns entscheiden, welchen Staat - und damit welche Verwaltungen - wir haben wollen.

## Welchen Staat wollen wir?

hätte rechtzeitig überprüft werden müssen, lautet ein anderer Vorwurf. Und beim Passauer Wildfleischskandal sei nicht streng genug kontrolliert und gehandelt worden, so schreiben die Zeitungen.

Und wenn gerade mal kein - wirklicher oder vermeintlicher - Skandal unser Land erschüttert, dann beschäftigen sich die Medien und die Stammtische gerne mit dem Thema „öffentliche Verwaltung und Bürokratie“. Mit großem Eifer wird dann darüber philosophiert, dass wir in unserem Land viel zu viele Gesetze und Vorschriften haben und natürlich sowieso viel zu viele Beamte und sonstige öffentliche Bedienstete. Und nicht wenige Politiker versprechen eifrig, dass jetzt endlich mit dem Bürokratieabbau ernst gemacht wird und beschließen zu diesem Zweck immer mehr, immer neue und immer kompliziertere Gesetze.

Natürlich ist es eine Daueraufgabe für die Politik, die Verwaltungen auf größtmögliche Effizienz zu trimmen und bestmöglich aufzustellen. Und natürlich muss bürokratischen

*Gerhard Weber*

schen in der Großstadt aufnehmen.“ Aufgabe der Politik sei es, die Bedürfnisse der Menschen wahrzunehmen und sich darauf einzustellen. „Näher am Menschen“ heiße selbstverständlich auch „näher an den Menschen in der Großstadt“.

### Dialog mit den Muslimen

Aus ihrer langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung berichteten der Erlanger OB Dr. Siegfried Balleis (Stellenwert von Studenten und Muslimen in Großstädten), Umweltstaatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Junge Singles in Großstädten) und der Ingolstädter OB Dr. Alfred Lehmann (Aussiedler als Wählerzielgruppe in Großstädten).

Balleis zeigte sich davon überzeugt, dass der vor zehn Jahren begonnene Dialog sich als die einzig richtige Möglichkeit zeige, Muslime zu integrieren, „in dem man ihnen die notwendige Offenheit und Achtung entgegenbringt“. Die Muslime, die sich akzeptiert und ernst genommen fühlten, fänden ihren Weg in die Mehrheitsgesellschaft, verstünden sich als „Erlangerinnen und Erlanger“ und würden sich dann auch zur deutschen Staatsbürgerschaft entschließen.

### Warnung vor Ausgrenzung

Mit Sorge beobachte er, dass Aktionen, wie z. B. auch der Leitfaden in Baden-Württemberg, der sich gezielt an Muslime richtet, von den Betroffenen als gezielte Diskriminierung erlebt werde, fuhr der Rathauschef fort. Selbst bei nicht besonders religiösen Muslimen, die als deutsche Staatsbürger hier ihren Weg als Anwälte, Unternehmer und Professoren gemacht haben, löse dieser Fragebogen unweigerlich das Gefühl von Ausgrenzung aus. „Das“, so Balleis, „sollte uns bei der weiteren Diskussion in Bayern zu denken geben.“ **DK**

### Werkstätten präsentierten sich in Nürnberg:

## Partner der Wirtschaft

Über 7.000 Fachbesucher und Endverbraucher  
Fachkongress mit über 2.700 Teilnehmern

Rundherum punkten konnte die Werkstätten:Messe, die 2006 von Offenbach nach Nürnberg wechselte: 181 Aussteller (ein Plus von 20 Prozent), 10.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche (68 Prozent Wachstum) und über 7.000 Besucher (ein Plus von rund fünf Prozent) sprechen für den Erfolg der Veranstaltung ebenso wie das Fachvortragsprogramm mit einer Rekordbeteiligung von über 2.700 Teilnehmern.

Draußen Winter, innen Frühling: nach diesem Motto schienen die Aussteller auf der Werkstätten:Messe 2006 ihre Stände ausgestattet zu haben. Orange, Gelb, Rot: Die Standwände leuchteten in warmen Farben; üppiger Blumenschmuck und liebevolle Dekorationen luden die Besucher zum Näherkommen und Verweilen ein. Und sie kamen zahlreich - trotz des Faschingswochenendes: Über 7.000 Menschen besuchten an den vier Tagen die Werkstätten:Messe im Nürnberger Messezentrum. Insgesamt präsentierten 181 Stände Waren und Erzeugnisse, Dienstleistungen sowie ihr Leistungsportfolio als Auftragsunternehmen für die Wirtschaft.

### Zwei Milliarden Umsatz

Der Werkstätten:Messe 2006 gelang dabei der Spagat, sowohl Fachmesse für Werkstattleitungen und Entscheider aus Werkstätten, der Industrie, Groß- und Einzelhandel zu sein und sich somit in die große Zahl der Fachmessen am Messeplatz Nürnberg einzureihen, als auch Endverbrauchermesse zu sein, ein 10.000-Quadratmeter-Einkaufsmarkt für jedermann.

Entsprechend groß war die Bandbreite der Messe: Hier Produktschau mit Spielwaren in vielerlei Formen, meist aus Holz und von handwerklich hoher Qualität, geschmackvollen De-

signobjekten aus Glas, Stahl oder Holz, Deko- und Verpackungsmaterial, kreativen Geschenkideen, Garten- und Büromöbeln, Papierwaren oder hochwertigen Fleisch-, Wurst-, und Backwaren, dort zahlreiche Aussteller, die ihre Dienste und Arbeitsleistungen anboten als Partner der Wirtschaft.

Dass Werkstätten einen leistungsfähigen Markt darstellen, zeigt das jährliche Auftragsvolumen. Denn das beträgt zwei Milliarden Euro. „Die Werkstätten:Messe ist die ideale Plattform, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Werkstätten für behinderte Menschen in vielen Bereichen ebenso leistungsfähig sind wie kommerzielle Produzenten, Dienstleister oder Zulieferer“, sagte denn auch der Leiter des CCN CongressCenter Nürnberg, Friedhelm Lenz.

Entsprechend umfangreich präsentierte sich das Fachvortragsprogramm mit insgesamt über 2.700 Teilnehmern, die sich dabei mit Themen wie Aus- und Weiterbildung, Warenpräsentation, Kundenakquisition oder Personalmanagement befassten.

### Unternehmerforum

Großen Wert legten die Messe-Macher - die NürnbergMesse als Veranstalter und die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG: (Fortsetzung auf Seite 4)

## Partner der Wirtschaft ...

(Fortsetzung von Seite 3) WfbM) als ideeller Träger der Messe - denn auf die Möglichkeit des Austauschs zwischen den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der Wirtschaft, etwa beim Unternehmerforum, das aufzeigte, wie sinnvoll und für beide Seiten von Nutzen Kooperationen von WfbMs und Unternehmen sein können oder wie gar die Integration von behinderten Mitarbeitern gelingen kann.

### Modellprojekt BMW

Darüber sprach Referent Johannes Magin, der am Beispiel eines Modellprojekts des BMW-Werks in Regensburg über betriebliches Eingliederungsmanagement darstellte, wie es durch die professionelle Integration gelungen ist, immens Kosten einzusparen - von den positiven Auswirkungen auf die Unternehmenskultur ganz zu schweigen.

Bis auf den letzten Platz besetzt auch der Vortrag des prominenten Unternehmensberaters Pater Anselm Bilgri („Finde das rechte Maß“). Forums-Teilnehmer Dr.-Ing. Wolfgang Stodieck, ehemaliger Geschäftsführer der MAN-Tochter Alstom, sieht denn auch großes Potenzial in der Kooperation von Unternehmen und WfbMs: „Dabei ist der humanitäre Gedanke gerade in den Zeiten einer Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen das eine; zum anderen sind WfbMs jedoch tatsächlich in der Lage, hervorragende Arbeit zu leisten, mit durchweg positiver Resonanz bei den Auftraggebern.“

### Türen für die S-Klasse

Wie WfbMs als Partner der Wirtschaft brillieren können, zeigt die Gemeinnützige Wohnstätten und Werkstätten GmbH

(GWV) aus Sindelfingen. In ihren Werkstätten werden Teile für fast alle Baureihen von DaimlerChrysler gefertigt. Auf der Messe zu sehen waren Türen der S-Klasse-Reihe von Mercedes, für die die GWV die kompletten Seitenscheiben und Dreieckscheiben montiert. Auch für den Maybach, das Prestigeobjekt, wird bei der GWV gearbeitet. Die Anlieferung aller Teile zu DaimlerChrysler erfolgt nach dem Just-in-Time-Prinzip: „Mittlerweile eine Selbstverständlichkeit bei uns“, so Markus Lutz von der GWV.

### Maschinen werden selbst entwickelt

Die Maschinen und Anlagen, die dafür zum Einsatz kommen, werden von den Werkstätten der GWV selbst entwickelt und gebaut. Lutz betont, wie hoch die Anforderungen an Qualität bei allen Produkten sind. „Anfangs wird, wenn notwendig, ein Auftrag noch teilweise mit Hilfe von Fremdkräften ausgeführt. Mit fortschreitender Schulung und Erfahrung machen dann die behinderten Mitarbeiter der GWV die Arbeiten überwiegend selbstständig.“ Entsprechend großen Wert legt man deshalb auf die Aus- und Fortbildung. Dies mit einem Erfolg, der es der IHK Region Stuttgart wert war, der GWV den „Innovationspreis Ausbildung“ im Bereich Großbetriebe zu verleihen.

### Profi-Software für WfbMs

Wer so professionell arbeitet, braucht auch eine entsprechende Software für die Steuerung aller Prozesse im Haus. Die hat zum Beispiel die Azteka Consulting GmbH, die mit ihrem Programm ERPsocial(r) ein maßgeschneidertes und voll integriertes Softwareprogramm für WfbMs an-

bietet. „Werkstätten müssen sich bei ihrer Ausrichtung auf dem Markt den gleichen Anforderungen stellen, wie jedes andere Unternehmen auch“, so Marketing-Referentin Tanja Broscheit. „Zusätzlich müssen WfbMs ihrem Reha-Auftrag gerecht werden und dies ebenfalls in ihrer Software abbilden.“ Positiv an der Messe empfand Broscheit „die Vielfaltigkeit des Angebotes von WfbMs, was noch viel Potenzial bietet, um auch der Industrie als Einkaufsplattform zu dienen, besonders interessant durch die Möglichkeit, die Ausgleichsabgabe zu senken“.

### Knallhartes Geschäft

Den Stand teilte sich die IT-Firma mit ihrem Kooperationspartner Haus Freudenberg GmbH mit Hauptsitz in Kleve. Dort und in der Niederlassung Geldern hat man sich auf die Herstellung hochwertiger Möbel spezialisiert, vor allem für Wohnheime, soziale Einrichtungen und Büros. „Das ist ein knallhartes Geschäft“, weiß Prokurist Lutz Keßler. Zumal man auch Großaufträge ausführt: 100 Büroeinrichtungen in sechs Wochen? „Für uns ist das möglich.“ Keßler lobt die Organisation der Messe und ist guter Dinge, dass sich aus den Kontakten einige Nachmessegeschäfte ergeben.

### Lob für die NürnbergMesse

Voll des Lobes ist Werner Kraus, Bereichsleiter der Werkstätten der Lebenshilfe e.V. aus Schweinfurt. „Wir haben in Nürnberg an den ersten zwei Tagen bereits so viel verkauft, wie bislang an allen vier Tagen“, freut sich Kraus. Zum einen hätten natürlich die Produkte großen Anteil daran („vor allem hochwertiges, innovatives, pfiffig gemachtes Holzspielzeug für Kinder und Erwachsene“), zum anderen aber auch die neue Örtlichkeit: „Das ist eine wirkliche Wohlfühlhalle, die Organisation der ganzen Messe ist ausgezeichnet und das Begleitprogramm fa-

## Starkes Europa ...

(Fortsetzung von Seite 1) welchen Konditionen gemeindliche Daseinsvorsorgeaufgaben erfüllt werden. Zugleich sei die stetige, berechenbare Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der jeweiligen Region.

### Nördlinger Thesen

Deshalb verabschiedeten der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Bayerische Gemeindetag und der Gemeindetag Baden-Württemberg „im Bewusstsein, dass kommunale Selbstverwaltung in ihrer deutschen Ausprägung zur nationalen Identität Deutschlands gehört, auf der Grundlage des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassungen Baden-Württembergs und Bayerns, auf der Grundlage des EG- und des EU-Vertrags und der dazu ergangenen Zustimmungsgesetze des Deutschen Bundestags und auf der Grundlage der „Maastricht-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts“ folgende „Nördlinger Thesen“:

1. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein prägender Ausdruck der sozialstaatlichen Tradition Deutschlands.

2. Die eigenverantwortliche Gestaltung und Kontrolle der Erbringung der Dienste der Daseinsvorsorge durch die demokratisch legitimierte Gemeindevertretung ist prägender Teil der Identität des EU-

belhaft. Haben Sie eben den Chor gehört? Ganz fantastisch.“ Mitarbeiterin Waltraud Kaspar hebt die gute Erreichbarkeit der NürnbergMesse hervor: „Die Beschädigung und Verkehrsleistung ist ausgezeichnet, ich bin noch nie so problemlos und in einem Rutsch bis vor den Eingang einer Messgesellschaft gefahren.“

### Super-Nachmessegeschäft

Auch für Werner Lindner war die Werkstätten:Messe „rundum

ein Erfolg“. Der Geschäftsführer der WfbM der Stadt Nürnberg ist sowohl mit der hohen Qualität der Besucher, dem Umsatz auf der Messe selbst und dem Nachmessegeschäft sehr zufrieden. „Eine rundum gelungene Sache“ war die Werkstätten:Messe 2006 für die WfbMs der Diakonie Neuendettelsau, freut sich Marketingleiter Alfons Hempfling. Überrascht war er über das „Super-Nachmessegeschäft - vor allem in der Woche nach der Messe ging es bei uns richtig rund“.

## Grünes Licht für neues Kommunalwahlrecht

### Beckstein: Wahltermine bündeln / Kostenentlastung Mehr Entscheidungskompetenzen vor Ort

**Der Ministerrat gibt grünes Licht für eine Neugestaltung des Kommunalwahlrechts. Das Kabinett hat nach Abschluss der Verbandsanhörung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes beschlossen, der nun dem Landtag zugeleitet wird.**

Innenminister Dr. Günther Beckstein betonte, dass Anpassungen geboten seien aufgrund der Erfahrungen der letzten Gemeinde- und Kreiswahl sowie der zwischenzeitlichen Änderungen im Bundes- und Landeswahlrecht. Als Beispiel nannte er die weitere Harmonisierung der Termine von Bürgermeister- und Landratswahlen mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen. Das Gesetz soll laut Beckstein möglichst frühzeitig vor den nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im März 2008 in Kraft treten, damit sich Wahlbehörden, Parteien und

Wählergruppen auf die Änderungen einstellen können.

Der neue Gesetzentwurf hat unter anderem folgende Eckpunkte:

- Harmonisierung der Wahltermine;
- Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Besetzung der Wahlgänge;
- Abschaffung des „Wahlleiters kraft Amts“
- Meldepflicht für Bedienstete für Tätigkeit im Wahlvorstand
- Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis statt öffentlicher Auslegung;
- Aufhebung des Verbots gleich-

## Zufriedene Parteien ...

(Fortsetzung von Seite 1) tungsfachwirt Walter Hartl (39,8 Prozent) und der für die CSU und eine freie Wählervereinigung antretende Verwaltungsfachmann Jochen Müssig (39,7 Prozent). In der katholischen Bischofsstadt Eichstätt kommt es ebenfalls zu einer Stichwahl zwischen dem amtierenden Rathauschef Arnulf Neumeyer (SPD, 47,6 Prozent) und Achim Jansen von der CSU, der 43,8 Prozent der Stimmen auf sich verei-

nen konnte. Im schwäbischen Nördlingen hingegen musste die CSU nach dem Ausscheiden des langjährigen OB Paul Kling den Chefposten im Rathaus an Herrmann Faul (67,6 Prozent) von den Freien Wählern abgeben.

### Interessen und Rechte der Kommunen

Unterdessen hat CSU-Chef Edmund Stoiber das erfreuliche Abschneiden seiner Partei als klare Stärkung ihrer kommunalfreundlichen Ausrichtung gewertet. Stoiber: „Die CSU ist die Partei, die sich auf Bundes- und Landesebene mit Vehemenz für die Interessen und Rechte der Kommunen einsetzt.“ Er verwies darauf, dass die CSU das strukturschwache Hof durch die Ansiedlung des Landesumweltamtes und den geplanten Ausbau des Regionalflughafens gezielt gefördert habe.

Stoiber kündigte an, dass er den konsequent kommunalfreundlichen Kurs der CSU und der Bayerischen Staatsregierung fortsetzen werde: „Ich werde mich in der Großen Koalition in Berlin ebenso wie bei den bevorstehenden Kommunalforen in Nord- wie in Südbayern für die Interessen unserer Städte und Gemeinden einsetzen. Die CSU ist die Kommunalpartei in Bayern und Deutschland und soll diese Rolle auch in Zukunft konsequent wahrnehmen.“

### Hoffen auf die Stichwahlen

SPD-Vorsitzender Ludwig Stiegler erklärte, die Wiederwahl der SPD-Oberbürgermeister in Freising (Dieter Thalhammer, 67,1 Prozent), Aschaffenburg (Klaus Herzog, 89,7 Prozent) und Landsberg am Lech (Ingo Lehmann, 59,2 Prozent) bestätigte die gute Arbeit, die sie in der vergangenen Wahlperiode geleistet hätten. Landtagsfraktionschef Franz Maget sprach von einem „schönen Erfolg“ für die SPD. Bereits im ersten Wahlgang habe sie mehr OB-Sitze erringen können als die CSU und gehe somit aussichtsreich in die

zeitiger Zugehörigkeit nahe Verwandter zum Gemeinderat

• Lockerung des Amtsausübungsverbots bei der Vertretung des Landrats

Das Verbot der Amtsausübung für Bürgermeister, die den Landrat vertreten müssen, wird gelockert. Bisher dürfen Bürgermeister einer kreisangehörigen Gemeinde, die zugleich gewählter Stellvertreter des Landrats sind, während der gesamten Dauer der Vertretung des Landrats ihr Bürgermeisteramt nicht ausüben. Beckstein: „Ein umfassendes Verbot ist nicht erforderlich und schränkt die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgermeister erheblich ein, vor allem bei lang andauernden Vertretungsfällen.“ Zur Vermeidung von Interessenkonflikten wird das Verbot künftig auf Fälle beschränkt, in denen der betreffende Gemeinderat durch die Maßnahme des Stellvertretenden Landrats ein Vor- oder Nachteil entstehen könnte. Diese Regelung soll für den gewählten und den weiteren Stellvertreter des Landrats gelten.

• Senkung des Quorums für Bürgerentscheide

Bürgerentscheide sollen künftig nur noch sonntags durchgeführt werden können und das Abstimmungsquorum in Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern von derzeit 20 von Hundert auf 15 von Hundert der Stimmberechtigten abgesenkt werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das Abstimmungsquorum in Höhe von 20 von Hundert in diesen Gemeinden selten erreicht wird. □

Stichwahlen in 14 Tagen. Das gute Abschneiden der SPD in konservativen Städten zeige, „dass es keine traditionellen Hochburgen der Parteien mehr gibt, sondern das Profil des Kandidaten entscheidend ist“.

Auch die Freien Wähler Bayern (FW) haben den Ausgang der Kleinen Kommunalwahlen zufrieden zur Kenntnis genommen. In 13 der 30 Kommunen hatten sich Freie Wähler um die Rathausessel beworben.

In Bad Tölz und in Monheim wurden Josef Niedermaier und Anton Ferber in ihren Ämtern klar bestätigt. In Kommunen, in denen die Amtsinhaber nicht mehr antraten, konnten die FW bemerkenswerte Erfolge feiern. Grein: „Der Triumph von Herrmann Faul in der Großen Kreisstadt Nördlingen ragt heraus. Zudem freuen wir uns sehr über die Wahl von Peter Maurer in Sulzbach am Main.“ Achtungserfolge konnten FW-Kandidaten zudem in größeren Städten wie Bayreuth, wo die FW-Kandidatin Brigitte Merk-Erbe 23,5 Prozent der Stimmen erzielte, oder durch Eva Gottstein in Eichstätt erringen. In beiden Städten haben die guten Ergebnisse der FW-Kandidatinnen Stichwahlen erzwingen.

### Zweistellige Ergebnisse auch für Grüne

Laut Grünen-Landeschef Sepp Daxenberger hat seine Partei ihr kommunalpolitisches Standbein weiter gefestigt. So erzielten grüne Bürgermeister- und OB-Kandidaten in vier Kommunen zweistellige Ergebnisse: Rosi Steinberger in Kumhausen bei Landshut, Ursula Sowa in Bamberg, Ludwig Hartmann in Landsberg am Lech sowie Christoph Stockmayer in Schwaig bei Nürnberg. Dies, so Daxenberger, sei eine gute Ausgangsbasis für die Kommunalwahlen in zwei Jahren. Mit sechs Bürgermeistern und den gut 800 kommunalen Mandatsträgern seien die bayerischen Grünen in den Rathäusern des Freistaats inzwischen fest verankert. **DK**

## Gleiche Chancen ...

(Fortsetzung von Seite 1) sprechenden Maßnahmen sowie bei der Verteilung der Finanzmittel.

### Impulsgeber Metropolen

Bayerns ländlicher Raum mit 80 % Fläche und fast 60 % der Bevölkerung dürfe keine Ausgleichsfunktion für die Verdichtungsräume haben, was deren Bedeutung nicht mindere. Die Metropolregionen München und Nürnberg charakterisierte Huber als Impulsgeber für das ganze Land. Sie böten die Chance, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, die interregionale Vernetzung und Kooperation zu stärken und das Marketing im europäischen Wettbewerb zu fördern.

Die Frage nach den zwischen den Städten einerseits, Landkreisen und Gemeinden andererseits umstrittenen Einzelhandelsprojekten auf der „grünen Wiese“ ließ Huber unbeantwortet. Vom Verbot bis zur schrankenlosen Freigabe gebe es „alle nur erdenklichen Vorstellungen“. Sie müssten im Einzelfall beurteilt werden. Innenstädte müssten durch verkehrsgerechte Stadtplanung genau so am Leben erhalten werden wie Landgemeinden, in denen es keinen Einzelhandel mehr gebe, die also auf Einkaufszentren angewiesen seien.

### Konflikte

Schon die Aussprache im Plenum und die erste Beratung im federführenden Wirtschaftsausschuss spiegelte die Konflikte wider, die in den Kommunen, deren Spitzenverbänden und zwischen den Parteien herrschen. Huber selbst hatte eingeräumt, dass zum Beispiel in Sachen Einkaufsgroßmärkte auch

in der CSU Differenzen auszugetragen seien, was Ausschussvorsitzender Josef Pschierer (CSU) bestätigte. Andererseits betonte er, kein anderes Land habe bisher so viel gerade für den ländlichen Raum getan wie Bayern.

Ehe die Beratungen - voraussichtlich zur Sommerpause - abgeschlossen werden, wird es auch noch eine Anhörung im Landtag geben. Huber hatte noch darauf verwiesen, dass Politiker aus allen Lagern zweifeln, ob es des LEP überhaupt noch bedürfe. In diesem Punkt ergab sich Einigkeit. Die Sprecher aller drei Fraktionen bekannten sich zur Weiterentwicklung des Programms.

### Kein Zeitdruck

Die Hauptsprecher der Opposition, Hildegard Kranawitter (SPD), Stellvertreterin Pschierers im Vorsitz des Wirtschaftsausschusses, und Christian Magerl (Grüne) beanstandeten zunächst die zeitliche Abfolge. Abgesehen davon, dass der Ministerpräsident die Überholung des LEP nur ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten der letzten Fortschreibung verkündete, habe sich die Staatsregierung alle Zeit der Welt gelassen, den neuen Entwurf zu erarbeiten. Der Landtag dürfe jetzt nicht unter Zeitdruck gesetzt werden. Ebenso übereinstimmend erachtete die Opposition den Entwurf nicht als die angekündigte große Verschlinkung des Programms oder als Musterbeispiel für Verschlinkung und Verwaltungsvereinfachung. Huber hatte erwähnt, das LEP werde durch die Neufassung um 40 % gekürzt und stelle sich als straffes, lesbares und anwenderfreundliches Konzept dar. **rm**

Bayern an der Spitze:

# Immobilien-Benchmarking für die öffentliche Hand

Von Dipl.-Ing. Stefan Bogenberger und Dr.-Ing. Lars Bernhard Schöne, Real I.S. AG

Ein überaus positives Engagement zur Schaffung von Transparenz im eigenen kommunalen Immobilienbestand und seiner Bewirtschaftung zeigen aktuell die bayerischen Kommunen. Bereits 130 Teilnehmer aus Bayern haben in der jüngsten Vergangenheit an der Initiative teilgenommen. Heuer liegen bereits über 220 Anmeldungen bzw. Interessenbekundungen aus allen Teilen Deutschlands vor - eine Vielzahl aus dem Freistaat.

Zu dieser Zwischenbilanz kommt die Verbundinitiative „Immobilien-Benchmarking für die öffentliche Hand“ der Real I.S. AG, einer 100%-Tochter der BayernLB. Das Verbundprojekt in der Sparkassen-Finanzgruppe geht am 18.04.2006 in eine neue Runde. Eine Anmeldung ist bis zum diesem Stichtag noch möglich!

Benchmarking ist Lernen im Vergleich und von den „Besten“. An der jährlich stattfindenden Initiative haben sich bis heute Kommunen aus Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland der Herausforderung gestellt, sich im Bereich kommunale Immobilienbewirtschaftung zu messen. Annähernd 1.600 kommunale Gebäude mit einer Gesamtfläche von 5,2 Mio. qm Bruttogrundfläche sind in die Analyse eingeflossen - dieses hervorragende Ergebnis wird in 2006 wohl noch einmal übertroffen.

## Noch eine Menge Luft

Bei Kosten und Verbräuchen besteht mit Potenzialen bis zu 60% „noch eine Menge Luft“, um den kommunalen Haushalt zu entlasten, Investitionsmittel freizusetzen, den schleichenden Verfall der Ressource kommunale Immobilie aufzuhalten und darüber hinaus auch einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz oder der Lokalen Agenda 21 zu schaffen. In der Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz, die sich mit zehn Gebäuden am Projekt beteiligte, war es das Ziel erste Erkenntnisse im Bereich der Energie zu vertiefen. Erster Bürgermeister Josef Rapp: „Obwohl bereits ein „Energiebericht“ vorgelegt hat, konnte durch das Benchmarking ein Teil unseres kommunalen Immobilienbestandes noch genauer durchleuchtet und noch transparenter dargestellt werden. Wir wissen jetzt noch besser, wo der Hebel anzusetzen ist, um finanzielle Einsparpotenziale zu realisieren.“

## Begleitung der Kommune

„Die dargelegten Potenziale sind natürlich realistisch zu bewerten und nicht über Nacht zu heben.“, so Dr. Lars Bernhard Schöne, Direktor der Real I.S. „Ziel ist es, die Kommune durch den notwendigen Aufnahmeprozess zu begleiten, für mögliche Einsparpotenziale und Optimierungsmaßnahmen zu sensibilisieren.“, so Schöne weiter.

Alle politischen Fraktionen und kommunalen Spitzenvertreter in Bayern sind sich einig:

Die Initiative Immobilien-Benchmarking liefert wichtige Impulse, um die Konsolidierung der Haushalte über Einsparungen in der Immobilienbewirtschaftung voranzubringen und gleichsam das notwendige Augenmerk auf den allerorten bestehenden Instandhaltungsrückstau zu richten. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der Qualität der Leistungen und weiterhin nicht zu Lasten der baulichen Substanz gehen. Selbstverständlich sieht dabei - je nach politischer Farbe - der eine mehr die Sparwänge, der andere eher die Entlastung der Umwelt und ein weiterer nicht zuletzt den öffentlichen Auftrag im Vordergrund - auch im Sinne der Selbstverwaltung.

## Sparsamer und effizienter Umgang mit Geldern

Auch Landrat Rudi Engelhard, Landkreis Pfaffenhofen, unterstreicht diese Aussage: „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sparsam und effizient umgegangen wird. Insofern ist es nur konsequent mit einem Benchmarking den ersten Schritt zu gehen, um Potenziale im Gebäudemanagement aufzudecken und im Landkreis die notwendigen Ressourcen noch gezielter einsetzen zu können.“

Die Auslöser sind vielfältig und werden derzeit aktiv bei den kommunalen Entscheidern vor Ort aufgenommen. Stefan Bogenberger, Projektleiter zur laufenden Initiative: „Der aktuelle Rückenwind und das große Interesse an einer Teilnahme in 2006, ist insbesondere auf das Engagement der bayerischen Sparkassen zurückzuführen.“ Bogenberger weiter: „Ein Verbundprojekt lebt eben vom Verbund. Und dies funktioniert auch heuer zwischen Sparkasse und Kommune vorbildlich - beispielsweise auf den Kommunalforen quer durch Bayern.“

## Hebel zur Optimierung

Als ein Ergebnis des Verbundprojektes Immobilien-Benchmarking ist festzuhalten, dass beispielsweise bei Schulen allein die Reinigungskosten ca. 50 Prozent der Gesamtbewirtschaftungskosten ausmachen. Nahezu die Hälfte der Kommunen erbringt die Reinigungsleistung derzeit noch in Eigenregie mit internen Kräften. Das Kostengefälle zwischen interner und externer Leistungserbringung liegt

laut Analyse bei 40 Prozent.

## Kennzahlen-Analyse

Die mögliche Identifikation der Stellschrauben bestätigt auch der Bürgermeister der Stadt Heilsbrunn, Walter Träger: „Die detaillierte Kennzahlen-Analyse hat uns aufgezeigt, wo die größten Kostentreiber in unserem Immobilienbestand liegen und durch deren Minimierung können wir in den nächsten Jahren eine 5-stellige Summe im Haushalt einsparen!“ Das Fazit muss folglich sein, dass die kommunale

# Stadtsparkasse nutzt ihren Standortvorteil

München für Banken sehr attraktiv

Der Großraum München ist für Banken und Finanzdienstleister sehr attraktiv. Von diesem Vorteil profitiert auch die Stadtsparkasse München. Das Institut, siebtgrößte Sparkasse in Deutschland, hat 2005 sein Ergebnis kräftig gesteigert, „so dass wir im Vergleich mit den anderen Großsparkassen sehr zufrieden sind“, wie der Vorstandsvorsitzende Harald Strötgen vor der Presse mitteilte.

Der Erfolg drückt sich zum einen auch darin aus, dass die Stadtsparkasse allen ihren Mitarbeitern für 2005 einen Sonderbonus zahlt, und zwar 1000 Euro, jedem Vollzeitbeschäftigten, die Hälfte jedem Teilzeitbeschäftigten und 350 Euro jedem Azubi, und zum anderen, dass sie ihr gesellschaftliches Engagement für den Standort München von 1,6 auf 2,3 Mio. Euro erhöht.

## „Eindeutig privilegiert“

Strötgen sieht die Stadtsparkasse „eindeutig privilegiert“, weil München die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland und beim Wachstum und bei der Ansiedlung von zukunftsfähigen Branchen die Nase vorn hat. Allein sieben von 30 Dax-Unternehmen haben in der Stadt ihren Sitz. Die Kaufkraft pro Kopf beträgt in München mehr als 24.000 Euro, im bundesweiten Durchschnitt aber nur 17.400 Euro. In Bayerns Landeshauptstadt werden 3,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten beträgt 19,7 Prozent, in Frankfurt/Main 16,8 Prozent, in Berlin aber nur 13,1 Prozent.

Am Bankplatz München gibt es 550 Bankfilialen. 91 davon unterhält die Stadtsparkasse. Außerdem betreibt sie 45 SB-Servicestellen und 38 Kompetenz-Center für Kapitalanleger, Immobilienkäufer und Firmenkunden. Hinzu kommen 202 Geldautomaten, u. a. neuerdings auch in U-Bahnhöfen, von denen, statistisch gesehen, zusammen jede Minute Tag und Nacht 4200 Euro ausgezahlt werden. Die Nähe zum Kunden zählt Strötgen denn auch zu den großen Stärken der „Bank unserer Stadt“, wie sich das Institut selbst bewirbt.

In Zahlen stellt sich der Erfolg so dar, dass die Bilanzsumme um 1,9 Prozent auf 13,6 Mrd. Euro gestiegen ist und das Betriebsergebnis nach Risikobewertung um 55,3 Prozent auf 112,8 Mio. Euro zugelegt hat. Nach Strötgens Angaben erreicht die Eigenkapital-Rendite 11 Prozent. Diesen Ergebnissen liegen Kundeneinlagen von 10,6 Mrd. Euro (+ 1,7 Prozent), Ausleihungen von 8,5 Mrd. Euro (+ 3,4 Prozent) und Wertpapierumsätze von 936,6 (Vorjahr:

le Verwaltung sukzessive, aber konsequent Leistungen extern vergibt, sich der Anteil der Fixkosten zu Gunsten der variablen Kosten verschiebt und folglich eine immense Entlastung auf der Kostenseite realisiert werden kann.

## Politik in Bewegung

Die erforderlichen Rahmenbedingungen stellen die Voraussetzung für ein effizientes Management und hier insbesondere des Liegenschaftsmanagements dar. Hier sind zunächst die politischen Entscheidungsträger gefordert, weitestgehend die Transparenzschaffung anzustoßen.

## Herausforderungen für Kommunen

Kommunen sind unter der Voraussetzung einer Nichtschlechterstellung bereit und teilweise



„Ruhe vor dem Sturm“: Projektleiter Stefan Bogenberger (links) und Direktor Dr. Lars B. Schöne bei einem aktuellen Kommunalforum der Sparkassen.

heute schon in der Lage, die von ihnen genutzten Immobilien vollständig zu managen und zu bewirtschaften. Aktuelle Herausforderungen sind: Vereinfachen der Prozesse, stärken der interdisziplinären organisatorischen Zusammenarbeit, anknüpfen an eine Transparenzschaffung mit leistbaren Optimierungsschritten und folglich

ein möglichst wettbewerbsorientiertes Ausgestalten der immobilienbezogenen Managementleistungen.

Detailliertere Informationen unter [www.realisbench.de](http://www.realisbench.de), über den Projektleiter Herrn Stefan Bogenberger, Tel.: 089 / 489 082 - 334 oder Fax: - 304 oder e-mail: [stefan.bogenberger@realisag.de](mailto:stefan.bogenberger@realisag.de)

wand um 6,3 Prozent ab, dabei allein der Personalaufwand um 4,7 Prozent. Dennoch ist es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen gekommen. Und das soll auch auf absehbare Zeit so bleiben. Genutzt werden die natürlichen Fluktuation und Abfindungen bei freiwilligem Ausscheiden, etwa bei der Auslagerung des IT-Bereichs ins Rechenzentrum der bayerischen Sparkasse. Weitere Auslagerungen könnte es bei der Verwaltung des Bargeldes, der Immobilien und beim Veranstaltungsmanagement geben. Zurzeit sind 156 Mitarbeiter im sogenannten Transfermanagement eingesetzt, wo sie wechselnde Sonderaufgaben erfüllen.

keinem Schadensfall gekommen.

Das erwähnte gesellschaftliche Engagement nimmt die Stadtsparkasse über vier Stiftungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich wahr. Sie unterstützt insgesamt 216 Projekte und Einrichtungen, darunter die Münchner Symphoniker, den Verein „Kinderschutz und Mutterschutz“, das Projekt „ghettokids“, die Renovierung des Cuvillies-Theaters, die Errichtung des jüdischen Zentrums am Jakobsplatz (Eröffnung am 9. November 2006) und nach dem Einsturz der Eishalle in Bad Reichenhall Einrichtungen für Opfer und hilfsbedürftige Hinterbliebene. dhg.

## Cost-Income-Ratio

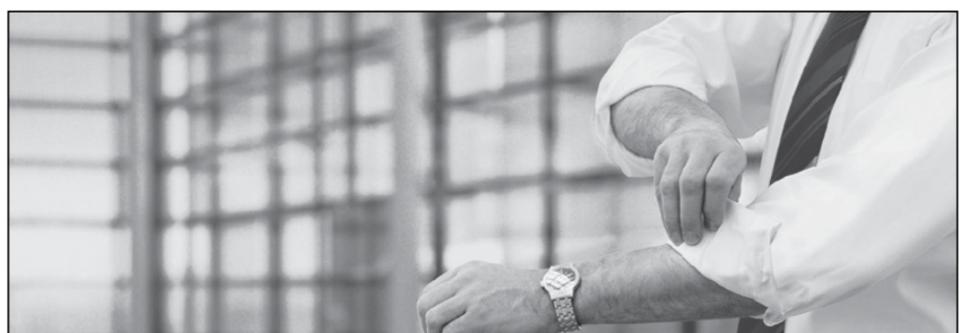
Am besten zeigen sich die Fortschritte bei der Kostensenkung in der sogenannten Cost-Income-Ratio, die von 72,9 auf 69,4 Prozent gedrückt werden konnte. Diese Rate zeigt an, wie viel Cent das Unternehmen aufwenden muss, um einen Euro zu verdienen. Und sie soll noch weiter gesenkt werden.

## Neue Angebote des Instituts

Zu seinen neuen Angeboten zählt das Institut die verbindliche elektronische Signatur im Internet, die beschleunigte Zahlung „giropay“ fürs Internet-Shopping und bald auch einen mobilen Vertreter für die Beratung bei Kunden zu Hause. 48 Prozent der Kunden nutzen inzwischen das onlinebanking. Bisher ist es trotz Phishing-Attacken noch zu

## BayernLB begibt Jumbo-Pfandbrief

Die BayernLB hat die Orderbücher für ihre EUR Jumbo Transaktion geöffnet. Die Emission des öffentlichen Pfandbriefs mit einer Laufzeit von vier Jahren und einem geplanten Volumen von mindestens einer Milliarde Euro erfolgt im Anschluss an eine in Europa durchgeführte Roadshow. Die gemeinsame Federführung der Transaktion liegt bei der BayernLB, BNP Paribas und Citigroup. Eine Co-Manager Gruppe wird noch gebildet. Die Ratingagenturen Standard & Poors, Moody's und Fitch bewerten die öffentlichen Pfandbriefe der BayernLB mit der Bestnote „AAA“. □



Seit nunmehr 34 Jahren begleiten wir Kommunen, Landkreise und kommunale Zweckverbände bei Projekten jeder Größenordnung mit „maßgeschneiderten“ Dienstleistungspaketen und einem umfangreichen Finanzierungs-Service.

**Maßgeschneiderte Finanzierungslösungen auch im kommunalen Hochbau - Made in Bayern**

Telefon (089) 21 71-2 19 25 Fax (089) 21 71-2 19 22 eMail: [info@bayerngrund.de](mailto:info@bayerngrund.de) Bayern Grund

## Die Autoren:

**Dipl.-Ing. Stefan Bogenberger**, MSc. ist Projektleiter bei der Real I.S. AG, Gesellschaft für Immobilien Assetmanagement, einer 100%-Tochter der BayernLB und verantwortlich für Projekte der öffentlichen Hand. Er absolvierte das Bauingenieurstudium an der Technischen Universität München und graduierte am City College of the City University in New York als Master of Science. Bogenberger ist u. a. Co-Autor des Fachbuches Immobilien-Benchmarking.

**Dr.-Ing. Lars Bernhard Schöne** ist Direktor bei der Real I.S. AG, Gesellschaft für Immobilien Assetmanagement, einer 100%-Tochter der BayernLB und zeichnet für die Geschäftssparte Immobilien-Consulting verantwortlich. Schöne ist u. a. Herausgeber der Fachbücher Immobilien-Benchmarking sowie Real Estate und Facility Management; Dozent an verschiedenen Fakultäten sowie engagiertes Mitglied in Ausschüssen sowie Verbänden. □

# Absicherung von Ölpreisrisiken am Beispiel Öl-indexierter Gaslieferverträge

von Lars Mähl und Wolfgang Kraus\*

In den vergangenen sieben Jahren ist der Preis für Rohöl der Sorte Brent von unter 10 \$/bbl auf annähernd 70 \$/bbl gestiegen. Dieser enorme Anstieg, gekoppelt mit einer starken Preisschwankung, wirkt sich selbstverständlich auch auf die Preise für alle Ölprodukte (Heizöl, Schweröl, Diesel, Benzin aber auch Gas) in Deutschland aus und weckt die Frage nach Instrumenten, die das Risiko der enormen Preisschwankungen eliminieren. Diese Absicherungsinstrumente sind verfügbar und kommen bereits bei vielen Unternehmen zur Steuerung der Preisrisiken zum Einsatz. Die detaillierte Funktionsweise soll im folgenden anhand einer Gaspreisabsicherung erläutert werden.

Die meisten Gaslieferverträge in Deutschland sind an die Preise für Öl gebunden und damit hat sich auch der Gaspreis entsprechend erhöht. In der Öffentlichkeit wird derzeit diese Preisbindung sehr kritisch betrachtet - Forderungen nach einer Abkopplung des Gaspreises vom Ölpreis werden laut. Da aber Erdgas als Konkurrenzenergeträger zu Erdöl zu sehen ist und Erdgas zum Teil auch aus den gleichen Vorkommen wie Erdöl gefördert wird, ist eine Abkopplung des Gaspreises vom Ölpreis in absehbarer Zukunft fraglich.

## Bindung an Rheinschiene ist marktüblich

Die in Deutschland und teils auch in den angrenzenden Staaten verwendete Ölpreisbindung, orientiert sich an den Rheinschiene-Preisen des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden für leichtes oder schweres Heizöl (HEL bzw. HS). Diese werden dort monatlich ermittelt und mit einer Verzögerung von etwa 5 Wochen veröffentlicht. Seit 1999 schwankten die Preise für

Rheinschienepreise ermöglicht eine Preisabsicherung über Finanzprodukte, die als Basiswert die Rheinschiene-Notierungen haben. Um den Gaspreis abzusichern wird neben dem physischen Gasliefervertrag ein Derivat abgeschlossen, das das Risiko steigender Rheinschienepreise absichert. Die Ausgleichszahlung des Derivats gleicht im Falle gestiegener Öl- und somit Gaspreise die Mehrkosten der physischen Lieferung aus. Sind die Ölpreise gefallen, so muss von dem Swapkäufer eine Ausgleichszahlung an den Swapverkäufer gezahlt werden. Somit entsprechen die Kosten für die Gasbeschaffung (physischer Bezug abzüglich Ausgleichzahlung aus Swap) exakt dem vorher vereinbarten Rheinschienepreis.

## Preisfixierung versus Preisobergrenze

Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise sowie die großen Preisschwankungen in kurzen Zeiträumen machen den Einsatz von Preisabsiche-

gebotspalette. Hierbei werden vor allem Swaps „fix gegen variabel“ eingesetzt, bei denen sich der Konsument als Swapkäufer einen Fixpreis für einen Zeitraum über eine bestimmte Menge sichert. Dieser Fixpreis

## Gegenüberstellung von Swap und Optionen

Swap	Optionen
<ul style="list-style-type: none"> <li>Preisfixierung für definierte Öl-/Gas-Menge,</li> <li>keine Zahlung einer Prämie Bilaterales,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Preisbegrenzung bei gleichzeitiger Wahrung von Chancen</li> <li>Prämienzahlung bei Abschluss, Zero-Cost-Konstrukte möglich</li> <li>Bei Optionskauf keine Kreditlinie erforderlich</li> <li>Worst Case: Verlust der Optionsprämie</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Kreditlinie, aber keine Marginalzahlungen erforderlich</li> <li>Ausgleichszahlungen nach Settlement</li> </ul>	

## Sparkassenverband zieht Bilanz:

# „Wir bleiben selbständig und unveräußerlich“

Präsident Naser lehnt Strukturveränderungen ab Kritik an zuviel Bürokratie und Prüfungsichte

„In Bayern sind und bleiben die Verhältnisse stabil.“ Mit dieser Feststellung beschrieb der Geschäftsführende Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Siegfried Naser, in der Jahrespressekonferenz die geschäftspolitische Zukunft der bayerischen Sparkassen.

Zur aktuellen Debatte über die Bankenstrukturen könne Bayern nichts Neues beitragen. Der Freistaat und die kommunalen Träger hielten auch in Zukunft an der öffentlichen Rechtsform der Sparkassen, ihrer Unveräußerlichkeit und ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit fest. Naser, der im übrigen von einem wirtschaftlich erfolgreichen Jahr für die noch 77 bayerischen Sparkassen mit einer Steigerung des addierten Jahresüberschusses um 35,7 Prozent berichtete, wandte sich gegen jede Aufweichung des bewährten Drei-Säulen-Systems in der Bankenstruktur, weil dadurch über kurz oder lang das Geschäftsmodell der Sparkassen als regional verankerte Kreditinstitute verloren ginge.

## Keine Strukturdebatte

Die Strukturdebatte, die einzeln in anderen Bundesländern mit neuen Modellen geführt werde, „führen wir nicht“, sagte Naser. Bayern habe bereits im Jahre 2002/2003 mit dem neuen Landesbankgesetz und dem neuen Sparkassengesetz die Sparkassen-Finanzgruppe modern und zukunftsgerichtet aufgestellt. Eine ernsthafte grundsätzliche Debatte zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft an sich gebe es nicht mehr. Auch zögen sich die Sparkassen mit ihrer regional ausgerichteten Kreditpolitik nicht aus der Fläche zurück.

Dagegen spricht auch nicht, dass durch Fusionen die Zahl der bayerischen Sparkassen von 82 im Jahr 2004 auf 77 in 2005 zurückgegangen ist. Immerhin unterhalten die bestehenden Sparkassen 2651 (-51) konventionelle Geschäftsstellen, 281 (+9) SB-Geschäftsstellen und 327 (+20) Beratungszentren. Es gebe auch weiterhin Fusionsüberlegungen, vor allem im unterfränkischen Raum. Der Verband werde solche Überlegungen beratend begleiten, aber nicht initiieren.

Über die zum Verkauf stehende Bankgesellschaft Berlin sagte Naser, der Sparkassenbereich werde mitbieten, um die Bank, zu der auch die Berliner Sparkasse gehört, in der S-Finanzgruppe zu halten. Aber man wer-

wird dann gegen den noch zu ermittelnden, zukünftigen variablen Preis (Notierung des Statistischen Bundesamtes) abgerechnet. Durch die Fixierung des Preises eliminiert der Käufer sein Risiko steigender Preise, er partizipiert aber nicht an fallenden Preisen.

Soll bei einer Absicherung auch von fallenden Preisen profitiert werden, so muss der Käufer Optionen einsetzen. Hierbei wird das Preisrisiko eliminiert aber der Käufer profitiert trotzdem noch von günstigen Preisentwicklungen.

Optionen erfordern jedoch die Zahlung der Optionsprämie bei Abschluss des Geschäftes und aufgrund der hohen Volatilität des Ölmarktes sind diese Prämien meist relativ hoch.

Eine weitere Möglichkeit ist der Abschluss eines Collars bei dem eine Call-Option gekauft und eine Put-Option verkauft wird. Der Kunde sichert sich damit in einer definierten Bandbreite gegen steigende Ölpreise ab, profitiert aber von einer niedrigeren Prämie als bei einer Call-Option. Diese Instrumente können auch als so genannte Zero-Cost-Collars strukturiert werden, d.h. die Prämien der beiden Optionen heben sich auf und es ist keine Zahlung einer Prämie bei Abschluss notwendig.

## Abstimmung mit physischer Beschaffung notwendig

Der Einsatz von Derivaten zur finanziellen Absicherung der Gaspreise muss in enger Abstimmung mit der physikalischen Beschaffung vorgenommen werden, damit eine optimale Absicherung gewährleistet ist. So müssen die geplanten Gasverbrauchsmengen auf die Preisbindungsperioden (bei ei-

ner 6-3-3-Bindung jeweils 3 Monate) aufgeteilt werden und die abzusichernden Ölmengen für diese Preisbindungsperiode definiert werden. Diese Mengen ergeben sich aus der Preisformel des Gasliefervertrags und werden im Wesentlichen durch den Faktor vor dem HEL- bzw. HS-Referenzpreis definiert. Des Weiteren sollte der Einsatz von Derivaten auch mit der Finanzabteilung abgestimmt sein, auch weil dort in den meisten Fällen bereits Erfahrungen mit Finanzinstrumenten vorhanden sind.

Der Einsatz dieser Absicherungsprodukte bietet für Energieversorger und Industrieunternehmen folgende Vorteile:

- Verbesserung der Marktposition gegenüber der Konkurrenz
- Neue Produkte für Kunden
- Feste planbare Kosten bzw. Erlöse
- Konstante Ertragssituation

Die BayernLB bietet für Energieversorger und Industriekunden eine Reihe von individuell auf die jeweilige Situation angepassten Absicherungsprodukten an. Die Palette reicht von Rheinschiene-swaps für HEL und HS, über Brent, Gas Oil, Fuel Oil und Diesel, bis hin zu anderen Produkten wie Strom, Kohle, CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, Edelmetallen. □

## Systematik Absicherung von Erdgaspreisen

Ermittlung des ölgebundenen Preisanteils anhand der Preisformel

Festlegung der abzusichernden Ölmenge

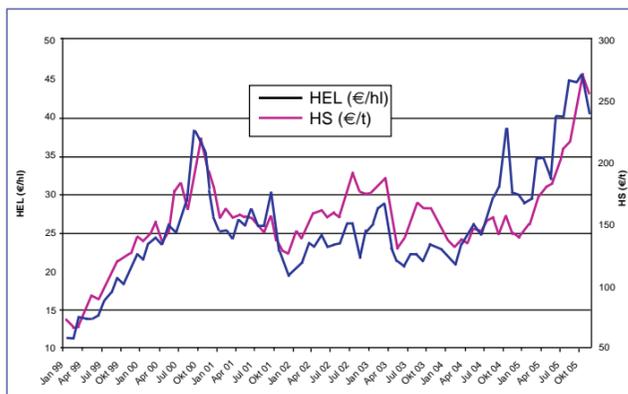
Auswahl des geeigneten Hedge-Instrumentes

Ermittlung des relevanten Zeitraumes und der Mengenverteilung für die Gestaltung der Ölderivate anhand der entsprechenden Preisbindung

## \*Die Autoren:

**Dipl.-Ing. Lars Mähl** (Email: l.maehl@ecs-blb.com): Geschäftsführer der Energy & Commodity Services GmbH, München, Seniorhändler im Energie- und Rohstoffhandel der BayernLB, Aufbau einer europäischen Handelsplattform für Strom bei HoustonStreet Exchange Ltd., Studium zum Wirtschaftsingenieur an der TU Berlin

**Wolfgang Kraus** (Email: Wolfgang.kraus1@bayernlb.de): Chefhändler Energie- und Rohstoffderivate der BayernLB, München, 15 Jahre Tätigkeit im Kassa- und Terminhandel von Devisen und Commodities, Ausbildung zum Bankkaufmann.



Entwicklung der Heizölnotierungen des Statistischen Bundesamtes ohne EBV und Steuern. □

leichtes Heizöl HEL (ohne Steuer und EBV) zwischen 11 und 45 Euro/hl bzw. für schweres Heizöl HS zwischen 66 und 273 Euro/t.

## Ölbindung ermöglicht die Preisabsicherung über Derivate

Die Preisbindung an die

Instrumenten (Derivaten) sinnvoll. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, deren Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten hoch ist, einen höheren Grad an Planungssicherheit benötigen und konstante Ergebnisse erzielen wollen. Aber auch Gasversorgern ermöglicht der Einsatz von Derivaten die Erweiterung ihrer An-

## BayernLB emittiert Traditions-Anleihe

München - Mit Zeichnungsbeginn zum 13. Februar 2006 erweiterte die BayernLB mit der Traditions-Anleihe ihre Produktpalette um ein weiteres strukturiertes, kapitalgarantiertes Produkt. Die Traditions-Anleihe (WKN BLB116) wurde für Kommunalkunden konzipiert und entspricht den Anlagebedingungen bayerischer Kommunen.

Die Traditions-Anleihe ist neben einer einhundertprozentigen Kapitalgarantie auf den Nennbetrag zudem mit der Chance auf einen Bonuskupon von 3 Prozent am Laufzeitende ausgestattet. Neben einem garantierten Mindestkupon in Höhe von 1 Prozent p.a. profitieren die Anleger der Traditions-Anleihe von attraktiven Renditechancen durch den Dow Jones EURO STOXX 50® als Basiswert. Ein Durchschnittswert aus monatlichen Beobachtungstagen bestimmt dabei die jährliche Kuponzahlung und wird gleichzeitig als garantierter Mindestku-

pon für die Folgejahre festgeschrieben. Wird am Laufzeitende eine Kuponsumme von insgesamt 6 Prozent erreicht, profitieren die Anleger zusätzlich von einem einmaligen Bonuskupon in Höhe von 3 Prozent. Während der Laufzeit bleiben die Anleger flexibel, da ein Verkauf der Anleihe börsentäglich zu marktgerechten Kursen möglich ist. Die Zeichnungsphase wird am 31. März 2006 - vorbehaltlich einer vorzeitigen Schließung - enden. Valutatag ist der 5. April 2006, die Rückzahlung erfolgt am 6. April 2009. □

## Mehr Spielräume

Bei allen Erfolgen gibt es auch Sorgen und Probleme, die die Sparkassen drücken. Naser nannte die „überbordende Bürokratie“, die besonders dem Mittelstand zu schaffen mache, aber in Form von Überreglementierung auch die Sparkassen treffe. Beide Gruppen bräuchten wieder mehr Handlungsspielräume für den eigenverantwortlichen Umgang mit dem unternehmerischen Risiko. Hinzu komme, dass trotz aller Harmonisierungsbestrebungen der EU gerade in der Kreditwirtschaft noch ein erhebliches Regelungsgefälle zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU bestehe.

## Wettbewerbsnachteile

„Speziell im Vergleich zu unseren österreichischen Nachbarn haben wir feststellen müssen, dass die deutschen Sparkassen und Banken Wettbewerbsnachteile haben“, sagte der Verbandspräsident. Der Sparkassenverband Bayern habe daher gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband Bayern und dem Bayerischen Bankenverband eine Regulierungsinitiative zur Entlastung des Mittelstandes und zur Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Kreditinstitute im grenzüberschreitenden Wettbewerb gestartet. Dabei habe man vom bayerischen Wirtschaftsministerium starke Unterstützung erhalten.

Auch bei anderen bankenaufsichtlichen Problemen haben die

drei Verbände gemeinsam ihre Interessen vertreten, so bei der Basel-II-Regelung, den Anforderungen der Risikostreuung und der immensen Belastung der Institute durch die Prüfungsaktivitäten der Bankenaufsicht. Als ersten Erfolg nannte Naser, dass die Grenze für die zwingende Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers von 250.000 auf 750.000 Euro angehoben und damit den Verhältnissen in Österreich angeglichen wurde. Auch sei es gelungen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Aufhebung von Verwaltungsvorschriften zu bewegen. Statt der bisher äußerst detaillierten Regularien habe sich die Sparkassenorganisation eigene Leitlinien für die nach wie vor notwendige Bonitätsbeurteilung gegeben.

## Geldwäschebekämpfung

Einen weiteren Beitrag zum Bürokratieabbau sahen die Sparkassen in der Aufhebung der aufschichtlichen Regularien im Bereich der Geldwäschebekämpfung mit ihren mehr als 100 ergänzenden Schreiben zur Auslegung des Gesetzes. An deren Stelle könnten auch eigene Leitlinien der Sparkassenorganisation treten. Unzufrieden ist der Verband auch mit den Sonder-

prüfungen der BaFin und der dadurch gegebenen übermäßigen Prüfungsichte. Aufsicht sei wichtig, müsse aber auf das Wesentliche beschränkt werden und sich am Risiko orientieren. Diese Sonderprüfungen stellten schon deshalb eine erhebliche Belastung dar, weil sie regelmäßig zu Doppelprüfungen führten, indem geprüft werde, was schon in der Jahresabschlussprüfung geprüft wurde. Die Reduzierung der Kostenbelastung durch Sonderprüfungen wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der bayerischen Wirtschaft, sagte Naser.

## Gründungsfinanzierung

Bei der Schilderung der Erfolge der bayerischen Sparkassen hob Naser hervor, dass die Institute 2005 signifikant neue Kunden gewonnen hätten, auch von der durch Unicredit übernommenen Hypo Vereinsbank. Konkrete Zahlen dazu aber könne er nicht nennen. Zu den besonderen Erfolgen zählt der Sparkassenverband die Förderung von Existenzgründern. 2005 seien 4200 Finanzierungsanfragen von Gründern eingereicht worden, von denen dann 1700 Vorhaben mit insgesamt 163 Mio. Euro finanziert wurden. Da mit jeder Errichtung eines Unternehmens (Fortsetzung auf Seite 7)

# Freizeithallen mit privatem Kapital sicher finanziert

**Der Bau moderner Freizeithallen mit hohem Sicherheitsstandard für Veranstaltungen, Kultur und Sport ist für Kommunen eine finanzielle Herausforderung. Wie das trotz angespannter Haushaltslage dennoch gelingt, haben Ingolstadt und Sonthofen mit dem Bau großzügiger Sporthallen und Erlebnisbäder durch eine kluge Finanzierung gemeinsam mit privaten Investoren bewiesen.**

Die Saturn-Arena, eine Multifunktionshalle für Kultur- und Sportveranstaltungen, steigert zusammen mit dem benachbarten neuen Erlebnisbad seit ihrer Eröffnung Ende 2003 den Freizeitwert Ingolstadts. Weil die Stadt im Zentrum des Städtedreiecks München, Nürnberg und Augsburg attraktiver werden sollte, leistete sich die Kommune die Investition, trotz angespannter Haushalts. Ähnlich sahen das die Stadtväter im Luftkurort Sonthofen im Allgäu, als sie sich entschieden, das Freizeitangebot der Alpenstadt des Jahres 2005 zu bereichern.

## Freizeitbad Wonnemar

Das neue Freizeitbad Wonnemar erlaubt es Gästen, je nach Stimmung unabhängig von der Wetterlage im Sommer wie im Winter zu wandern, Sport zu treiben oder zu bummeln. Sonthofen hat mit der Investition, die Teil des Stadtentwicklungsprojektes „Zukunft Sonthofen“ ist, seinen Freizeitwert im Wettbewerb mit anderen Tourismusgemeinden erhöht.

## Maßgeschneiderte Finanzierungsmodelle

Möglich wurde das bei beiden Städten mit maßgeschneiderten Finanzierungsmodellen. Auf die Erfordernisse der öffentlichen Hand und unterschiedliche regionale oder kommunale Besonderheiten hat sich die SüdLeasing-Gruppe in Stuttgart und Mannheim eingestellt, eine der größten deutschen herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften. Im Verbund mit ihrer hundertprozentigen Konzernmutter, der Landesbank Baden-Württemberg, entwickelt und verfeinert sie seit Jahren innovative Finanzierungsmodelle für die öffentliche Hand.

Sie haben sich beim Bau von Freizeiteinrichtungen und Erlebnisbädern nicht nur in Ingolstadt und Sonthofen, sondern in vielen weiteren Städten bewährt: Etwa beim Bau von Bäu-

Immobilie geleast  
... in Zukunft investiert  
... Ihr Partner: SüdLeasing.



SüdLeasing  
Man leaset viel Gutes über uns.

SüdLeasing GmbH - Augustaanlage 33  
68165 Mannheim - Telefon 06 21/4 28 27 00  
Telefax 0621/4 28 27 24 - www.sudleasing.de  
Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg  
Mannheim - Stuttgart

## Forderung nach höherem Sicherheitsstandard

Die Partnerschaft von öffentlicher Hand und privaten Investoren bei Neubau und Betrieb kommunaler Zweck- und Freizeibauten findet eine zunehmende Akzeptanz, beobachtet Olaf Grübler, Mitglied der Geschäftsleitung der SüdLeasing. Sie hat bisher schon ein Investitionsvolumen von rund vier Milliarden Euro gemeinsam mit der öffentlichen Hand realisiert. Das Interesse an solchen Public-Private-Partnership-Modellen (PPP) könnte weiter steigen. Denn Experten rechnen nach den Schneeeinfällen in diesem Winter mit der strengeren Prüfung älterer Hallenbauten und der Nachfrage nach Neubauten mit höherem Sicherheitsstandard. PPP-Finanzierungsmodelle haben mindestens drei Vorteile:  
• Sämtliche Risiken während der Bauphase werden vom pri-

vaten Partner, z.B. der Leasinggesellschaft, übernommen. Das schließt alle Termin- und Preisrisiken ein.

• Während der Bauphase entstehen für die Kommune keine mit dem Bau verbundenen Kosten. Zahlungen werden erst nach Inbetriebnahme fällig und können aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden.

• Die Finanzierung erfolgt zu Kommunalkreditkonditionen.

Von PPP-Modellen profitieren beide Seiten: Die Kommunen, weil sie ihren Haushalt entlasten und trotzdem die politische Kontrolle über die Investition behalten. Die privaten Investoren erschließen auf diese Weise neue Marktchancen.

Typisch ist eine klare Aufgabenverteilung: Die privaten Partner fungieren in der Regel als Financier, Projektentwickler und Bauherren. Die öffentliche Hand sorgt für die plangerechte Beschleunigung der bürokratischen Verfahren sowie die Schaffung von Planungsrecht.

## Klare Aufgaben- und Risikoverteilung bei PPP-Modellen

Ein solches PPP-Modell funktioniert etwa so (siehe Grafik): Einem privaten Investor wird im Rahmen eines Erbbauvertrages das Eigentum am zu bebauenden Grundstück eingeräumt. Gleichzeitig übernimmt er die Verpflichtung, auf

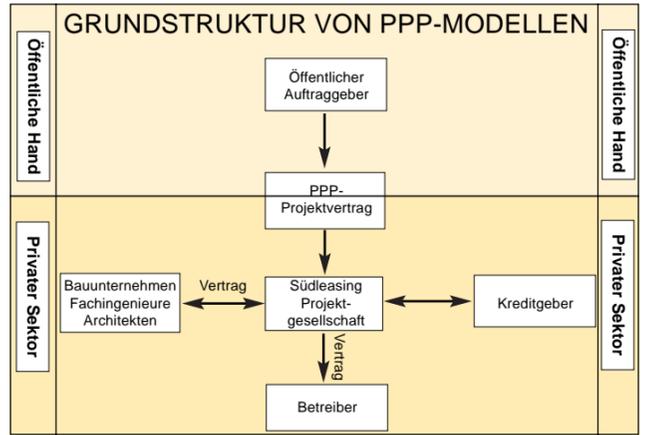
dem Erbbaugrundstück die vorgesehene Bebauung zu realisieren. Der Investor übernimmt alle Risiken wie ein Eigentümer. Im Gegenzug wird der Kommune in einem befristeten Nutzungsvertrag das Recht zur Nutzung des Hallenneubaus für Veranstaltung-, Sport- oder andere Zwecke gegen Entgelt an die Leasinggesellschaft eingeräumt, die mit dem Bau beauftragt wird. Zahlen mussten die Kommunen für ihre neuen Bäder erst nach Fertigstellung.

## Miet-Nutzungs-Modell

Ein anderes Finanzierungsmodell wurde von der SüdLeasing für den Fall entwickelt, dass eine Kommune in den Bau einer Freizeithalle investieren und selbst betreiben will. Beim so genannten Miet-Nutzungs-Modell erhält die Leasinggesellschaft lediglich ein Nutzungsrecht. Sie errichtet nach den Vorgaben der Kommune das Erlebnisbad oder eine andere Freizeitanlage und vermietet sie nach Schlüsselübergabe langfristig an die Kommune. Die Investitionskosten werden über eine vertraglich festgelegte Nutzungszeit abgezahlt.

## Entlastung der kommunalen Verwaltung

Die Vorteile dieser Variante: Die Kommune kann die Risiken der Bauphase, etwa die Gefahr von Termin- und Kostenüberschreitungen, auf die als Bauherr erfahrene SüdLeasing Baumanagement GmbH verlagern. Sie entlastet die kommunale Verwaltung von allen Pro-



blemen des Baumanagements und der Baukontrolle. Auf die Bestellung eines Erbbauvertrages kann verzichtet werden. Dadurch entfallen Zusatzkosten wie Grunderwerbsteuer oder Notar- und Gerichtsgebühren.

Fazit: Die Vorzüge von PPP-Modellen auf einen Blick:

• Zur Finanzierung öffentlicher Investitionen werden Eigenmittel privater Investoren genutzt.

• Die kommunalen Ausgaben für Freizeiteinrichtungen wer-

den vertraglich langfristig für den Haushalt festgeschrieben. So lässt sich ein Angebot von Freizeit-, Schul- und Vereinssport sichern, ohne die Stadtkasse durch die Investition überzustrapazieren.

• Das verbesserte Freizeitangebot erhöht, wie im Falle Ingolstadts oder Sonthofens, die Attraktivität der Kommune - ein gutes Argument im Wettbewerb um industrielle Ansiedlungen oder Touristen. □

## Fallthäuser zur Besteuerung von Geldspielautomaten:

# Untragbaren Zustand schnell beenden

**„Es ist ein völlig untragbarer Zustand, dass Geldspielautomatenumsätze derzeit nicht besteuert werden können: Dem Staat entgehen jährlich 200 Millionen Euro, wenn sich Bund und Länder nicht auf ein Konzept zur Besteuerung einigen. Die Länderfinanzminister sind deshalb nunmehr grundsätzlich bereit, den Streit zu beenden und die vom Bund vorgeschlagene Umsatzsteuerlösung zu akzeptieren, wenn sie einen angemessenen Ausgleich für ihre Steuerausfälle bei der Spielbankabgabe erhalten. Das hat die Bundesregierung nun akzeptiert“, teilte Finanzminister Kurt Falthäuser in München mit.**

Nach alter Rechtslage unterlagen Umsätze, die mit Geldspielautomaten außerhalb von öffentlichen Spielbanken erzielt wurden, der Umsatzsteuer. Aufgrund der neuen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist die bisherige Praxis, Umsätze bei Geldspielautomaten in Spielbanken der Spielbankabgabe zu unterwerfen, bei Geldspielautomaten außerhalb der Spielbanken dagegen Umsatzsteuer zu erheben, gemeinschaftsrechtlich unzulässig.

Der Bundesfinanzhof hat sich dieser Rechtsprechung angeschlossen. Aus dieser Rechtsprechung ergibt sich derzeit eine nicht hinnehmbare Besteuerungslücke bei der Besteuerung von Umsätzen, die mit Geldspielautomaten außerhalb von öffentlichen Spielbanken erzielt werden.

## Zwei Konzepte in der Diskussion

Zur Schließung der Besteuerungslücke wurden zwei Konzepte diskutiert:

• Die Bundesregierung hatte eine Aufhebung der bisherigen Umsatzsteuerbefreiung für Um-

sätze der zugelassenen öffentlichen Spielbanken vorgeschlagen. Eine solche Regelung führt dazu, dass sämtliche Umsätze der Spielbanken und die Umsätze der Geldspielautomaten außerhalb von Spielbanken der Umsatzsteuer zu unterwerfen sind.

• Die Mehrheit der Länderfinanzminister hatte die Einführung einer Spieleinsatzsteuer vorgeschlagen und die Umsatzsteuerlösung des Bundes abgelehnt, unter anderem, weil der Bund nicht bereit war, den Ländern für die hiermit verbundenen Einnahmeausfälle bei der Spielbankabgabe eine Kompensation zu schaffen.

## Zügige Verhandlung

„Jetzt ist die Bundesregierung endlich bereit, für einen angemessenen Ausgleich der Steuerausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe zu sorgen. Über den konkreten Betrag und die technische Umsetzung werden wir nun zügig verhandeln, um die untragbare Situation so schnell als möglich zu beenden“, erklärte Falthäuser abschließend. □

## Bund der Steuerzahler:

# Verleihung des Kreativpreises an Prof. Dr. Claus Grimm

**Der Bund der Steuerzahler in Bayern würdigt in Kooperation mit der Bayerischen Gemeindezeitung die Leistungs- und Erfolgsbilanz von Prof. Claus Grimm.**

Am 18. April wird dem Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte im Kleinen Goldenen Saal in Augsburg der Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. verliehen. Diese Auszeichnung ist Anerkennung für mehr als zwei Jahrzehnte unkonventioneller und kreativer Arbeit.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V., Rolf von Hohenhau, und Anne-Marie von Hassel von der Bayerischen Gemeindezeitung, wird Augsburgs OB Dr. Paul Wengert ein Grußwort sprechen. Die Laudatio hält Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, die Preisverleihung übernimmt Dr. h.c. Paul Stefan, BdSt-Verwaltungsratsvorsitzender. BR-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel führt durch das Programm. □

# Wir bleiben selbständig ...

(Fortsetzung von Seite 6)  
drei bis vier Arbeitsplätze geschaffen würden, hätten die Sparkassen durch diese Gründungsfinanzierung für etwa 5000 bis 7000 neue Jobs gesorgt. Mit diesem Ergebnis liege Bayern bundesweit an der Spitze. Neben der Gründungsfinanzierung kümmerten sich die Sparkassen, so Naser, auch um die immer wichtiger werdende Frage der Gestaltung von Nachfolgeregelungen für Betriebe und im Handwerk.

## Konstante Bilanzsumme

Im Berichtsjahr 2005 haben die bayerischen Sparkassen ihre addierte Bilanzsumme mit 152,7 Mrd. Euro konstant gehalten. Während die Kundeneinlagen um 1,2 Prozent auf 116,2 Mrd. Euro zunahmen, gab das Kreditgeschäft nach, und zwar bei Kundenkrediten um 0,2 Prozent auf 95,05 Mrd. Euro. Kredite an öffentliche Haushalte fielen um 0,5 Prozent auf 5,66 Mrd. Euro zurück. Daran aber lasse sich, so Naser, nicht unbedingt die ökonomische Dynamik ablesen. Aussagefähiger seien die Darle-

henszusagen. So hätten die mittel- und längerfristigen Zusagen an Unternehmen und Selbständige um 23,8 Prozent im Jahresvergleich zugenommen, und dies vor allem im dritten und vierten Quartal.

## Bäume wachsen nicht in den Himmel

Bei leicht rückläufigem Zinsüberschuss, konstantem Provisionsüberschuss, aber mit 705,4 (Vorjahr: 933,3) Mio. Euro deutlich geringerer Notwendigkeit der Risikovorsorge und einer Aufwands-/Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) von 65,3 (65,5) Prozent stieg der addierte Jahresüberschuss um 37,5 Prozent auf 347,4 (256,1) Mio. Euro.

Zwar, so Naser, signalisiere der Frühindikator „offene Darlehenszusagen“ eine Konjunkturerholung, doch sei der Wirtschaftsaufschwung bisher erst mäßig. „Unsere Bäume werden nicht in den Himmel wachsen“, sagte er in verhaltenem Optimismus. Ziel bleibe, die Aufwands-/Ertrags-Relation auf 60 Prozent zu drücken. dhg.

# Neue Stiftung des Bezirks Schwaben nun offiziell

**Augsburg (pm). Jetzt ist es offiziell: Auch beim Bezirk Schwaben gibt es nun eine große Kulturstiftung. Regierungspräsident Ludwig Schmid überreichte die Stiftungsurkunde bei einem kleinen Festakt an Bezirkspräsident Jürgen Reichert.**

Die „Bezirk-Schwaben-Stiftung für Kultur und Bildung“ ist die 411. Stiftung in Schwaben. Eingerichtet wurde die Stiftung, um auch künftig Impulse in der schwäbischen Kulturlandschaft setzen zu können. Der Haushalt

## Kontenabrufverfahren:

### Fiskus soll Kosten übernehmen

Der Nürnberger Banken-Professor Wolfgang Gerke fordert, dass die Kosten, die bei den Banken und der BaFin für Kontenabfragen entstehen, aus Steuermitteln finanziert werden. „Es ist im Grunde keine Aufgabe der Finanzwirtschaft, den verlängerten Arm für den Fiskus zu spielen, sondern eine öffentliche Aufgabe“, sagte er exklusiv dem „Genossenschaftsblatt“, dem Magazin der bayerischen Genossenschaften, in seiner März-Ausgabe. □

des Bezirks Schwaben wird seit Jahren zu über 90 Prozent von den sozialen Hilfen dominiert. „Da bleibt nicht mehr viel Spielraum für andere Aufgaben“, betont Bezirkspräsident Jürgen Reichert. Insbesondere in den vergangenen Jahren mussten, auch aufgrund der finanziellen Zwänge, neue Akzente in der Kulturarbeit gesetzt werden. „Mit der Stiftung geben wir ein deutliches Signal, dass der Bezirk auch weiterhin für die schwäbischen Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden ein aufgeschlossener Partner ist“, so Reichert.  
Die Stiftung wird nun in Etappen vom Bezirk mit einem Grundstock ausgestattet, „wir sind aber zversichtlich, dass wir mit Zustiftungen und Erbschaften den Sockel noch deutlich erweitern können“, betonte der Bezirkspräsident bei der Übergabe der Stiftungsurkunde. □

# Mit kreativen Ideen kommunale Zukunft aktiv mitgestalten

GZ-Interview mit dem neuen Leiter des Bereichs „Öffentlicher Sektor“ bei der Deutschen Bank, Hans-Jürgen Gerlach

Seit einem halben Jahr ist Hans-Jürgen Gerlach Leiter des Bereichs „Öffentlicher Sektor“ für den gesamten Freistaat Bayern. Gemeinsam mit seinem Team begleitet er die bayerischen Kommunkunden der Deutschen Bank in allen Fragen ihrer Geldgeschäfte.

**GZ:** Herr Gerlach, wie beurteilen Sie die fortwährend zähe Investitionslage der Kommunen und wo liegen aktuell die größten Hemmnisse für kommunale Investitionen?

**Gerlach:** Nach wie vor befinden sich die kommunalen Finanzen in der Krise. So werden sich

weitere „große Brocken“ zu erwarten?

**Gerlach:** Vor einigen Monaten war ich eher skeptisch, noch viele „echte“ Privatisierungen zu sehen. Nicht alle Aufgabenbereiche der Öffentlichen Hand eignen sich für eine Privatisierung. In der Diskussion treffen oftmals pragmatische Ansätze mit Emotionen zusammen und führen zu schlechten Ergebnissen. Seit kurzem zeichnet sich aber ein interessanter Trend im Bereich der kommunalen Wohnungsgesellschaften ab, z.B. in Dresden.

**GZ:** Wodurch sind diese neuen Ansätze gekennzeichnet?

**Gerlach:** In Dresden versucht man sehr erfolgreich, finanzielle Interessen zur Haushaltsentlastung mit sozialen und städtebaulichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Und es funktioniert. Insbesondere bei Wohnungsgesellschaften muss auch der sozialen Komponente, wie der Mietentwicklung, ein hohes Gewicht beigemessen werden. Ein sensibler Bereich, für den es aber Möglichkeiten gibt.

**GZ:** Sehen Sie noch weitere Felder?

**Gerlach:** Auch im Bereich der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft sehe ich noch Potential für Veränderungen. Es wird für die Kommunen zunehmend interessanter, aus kommunalem Infrastrukturvermögen, wie z.B. Netzen, Liquidität zu schöpfen, ohne diese zu verkaufen. Gerade im Ausland hat man hiermit gute Erfahrungen gesammelt. Die Doppik wird dazu beitragen, den Wert kommunalen Vermögens transparent zu machen und den Handlungsbedarf zu beschleunigen. Hierfür haben wir Lösungen.

**GZ:** Welche Rolle spielt der demographische Faktor?

**Gerlach:** Die meisten Kommunen stehen vor der Herausforderung, bei langlebigen kommunalen Investitionen den de-

mographischen Faktor zu berücksichtigen. In Dresden geht es auch darum, strukturellen Leerstand zu beseitigen. Desinvestieren kann auch heißen, Wohnungen zurückzubauen. Andere Kommunen stehen bei Sanierungen vor der Frage, ob das marode Schulgebäude bei der erwartenden Bevölkerungsentwicklung in zehn Jahren überhaupt noch benötigt wird. Hier versuchen wir, möglichst viele Faktoren einzubeziehen. Schließlich geht es darum, kommunale Zukunft aktiv zu gestalten.

Münchener Hypothekbank stellt fest:

## Kommunkredite immer weniger gefragt

Hauptursache ist der Zwang zum Schuldenabbau Belegung am Immobilienmarkt vor allem durch Ausländer

Die Münchener Hypothekbank eG, die traditionell in den drei Bereichen privater Wohnungsbau, gewerbliche Finanzierungen und Staatskredite (einschließlich Kommunkredite) tätig ist, hat erfahren müssen, dass das Geschäft mit Staatskrediten, insbesondere aber mit Kommunkrediten tendenziell rückläufig ist. So ging das Neugeschäft mit Staatskrediten 2005 deutlich auf 1,9 Mrd. Euro zurück, nachdem es im Jahr zuvor noch 5,3 Mrd. Euro betragen hatte.

Erich Röder, Sprecher des Vorstandes, nannte vor der Presse als Gründe die unbefriedigende Margensituation und vor allem die Tatsache, dass Deutschland im Rahmen des EU-Stabilitätspaktes seine Verschuldung zurückfahren muss, will es nicht in Brüssel milliardenschwere Strafzahlungen riskieren. Da ist für neue Kreditaufnahmen kaum Platz. Diesem Zwang zum Schuldenabbau aber sind gleichermaßen der Bund, die Länder und auch die Kommunen unterworfen. Speziell den Kommunen, die jahrelang unter rückläufigen Steuereinnahmen gelitten haben, fallen Tilgungen und Zinszahlungen immer schwerer. Und in Bayern kommt hinzu, dass der Freistaat von 2006 an seinen Haushalt ohne Neuverschuldung gestalten will.

Röder geht davon aus, dass das Staatskreditgeschäft auf absehbare Zeit rückläufig bleiben wird. Zwar werde die Münchener Hypothekbank dieses Geschäft auch in Zukunft betreiben, aber sie müsse versuchen, die Ausfälle in anderen Bereichen zu kompensieren. Ob der PPP-Bereich (Public-Private-Partnership) einen solchen Ausgleich wenigstens teilweise bieten könne, sei noch nicht sicher. PPP-Geschäfte seien sehr spezielle Geschäfte und erforderten Spezialkenntnisse, für die die Bank bisher noch keine Abteilung aufgebaut habe.

Bauwirtschaft im Aufwärtstrend

Trotz dieser für die Bank unerfreulichen Entwicklung hat sie nach dem nicht ganz leichten Jahr 2004 im Berichtsjahr „befriedigend bis gut“ abgeschlossen und die Scharte im Staatskreditgeschäft durch die beiden anderen Bereiche kompensieren können. Auch wenn noch einige beachtliche Herausforderungen zu meistern seien, um zu einer betriebswirtschaftlich angemessenen Profitabilität zurückzukehren, erwarten Röder und seine Kollegen, dass es 2006 weiter aufwärts geht. In der deutschen Wirtschaft sei mit einer Belebung zu rechnen. Die Bauwirtschaft werde ihren zum Jahreswechsel erkennbaren Aufwärtstrend fortsetzen können. Vor dem Auslaufen der Eigenheim-

**GZ:** Wie beurteilen Sie das Thema kommunales Schuldenmanagement? Wird das ein Boom-Thema für die Banken?

**Gerlach:** Modernes Finanz- und Schuldenmanagement, wie es der Bund und die Länder betreiben, führen wir auch auf kommunaler Ebene erfolgreich ein. Die Steuerung der Kredite erfordert Marktkenntnis und Erfahrung. Zahlreiche Kommunen haben bereits gute Ergebnisse erzielt und ihre Zinslast erheblich senken können. Transparenz und der Einsatz moderner Instrumente begrenzen Risiken und führen in vielen Fällen zu einem veränderten Tilgungsverhalten. Auch somit kann der Schuldenzuwachs gebremst und Spielraum für neue Aufgaben geschaffen werden. Zudem ergeben sich qualitative Effekte, wie z.B.

ein verbessertes Know-how der Verwaltung. Von daher wird es ein Boom-Thema, das aber auch von der Politik mitgetragen werden muss.

**GZ:** Neues kommunales Finanzmanagement und verbesserte politische Steuerung: Wie sehr die beiden Themen zusammengehören, wird häufig noch nicht richtig erkannt. Warum ist das so?

**Gerlach:** Weil wir uns erst daran gewöhnen müssen, die Vorteile der neuen Instrumente auch vollständig zu nutzen. Die Veränderungen sind so groß, dass man sicherlich den Hebel nicht in allen Fällen gleich umlegen kann. Dies ist ein Entwicklungsprozess, den wir auch in der Privatwirtschaft sehen, wo nicht jedes moderne Steuerungsinstrument auf Anhieb eingesetzt wird. Dass es sich aber auf Dauer durchsetzt, steht für mich außer Frage.

**GZ:** Wo sehen Sie die wichtigsten Kompetenzen Ihres Hauses?

**Gerlach:** Wir begleiten den strukturellen Wandel der Öffentlichen Hand - von der Verwal-

rungen den Akquisitionserfolg beflügelt, besonders im ausländischen Direktgeschäft. So wurde das Neugeschäft mit 966,9 (Vorjahr: 429,8) Mio. Euro knapp verdoppelt. Dazu beigetragen hat, dass die Münchener Hyp in den wichtigsten ausländischen Zielmärkten durch Kooperationspartner oder gar Repräsentanzen wie in London vertreten ist.

Im Inland entfielen 17,2 Prozent der Hypothekenzusagen auf Bayern, 16 auf Nordrhein-Westfalen und 8,9 auf Baden-Württemberg. Der Anteil des Auslandsgeschäftes am gesamten Neugeschäft stieg auf 29,3 Prozent. Wichtigster Auslandsmarkt waren die USA mit einem Anteil am ausländischen Geschäft von 43,6 Prozent, gefolgt von Großbritannien mit 28,6, den Niederlanden mit 9,6 und Frankreich mit 7,5.

Bestandsentwicklung

In der Bestandsentwicklung wuchs die Bilanzsumme um 3,4 Prozent auf 34 Mrd. Euro. Der Darlehensbestand nahm um 0,63 Prozent auf 23,4 Mrd. Euro zu. Davon entfielen auf Hypotheken 11,77 Mrd. Euro (+ 3,3 Prozent) und Kommunkredite 11,66 Mrd. Euro (- 1,90 Prozent). Hinzu kommen Wertpapiere im Staatskreditgeschäft von 6,85 Mrd. Euro (+ 1,91 Prozent). Insgesamt erreichten damit die Ausleihungen 30,3 Mrd. Euro.

Für die Refinanzierung war die Münchener Hyp, so Röder, bei Investoren aus dem In- und Ausland eine attraktive Adresse. Wegen der rückläufigen Staatskredite blieb das Emissionsvolumen mit brutto 6,4 (7,3) Mrd. Euro unter dem des Vorjahres. Davon entfielen 31 Prozent auf Jumbo-Pfandbriefe, 34 auf Festzinsanleihen, 18 auf strukturierte Anleihen und 17 Prozent auf variabel verzinsliche Anleihen. Mehr als die Hälfte der Emissionen wurde im Ausland platziert. Größere Abnehmer waren Banken und Fonds aus Asien, Skandinavien, Großbritannien und

der Schweiz. Nach Abzug der Rückflüsse ergab sich ein Nettobestand von 1,0 (1,2) Mrd. Euro. Dank eines höheren Zins- und Provisionsüberschusses und geringerer Verwaltungskosten - u.a. wurde die Zahl der Mitarbeiter um 44 auf 355 reduziert -, aber auch, weil die Maßnahmen zur Risikoversorge und für Bewertungsmaßnahmen bei Finanzanlagen von 30,2 auf unter 19,6 Mio. Euro gesenkt werden konnten, erreichte der Jahresüberschuss 10,2 Mio. Euro nach 8,3 Mio. im Jahr zuvor. Die Erfolge bei der Kostensenkung zeigen sich besonders deutlich in der sogenannten Cost-Income-Ratio, die angibt, wie viel Cent man aufwenden muss, um einen Euro zu verdienen. Sie sank nämlich von 64,1 auf 52,9 Prozent. Ziel bis 2008 bleiben 45 Prozent.

**GZ:** Was bringen Sie persönlich ein bzw. wo sehen Sie Ihre Stärken?

**Gerlach:** Mein Ziel ist es, den Kommunen die neuen und modernen Möglichkeiten der Märkte noch stärker als bisher zu eröffnen. Eine Vielzahl von Chancen sind den Kommunen und kommunalen Unternehmen bislang noch verschlossen. Hier gilt es zum Teil Pionierarbeit zu leisten. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen stelle ich mich dieser Aufgabe sehr gerne. Wir freuen uns darauf. □



Hans-Jürgen Gerlach, 43, verheiratet, zwei Kinder, ist seit Oktober 2005 Leiter des Bereichs „Öffentlicher Sektor“ der Deutschen Bank in München. Mit seinem Team in München und Nürnberg betreut Hans-Jürgen Gerlach auch die kommunalen Kunden im gesamten Freistaat Bayern. Dieser Herausforderung stellt sich der gebürtige Flensburger sehr gern.

auch weiterhin die Kommunen kaum die notwendigsten Investitionen leisten können. Konventionelle Einsparpotentiale wurden oftmals bereits weitgehend ausgeschöpft. Wenn wir nennenswerte Spielräume für kommunale Investitionen schaffen wollen, müssen wir die Aufgaben der Öffentlichen Hand und auch den Umfang der Aufgabendurchführung auf einen kritischen Prüfstand stellen.

**GZ:** Ist der Zenit der Privatisierungen überschritten oder sind nach dem Energiebereich

Europäisches Parlament:

## Gegen Standortverlagerungen mit EU-Geldern

**Straßburg (pm).** Das Europäische Parlament hat sich heute mit einer großen Mehrheit gegen Standortverlagerungen mit EU-Fördergeldern ausgesprochen. Wie der Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Haushaltsexperte Markus Ferber mitteilte, hat das Europäische Parlament eine entsprechende Entschließung verabschiedet. Der Text fordert auch Strafen für Unternehmen, die aus EU-Mitteln geförderte Standorte verlagern. Dies soll insbesondere für Unternehmen gelten, die einen Standort innerhalb von 7 Jahren nach dem Erhalt von EU-Fördermitteln verlegen.

Ferber warnte im Zusammenhang mit der Debatte um EU-Mittel zur Unternehmensförderung vor der Gefahr einer möglichen „Abwärts Spirale für Arbeitsplätze“. An die Vergabe von EU-Fördermitteln müssten strenge Kriterien geknüpft werden, um zu verhindern, dass Unternehmen Standorte verlagern, nur um in den Genuss von Subventionen zu kommen.

... ansonsten Streichung staatlicher Beihilfen

Für einen solchen Fall fordert die Entschließung des Europäischen Parlaments die Streichung staatlicher Beihilfen. So sollen Unternehmen, die einen zuvor mit öffentlichen Geldern unterstützten Standort verlagern, für mindestens sieben Jahre von der Förderung durch die EU-Strukturfonds ausgeschlossen werden. Zudem sollen sie an dem neuen Standort keine öffentlichen Beihilfen mehr beziehen.

Ferber: „Die EU-Strukturfonds sollen Mehrarbeit schaffen, ohne vorhandene Arbeitsplätze zu gefährden“. Ferber unterstützte Bestreben innerhalb der Bundesregierung, die EU-Kommission zu verpflichten, keine EU-Gelder zu genehmigen, wenn es sich um reine Betriebsverlagerungen handelt. □

## Privater Investor sucht

Krankenhaus, Hotel o. ä.  
(auch aufgelassen)

für erfolgreiches Klinikkonzept (Kapazität ab 100 Apartments), vorzugsweise zwischen Garmisch und Salzburg, verkehrsgünstig angebunden, in landschaftlich reizvoller Umgebung.

Angebote an die Bayerische Gemeindezeitung unter Chiffre GZ4-06-Wa

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken ziehen Bilanz:

## „Die regionale Verwurzelung ist unser Erfolgsgeheimnis“

Verbandspräsident Stephan Götzl übt heftige Kritik an Politik und Bankenaufsicht und beklagt Kapitalflucht

Für Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken war 2005 ein erfolgreiches Jahr. Und auch 2006 dürfte gut werden, denn die Banken erkennen am zunehmenden Volumen ihrer Ausleihungen „erste Anzeichen der wirtschaftlichen Belebung“. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, nutzte die Gunst der Stunde in der Bilanzpressekonferenz, harsche Kritik an Politik und Bankenaufsicht zu üben.

Wegen ihrer überzogenen Maßnahmen behinderten sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen, besonders der bayerischen Banken. Zugleich bekannte sich Götzl zur Drei-Säulen-Struktur im deutschen Bankensystem und vor allem zur flächendeckenden Präsenz der mittelstandsorientierten Genossenschaftsbanken. Die regionale Verwurzelung sei das Erfolgsgeheimnis der bayerischen Kreditgenossenschaften.

### Strategischer Vorteil

Ende 2005 unterhielten die 354 (2004: 364) Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern 3346 Bankstellen, die rund 7 Mio. Kunden betreuen. „Wir sind da, wo der Mittelstand beheimatet ist“, sagte Götzl, „nämlich in den ländlichen Regionen.“ Die meisten Großbanken hätten sich von dort bereits vor Jahren zurückgezogen. Bundesweit seien die Geschäftsbanken in zehn Prozent aller Landkreise nicht mehr vertreten. „Unsere ländliche Präsenz wird somit zum strategischen Vorteil. Durch unsere örtliche Präsenz und die Kundennähe sind die Volks- und Raiffeisenbanken die einzigen echten Direktbanken“, stichelte Götzl.

Die Genossenschaftsbanken, bei denen es auch in diesem Jahr wieder zu einigen Fusionen auf freiwilliger Basis kommen wird, haben im vergangenen Jahr mit knapp 35 000 Mitarbeitern ihren Personalstand entgegen dem Branchentrend stabil gehalten. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit böten die bayerischen Kreditgenossenschaften beson-



Stephan Götzl.

gar branchenübergreifend einen Spitzenwert.

Mit ihrer regionalen Verwurzelung haben sich nach Darstellung von Götzl die Genossenschaftsbanken über die Schwellen von drei Jahrhunderten tief in die bayerische Gesellschaft integriert. Die genossenschaftliche Bankentradition setze auf Dienstleistungen für die Menschen, für die Betriebe vor Ort in den Regionen und damit auf Nahversorgung. Vor diesem Hintergrund widersprach Götzl „unmissverständlich“ dem Internationalen Währungsforum, der gegen die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankensystems aus-

privaten Geschäftsbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist. Diese Struktur habe sich bewährt, wie die guten Renditen der bayerischen Genossenschaftsbanken zeigten. Die oft zu niedrige Rendite im deutschen Kreditgewerbe seien vielmehr Folge häufig wechselnder Geschäftsstrategien einzelner Institute und von Managementfehler. Die Strategie der Genossenschaftsbanken aber heiße Kontinuität.

### Bankgeheimnis

Heftige Kritik übte der Verbandspräsident an der Überregulierung und an schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland, die dem deutschen Bankengewerbe im internationalen Wettbewerb schwer zu schaffen machten. Bei einer Umfrage des Verbandes unter den Mitgliedsbanken habe sich gezeigt, dass gesetzliche Regelungen, deren Auslegung durch die Aufsichtsbehörden sowie die Prüfungspraxis der Behörden Schlüsselprobleme der Banken, besonders der kleineren, seien. Als weiteres Problemfeld hätten sich gesetzliche Rahmenbedingungen erwiesen, die deutsche und ganz speziell bayerische Kreditgenossenschaften im Wettbewerb mit ausländischen Banken benachteiligten, besonders mit österreichischen. Hier nannte Götzl an erster Stelle „die Aufhebung des Bankgeheimnisses seit dem Frühjahr 2005“, des weiteren das starre und antiquierte deutsche Arbeitsrecht und die viel zu hohen Lohnnebenkosten, besonders im personalintensiven Filialbanking.

### Überregulierung

Zur Überregulierung verwies Götzl darauf, dass in den Jahren 2004 und 2005 die knapp 360 bayerischen Mitgliedsbanken jeweils rund 280 Mio. Euro an administrativen Kosten aufwenden mussten, also an Kosten z.B. für aufsichtsrechtliche Vorschriften sowie zur Vor- und Nachbereitung von Prüfungen, die die Bankenaufsicht anordne. Das

Formulare mitgenommen und Auskünfte eingeholt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen könnten dort weit über 90 Prozent der Bürgeranliegen erledigt werden.

Bayern leite, wie Falthäuser hervorhob, mit dem Haushalt 2006 eine neue Ära in der Haushaltspolitik ein: „Der Freistaat Bayern erreicht dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt - seit über 30 Jahren hat kein Land in Deutschland dies geschafft!“ Bayern stehe mit allen wichtigen Haushaltskennzahlen an der Spitze der westlichen Flächenländer. Mit 1.851 Euro habe der Freistaat die mit weitem Abstand geringste Pro-Kopf-Verschuldung und demzufolge auch die niedrigsten Zinsausgaben. Gleichzeitig habe Bayern mit 12,8 Prozent die höchste Investitionsquote. Auch die Baumaßnahme in Regensburg habe mit seinem Auftragsvolumen Einfluss auf die Baukonjunktur gehabt und habe zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. „Bayern hat mit seiner traditionell soliden und nachhaltigen Finanzpolitik seine Hausaufgaben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gemacht und ist für die Zukunft gut aufgestellt“, versicherte Falthäuser. □

### Beispielhafter Service

„Zusammen mit den Öffnungszeiten dieser zentralen Anlauf- und Informationsstelle für alle Fragen der Besucher von wöchentlich insgesamt 38 Stunden kommen in Regensburg eine Bürgerfreundlichkeit und ein Servicegedanke zum Ausdruck, die beispielhaft sind“, hob Falthäuser hervor. Dort können Steuererklärungen abgegeben,

heißt, dass bei durchschnittlichen Kosten von 45 000 Euro pro Mitarbeiter mehr als 6000 der insgesamt 35 000 Mitarbeiter ausschließlich damit beschäftigt seien, bürokratische Erfordernisse zu erfüllen. Vom Ertrag werde ein Viertel durch die Bürokratie aufgezehrt.

### Kosten für Sonderprüfungen

Als besonderes Ärgernis nannte der Verbandspräsident die Kosten für Sonderprüfungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Dabei komme es regelmäßig zu Doppelprüfungen, indem zum Beispiel Kreditengagements geprüft würden, die bereits im Rahmen der Abschlussprüfung geprüft worden seien. 2005 habe es auf Grund von 47 Sonderprüfungen, die die bayerischen Genossenschaftsbanken alles in allem um die 3,5 Mio. Euro gekostet hätten, gerade mal Wertberichtigungen von 0,4 Prozent des Kreditvolumens von 168 Mio. Euro gegeben, also von 650.000 Euro je Bank. Und diese Wertberichtigungen seien noch dazu zum Teil ohnehin von den Banken schon vorgesehen gewesen oder aber durch den Wegfall von Risiken gar nicht benötigt worden.

### Keinerlei Zusatzkenntnis

„Was“, so fragte Götzl, „bringen diese Sonderprüfungen an Nutzen?“ Er nannte sie verkleinert Arbeitsbeschaffung für Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Berufserfahrung für Nachwuchsprüfer. Die Zusatzkenntnis der BaFin liege bei Null. Wo die Sonderprüfungen anlassbezogen notwendig seien, sollten sie sachorientiert erfolgen. Doch sie dürften nicht zur Routine verkommen. Das sei wettbewerbsverzerrend und nutze nur den ausländischen Wettbewerbern. In Österreich seien die Regelungen großzügiger und angemessener. Deshalb müsse mit der „Bankenbelagerung durch mobile Rollkommandos der Bankenaufsicht“ in der jetzigen Form Schluss sein. Bayerische

### Erfolgreiche Sanierung:

## Für eine bessere Vermarktung des Staatsbades Bad Brückenau

„Das traditionsreiche Kursaalgebäude steht nach einer umfassenden Sanierung mit neuen Nutzungsoptionen für die Region wieder in vollem Umfang zur Verfügung. Damit wird eine bessere Vermarktung des Staatsbades ermöglicht“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer beim Festakt zum Abschluss der Sanierungsmaßnahmen am Kursaalgebäude in Bad Brückenau fest.

In zwei Bauabschnitten wurde, wie Meyer hervorhob, das denkmalgeschützte Kursaalgebäude dank eines tatkräftigen Einsatzes seitens der Hochbauverwaltung sparsam und effizient saniert. Brandschutz, Tagungstechnik, neue Anlagen, Lastenaufzug sowie eine komplett neue Dekoration inklusive Bestuhlung konnte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 1,3 Millionen Euro realisiert werden.

Das Kursaalgebäude, ein klassizistischer Saalbau mit Arkadenumgang, wurde im Auftrag König Ludwig I. nach den Plänen von Johann Gottfried Gutensohn errichtet. Nach der Grundsteinlegung am Geburtstag des Königs am 25. August 1827 konnte im Juli 1833 die Einweihung des Gebäudes in Anwesenheit des Hofes erfolgen. Sowohl der König Ludwig I.-Saal als auch der Lola-Montez-Saal sind mit prächtigen Deckenmalereien im Stil der italienischen Renaissance versehen, ausgeführt von den Malern Ludwig Höger und Jakob Hochbrand.

Kreditgenossenschaften wollen weitere Filialen in Österreich eröffnen, die dann dem dortigen Aufsichtsrecht unterliegen. Bisher sind zwei Raiffeisenbanken im Nachbarland tätig.

### Massive Verunsicherung

Hart ins Gericht ging Götzl erneut mit dem automatischen Abruf von Konteninformationen. Ursprünglich 2003 zur Terrorabwehr erdacht, produziere diese Regelung massive Verunsicherung und Vertrauensverlust unter den Kunden deutschen Banken. Dadurch flössen immensen von deutschen Konten ins Ausland, so seit Ende 2004 von Konten bayerischer Kreditgenossenschaften mindestens 434 Mio. Euro. Bar-Transfers natürlich nicht mit erfasst. Hochgerechnet auf alle Banken und ganz Deutschland, sei die Kapital-Abwanderung um ein Vielfaches größer. Der Trend sei ungebrochen, weil die Kunden im Ausland ihre Privatsphäre geschützt sähen. Österreich werbe damit, das das Bankgeheimnis im Lande Verfassungsrang habe. Götzl forderte die Einführung einer Abgeltungssteuer statt der bürokratischen Schnüffelei. Sie mache das unsäglich System des Kontenabrufs überflüssig.

### Erste Zeichen der Belebung

Wenn Deutschland den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen wolle, dürfe es weder Jahr für Jahr 280 Mio. Euro im bürokratischen Treibsand versickern lassen noch weiter der Kapitalabwanderung zusehen. Dieses Geld fehle für Investitionen in Deutschland und zur Stimulierung der Binnennachfrage. Die bayerischen Genossenschaftsbanken sehen erste Zeichen der wirtschaftlichen Belebung, da ihre Ausleihungen erstmals seit 2000 wieder zugenommen haben und sich weiter beschleunigen. Deshalb wollten sie 2006 auch ein Sechstel mehr investieren als im Jahr zuvor.

Im Berichtsjahr 2005 haben die 354 (2004: 364) bayerischen Genossenschaftsbanken, die sich

vor allem den Privatkunden und dem Mittelstand verpflichtet fühlen, ihre addierte Bilanzsumme um 1,6 Prozent auf 101,5 Mrd. Euro gesteigert. Das war der höchste Zuwachs seit 2001. Die Einlagen legten um 1,6 Prozent auf 80,9 Mrd. Euro zu, die Kredite um 1 Prozent auf 59,4 Mrd. Euro. Da der Verwaltungsaufwand von 2,37 auf 2,35 Prozent und die Risikoaufwendungen von 0,26 auf 0,17 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) verringert wurden und die Zunahme der Provisionsspanne den leichten Rückgang der Zinsspanne ausgleichen konnte, blieben das Betriebsergebnis mit 1 (1,03) Prozent und der Jahresüberschuss mit 0,30 (0,29) Prozent der DBS nahezu unverändert. Weitere Kostensenkungen seien nötig, Personalabbau aber soll es nicht geben.

Sehr positiv bemerkbar machte sich die Kooperation im genossenschaftlichen Verbund. Gut entwickelt hat sich auch der Verkauf von Versicherungen, Bausparverträgen und Wertpapieren wie Investmentfonds. Der Bestand an Kundendepots nahm von 25,9 auf 29,4 Mrd. Euro zu.

### Privatkundengeschäft

Besonderes Augenmerk wollen die Genossenschaftsbanken in Zukunft auf den weiteren Ausbau des Privatkundengeschäfts und auf das Geschäft mit Firmenkunden legen, wozu die Präsenz in der Fläche beste Voraussetzungen biete. Im Privatkundengeschäft haben die Genossenschaftsbanken in Bayern eine Kundenreichweite von über einem Drittel. Ein Viertel aller Kunden „im gehobenen Segment“ habe seine Hausbankverbindung bei einer Volks- oder Raiffeisenbank, „weil die Kunden hier individuelle Betreuung erfahren“.

Die Genossenschaftsbanken setzen weiter auf qualitatives Wachstum bei Umsatz und Ertrag, mit dem sie bisher bestens gefahren sind. Götzl: „Von der Agentur Fitch sind wir mit A+ geratet worden. Das ist das zweitbeste Bankenrating in Deutschland.“ dhg.

### Finanzamt Regensburg:

## Neubau eingeweiht

„Von dem Neubau des Finanzamts Regensburg profitieren nicht nur die Mitarbeiter und Bürger, sondern auch die Oberpfalz als Wissenschaftsstandort: In dem alten Finanzamtsgebäude an der Landshuter Straße sollen zukünftig Teile der Universität Regensburg, das Osteuropa-Institut, das Südost-Institut und das Institut für Ostrecht zusammengefasst untergebracht werden. Damit wird die immer wichtiger werdende Ost- und Südosteuropaforschung für ein vereintes Europa vorangebracht“, stellte Finanzminister Kurt Falthäuser bei der Einweihung für den Neubau des Finanzamts Regensburg fest.

„Der Freistaat hat für den Neubau in Regensburg tief in die Tasche gegriffen und insgesamt 32,6 Millionen Euro investiert“, hob Falthäuser hervor. 8.200 Quadratmeter Hauptnutzfläche bringen den mehr als 480 Beschäftigten des Finanzamts funktionsgerecht gestaltete optimale Arbeitsräume. Haupteingang und alle Ebenen wurden dabei behindertengerecht und barrierefrei gestaltet.

Falthäuser lobte besonders die architektonisch ansprechende Gestaltung, die Offenheit und Transparenz erziele. Die Beschäftigten waren zuvor neben dem Stammgebäude in einem weiteren staatlichen Gebäude und fünf weiteren Mietobjekten an insgesamt sieben Standorten verstreut untergebracht. „Ein auch für die Bürger unzumutbarer Umstand“, merkte Falthäuser an. Der Neubau werde auch für die Bediensteten zu einem Motivationsschub führen.

„Eine moderne Finanzverwaltung ist Voraussetzung dafür, Steuerangelegenheiten zum Vorteil aller Beteiligten schnell und unbürokratisch erledigen zu können“, stellte Falthäuser fest. Diese Voraussetzungen werden mit dem neuen, unmittelbar an den Haupteingang angrenzenden Servicezentrum geschaffen. Das Finanzamt präsentiere sich als transparentes und bürgerfreundliches Dienstleistungszentrum.

### Fortbestehen sichern

Insgesamt 26 Mal wurde in der Folge das Königreich Bayern vom „Königsbad“ aus regiert, erinnerte Meyer. König Ludwig I. vollendete dabei die barocke Anlage des Staatsbades. Bellevue, Kursaalgebäude, Remise und Badehaus entstanden. Der Fürstenhof wurde zur Residenz ausgebaut. Mittlerweile ist Bad Brückenau das einzige bayerische Staatsbad, das noch in voller Eigenregie des Freistaates betrieben wird. Nach den Zielvorgaben der Staatsregierung werden allerdings eine Teilprivatisierung und eine Verlagerung von Auf-

gaben, die Private gleichermaßen erfüllen könnten, angestrebt, kündigte Meyer an.

Der Freistaat Bayern habe bislang hohe Investitionen in das Staatsbad getätigt. Seit 1965 investierte der Freistaat insgesamt 52,5 Millionen Euro. Ziel aller Investitionen sei, die Wirtschaftlichkeit des Staatsbetriebes und damit ein Fortbestehen zu erreichen. Dabei seien die Investitionen des Freistaats wichtiger Impulsgeber. So sei beispielsweise die positive Entwicklung im letzten Jahr zu erkennen gewesen im Bereich der Kooperation mit dem Bayerischen Kammerorchester Bad Brückenau, in der Weiterentwicklung des Staatsbades als Openair-Standort und im Zusammenschluss von fünf Bädern in der Region zum „Bäderland Bayerische Rhön“.

„Das gekonnte Zusammenspiel von Tradition und Moderne, von Wirtschaftlichkeit und Denkmalpflege, von Staat und Privatwirtschaft, die Vernetzung aller Leistungsträger dieses Ortes wird den Erfolg dieses Staatsbades weiter beeinflussen. Ich wünsche allen Verantwortlichen viel Erfolg, um in dem hart umkämpften Markt zu bestehen. Mit der gelungenen Sanierungsmaßnahme wurden die Voraussetzungen hierfür positiv beeinflusst“, stellte Meyer abschließend fest. □

LBS-Ausstellung zeigt Spar-Tipps fürs Bauen und Wohnen:

# Energiebewusst und kostengünstig

Jeder, ob zur Miete oder im Eigenheim, ist heutzutage den steigenden Betriebskosten seiner Wohnung ausgesetzt. Wie man sich klug dagegen wehren kann, zeigt die LBS-Wanderausstellung „Wohnen heute - energiebewusst und kostengünstig“.

Wer kennt und fürchtet sie nicht, die steigenden Wohnnebenkosten. Der Ölpreis hat sich in zehn Jahren verdreifacht und auch die Gasrechnung wird immer teurer. Die LBS Bayerische Landesbausparkasse zeigt mit der Ausstellung „Wohnen heute - kostengünstig und energiebewusst“ Wege auf, wie man als Bauherr oder Modernisierer seine vier Wände zum „Energie-Sparschwein“ machen kann. Anschauliche Modellwände erläutern unter anderem den Einsatz von Brennwertthermen für Mehrfamilienhäuser sowie die alternativen Energieträger Sonne, Erdwärme und Holzpellets.

Altbauanierer können sich über nachträgliche Außenwanddämmung sowie die Nachrüstung von Fenstern informieren. Für Häuslebauer gibt es Planungsbeispiele von preiswerten Eigenheimen sowie neuen Stadthäusern.

## Vorausschauendes Energieplanen ist bares Geld wert

Die Ausstellung macht deutlich, dass durch energiesparendes Bauen oder Modernisieren im Bestand die Wohnnebenkosten deutlich reduziert werden können und sich so eine entsprechende Investition meist schnell

rechnet. Dies zeigt auch die bevorstehende Einführung des Energiepasses, mit dem die Energieeffizienz als Qualitätsmerkmal eines Gebäudes ausgewiesen wird und somit den Energiebedarf „sichtbar“ macht. Die Energieeffizienzklasse wird dann zum Gütesiegel für Wohnungen und Gebäude.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass, wer sich um ein energieoptimiertes Gebäude kümmert, dessen Wert und gleichzeitig die Vermietbarkeit steigert. „Wohnen heute“ präsentiert, nicht nur für die Vorbereitung auf den Energiepass, etliche Möglichkeiten zum Energiesparen von Installation bis Wärmedämmung.

Die Ausstellung „Wohnen heute - energiebewusst und kos-



Das Ausstellungskonzept der LBS veranschaulicht die vielfältigen Möglichkeiten zum Energiesparen. Dank seiner Flexibilität eignet es sich für den Einsatz in ganz Bayern.

## www.der-flexible-raum.de Container Raummodule Hallensysteme

„Energiesparen in den eigenen vier Wänden“ in den Vordergrund und bietet eine aufschlussreiche Informationsplattform. Auch regionale Besonderheiten oder Angebote lassen sich auf Zusatztafeln integrieren. Wer sich dafür interessiert, wendet sich an die Pressestelle der LBS Bayern, Telefon: (089)2171-47259.

Ein wichtiges Thema auf der IFH:

# Kontrollierte Lüftung sorgt für gutes Klima

Schimmelpilzbefall in Gebäuden - ein häufiges und gefährliches Phänomen

Nicht immer ist Pfusch am Bau die Ursache des Übels. Häufig wird einfach falsch gelüftet. Mit kontrollierter Raumlüftung könnte diesem Übel vorgebeugt werden.

Dass Gebäude regelmäßig gelüftet werden müssen, ist eine Binsenweisheit. Die Bewohner brauchen „frische Luft“ zum Atmen, Möbel und Teppiche düsten aus und auch der Kochdunst in Wohnungen muss abgeführt werden. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass ein stetiger Luftwechsel von 0,5- bis 0,8-fach pro Stunde gewährleistet sein muss, um die Forderung eines hygienisch und bauphysikalisch sowie physiologisch behaglichen Raumklimas erfüllen zu können. Für die praktische Umsetzung bedeutet dies, alle zwei Stunden die Fenster für gut zehn Minuten zu öffnen.

Reines Wunschdenken. Die Bewohner brauchen schon ein hohes Maß an Selbstdisziplin, um diesen Forderungen nach zu kommen. Die oftmals praktizierte Kipp Lüftung ist keine Lösung. Sie führt nur zu unerwünscht hohen Lüftungswärmeverlusten.

Eine komfortable Lösung bieten dagegen Anlagen zur kontrollierten Wohnungslüftung, die automatisch und Energie sparend die Lüftungsaufgabe übernehmen können.

Sie garantieren nicht nur die gleichmäßige Abfuhr von Luftschadstoffen und die Begrenzung der relativen Luftfeuchte, sondern versprechen auch eine Minderung von Allergie verursachenden Stoffen durch die Filterung der Zuluft.

Für die Erfüllung unterschiedlichster Anforderungen und Aufgaben, sowohl im Neu- als auch im Altbaubereich, bieten die Hersteller ein breites Spektrum von Gerätetypen und Materialien an. Auf der Fachmesse IFH/Intherm, die vom 5. bis 8. April 2006 in Nürnberg stattfindet, erwartet die Besucher eine interessante Produktvielfalt mit aktuellen, überarbeiteten oder neuen Systemen zur kontrollierten Ge-

büdelüftung und den dazugehörigen Komponenten.

Die Lüftungssysteme lassen sich grob in folgende Anlagentypen einteilen:

- dezentrale und zentrale Anlagen, mit oder ohne Erdreich-Wärmeaustauscher,
- nur Abluft- und Zuluft/Ab-luft-Anlagen,
- Anlagen mit bzw. ohne Wärmerückgewinnung/-nutzung.

Anlagen mit Wärmerückgewinnung sind energetisch besonders vorteilhaft. Durch die Wärmerückgewinnung können je nach Gestaltung des Wärmeaustauschers zwischen 60 und 90 Prozent der Wärme aus der Abluft zurück gewonnen werden. Entsprechend reduziert sich der Energiebedarf. Zusätzlich kann eine Nachheizung für den Winter- oder ein Bypass für den Sommerbetrieb eingebaut werden. In Verbindung mit einem Erdreich-Wärmeaustauscher lässt sich die Lüftung so auch zur Raumkühlung im Sommer verwenden. Eine nach dem Stand der Technik ausgeführte Anordnung der Luftdurchlässe ermöglicht zudem eine gleichmäßige und effektive Lüftung der einzelnen Räume und somit eine gezielte Durchströmung des Gebäudes. Last but not least gewährleistet eine moderne Regelung mit CO<sub>2</sub>- und/oder Feuchtefühler und Fernsteuerung maximalen Komfort.



Während der Schulferien wurde die komplette Schulkantine in Hesperange errichtet. Die Innengestaltung ist perfekt. Für die Außenanlagen können sich die Auftraggeber mehr Zeit lassen.

# Große Herausforderung mit Bravour gemeistert

Systemraumspezialist GRAEFF errichtet Schulkantine

Keine Frage: Ganztagschulen liegen im Trend. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in unseren europäischen Nachbarländern. Viele Schulen stellen das vor eine Reihe neuer Herausforderungen. Benötigt werden nicht nur zusätzliche Fach- und Klassenräume, sondern oftmals auch eine eigene Kantine, um Schülern, Lehrern und Verwaltungsangestellten Speisen und Getränke anbieten zu können.

Beispielsweise in der luxemburgischen Gemeinde Hesperange. Eine neue Schulkantine sollte her - schnell und preiswert errichtet und darüber hinaus komplett ausgestattet. Die Anforderung: Sechs Speisesäle, dazu Küche, Sanitäranlagen, Heizung, Beleuchtung, Elektro-Installation und eine Teil-Unterkellerung mit Tiefgaragenplätzen. Gebaut werden sollte innerhalb der luxemburgischen Sommerferien. Und diese dauern - wie in Deutschland - sechs Wochen.

## Überzeugendes Preis-Leistungs-Verhältnis

Mit der Realisierung des Projekts beauftragten die Verantwortlichen den Mannheimer Systemraumanbieter GRAEFF. Der baden-württembergische Fertigungsbauspezialist ist schon seit etlichen Jahren im Schul- und Kindergartenbau tätig und kennt die spezifischen Anforderungen daher genau. Schnelligkeit, Qualität und ein überzeugendes Preis-Leistungs-Verhältnis - so lautet die Graeff'sche Erfolgsformel.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Kantine, die direkt an das bestehende Schulzentrum angeschlossen ist und von diesem auch die Fernwärme bezieht, besteht aus insgesamt 18 Raummodulen, von GRAEFF fachmännisch zu einer formschönen Pavillon-Anlage vom Typ „3001 Plus“ zusammengefügt. Küche, Nebenraum und Sanitärbereich wurden großzügig geflüßt. Selbstverständlich erfüllt die Anlage die gesetzlichen Bestimmungen der Energie-Sparverordnung und des Brandschutzes.

## Schmales Zeitfenster

Projektleiter Franz Schoppe berichtet: „Hesperange war ein sehr ehrgeiziges Projekt, natürlich auch durch das schmale Zeitfenster. Möglich wurde die Realisie-



Die Bauzeit von sechs Wochen sieht man dem neuen Speiseraum nicht an: Viel Licht und ein Blick ins Grüne. Da muss das Essen doch schmecken!

## Fachforum „Integrierte Gebäudesicherheit“

# Risiken erkennen – Schäden vermeiden

München. Die Betreiber von Hallen haben eine große Verantwortung. Auch Wochen nach dem Einsturz des Eissportstadions in Bad Reichenhall herrscht bei ihnen Unsicherheit über Prüf- und Sicherheitsstandards. Mit dem Fachforum „Integrierte Gebäudesicherheit“ will TÜV SÜD über Risiken beim Betrieb von Gebäuden informieren und Möglichkeiten vorstellen, wie sich Schäden frühzeitig erkennen oder systematisch vermeiden lassen.

Das Forum findet am 18. Mai 2006 in München und am 26. Juli 2006 in Frankfurt/Main statt. „Für Hallen und andere öffentlich zugängliche Gebäude gibt es keine einheitlichen Prüfstandards, die üblichen Kontrollen können den gewünschten Sicherheitsstandard nicht gewährleisten“, sagt Dr. Manfred Bayerlein, Geschäftsführer der TÜV SÜD Industrie Service GmbH. „Mit unserem Fachforum wollen wir Gebäudebetreibern sinnvolle Lösungen zur Risikomin- derung und -beherrschung vorstellen sowie Wege aufzeigen, den Wert ihrer Immobilie nachhaltig zu sichern.“ Die Bautechnik-Experten von TÜV SÜD Industrie Service beschäftigen sich seit Jahren mit Untersuchungen von Hallenkonstruktionen - besonders im Hinblick auf ihre Tragfähigkeit. Nach ihrer Erfahrung führen nicht nur außerge-

wöhnliche Lasten zu Problemen, sondern vor allem auch der bauliche Zustand der Tragkonstruktion und die Art der konstruktiven Bauausführung. Beim Fachforum „Integrierte Gebäudesicherheit: Risiken erkennen - Schäden vermeiden“ befassen sich Experten von TÜV SÜD und externe Fachleute mit zentralen Fragen der Gebäudesicherheit. Dazu gehören beispielsweise Fehlerquellen in der Bau- und Betriebsphase, rechtliche und versicherungsrechtliche Aspekte sowie Möglichkeiten der technischen Schadensanalyse. „Wir werden einen Systemansatz vorstellen“, so Dr. Bayerlein, „der Verbesserungspotenziale im bestehenden System aufzeigt und um sinnvolle neue Lösungen zur Erhöhung der Gebäudesicherheit ergänzt.“

wöhnliche Lasten zu Problemen, sondern vor allem auch der bauliche Zustand der Tragkonstruktion und die Art der konstruktiven Bauausführung.

Beim Fachforum „Integrierte Gebäudesicherheit: Risiken erkennen - Schäden vermeiden“ befassen sich Experten von TÜV SÜD und externe Fachleute mit zentralen Fragen der Gebäudesicherheit. Dazu gehören beispielsweise Fehlerquellen in der Bau- und Betriebsphase, rechtliche und versicherungsrechtliche Aspekte sowie Möglichkeiten der technischen Schadensanalyse. „Wir werden einen Systemansatz vorstellen“, so Dr. Bayerlein, „der Verbesserungspotenziale im bestehenden System aufzeigt und um sinnvolle neue Lösungen zur Erhöhung der Gebäudesicherheit ergänzt.“

Der wichtigste Baustein dafür ist ein 2-stufiges Sicherheitskonzept, das die Experten auf Grundlage ihrer jahrelangen Erfahrungen mit Bauwerken und Schadensfällen ausgearbeitet haben. Zusätzlich zu gutachterlichen Stellungnahmen geben die Experten auf Wunsch auch wirtschaftliche Sanierungs- und Instandhaltungsempfehlungen. Internet: www.tuev-sued.de

**GRAEFF Schulpavillons + Funktionsräume mit System**

- Klassenzimmer
- Sprach-Labors
- Physik-Räume
- Chemie-Labors
- Mensen
- Gymnastikräume
- Sporthallen
- Computer-Räume

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH · 68219 Mannheim  
Telefon 0621/84444 · Telefax 0621/8444-555 · www.graeff-gmbh.de

**JumboSolar Solares Wärmepaket gegen steigende Ölpreise.**

**Kaltluft** → **Wärmeluft**

Frischluff und Wärme = Gut für Ihr Raumklima  
Einfache Technik = Gut für die Betriebssicherheit  
Nutzung von Sonnenenergie = Gut für Ihr Image  
Primärenergieeinsparung = Gut für die Umwelt  
Betriebskosteneinsparung = Gut für Ihren Geldbeutel

Freitag, 24.03.06  
im Nullemissionsgebäude der GRAMMER Solar

**GRAMMER SOLAR**  
GRAMMER SOLAR GmbH  
Oskar-von-Miller-Str. 8  
D - 92224 Amberg  
Telefon 09621 / 30857-0  
Telefax 09621 / 30857-10  
info@grammer-solar.de

**www.jumbosolar.de**

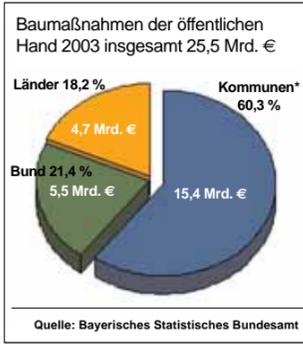
Kommunen sind der bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber:

# Nachhaltigkeit erfordert von den Kommunen mehr Investitionen und Bauen

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Die bayerischen Kommunen konnten sich im Jahr 2004 über einen Anstieg ihrer Steuereinnahmen um 12,8 % auf 9.428,3 Millionen Euro freuen. Diese Mehreinnahmen von über 1 Mrd. Euro müssen die Kommunen hauptsächlich für Sanierung, Erhalt und Ausbau ihrer Infrastruktur ausgeben - im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsvorsorge.

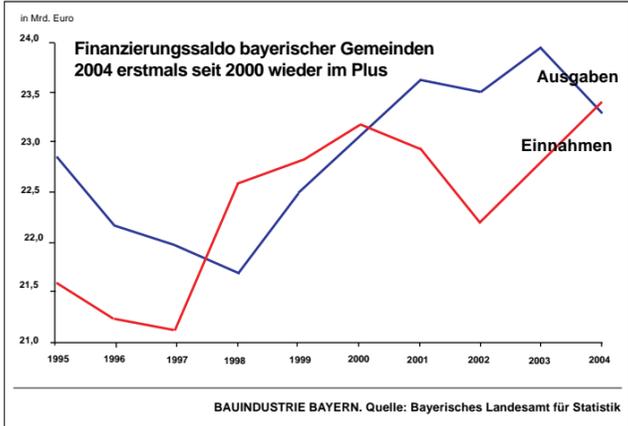
Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers sind die Kommunen ein bedeutender öffentlicher Bauauftraggeber. Von den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland in Höhe von 25. Mrd. €



werden 15,4 Mrd. €, das sind 60,3 %, von Städten, Gemeinden und Landkreisen getätigt. Mit einem Anteil von 60,3 % am gesamten öffentlichen Bauvolumen sind die Kommunen der mit Abstand bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber.

## Seit 2000 anhaltend hohes Defizit

Weiter ansteigende Ausgaben trotz rückläufiger Einnahmen haben die kommunalen Haushalte 2001 in das Defizit rutschen lassen. 2002 hat sich das Minus aus-



geweitet, 2003 konnte der Fehlbetrag nur leicht vermindert werden. Ein deutlicher Zuwachs ihrer Einnahmen und ein rückläufiges Ausgabenvolumen brachte die Kommunalhaushalte 2004 wieder in ein leichtes Plus. Auch 2005 dürften die Kommunalhaushalte positiv abgeschlossen haben.

## Einnahmenüberschuss bei den Großstädten

Die Verbesserung der kommunalen Einnahmen ist hauptsächlich auf die Gewerbesteuer zurückzuführen. Im Vergleich zu 2003 nahm deren Aufkommen 2004 um 48,1 % zu; dieser hohe Zuwachs zeigt andererseits auf welche unsichere Steuerquelle die Kommunen derzeit zu einem bedeutenden Teil angewiesen sind. Und zudem waren die kommunalen Mehreinnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen zwischen Stadt und Land höchst ungleich verteilt. Davon profitierten nämlich hauptsächlich die Kreisfreien Städte in Bayern.

## Die Kommunen „sparen“ hauptsächlich bei ihren Baumaßnahmen

Als Reaktion auf die Fehlbeträge in ihren Haushalten haben die Kommunen in den letzten Jahren nicht ihre laufenden Ausgaben zu beschränken versucht, sondern sie haben hauptsächlich

die Investitionen gekürzt. Der Großteil der kommunalen Investitionen besteht aus Baumaßnahmen. Seit 1995 nahmen diese um 31 % ab.

## Wer am Bau „spart“, der zahlt später drauf

Bei den Bauausgaben zu sparen, das kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

## Hohes Erhaltungsdefizit bei Verkehrsinfrastruktur

Die Kommunen tragen Verantwortung für einen bedeutenden Teil des öffentlichen Vermögens. Dazu zählen kommunale Bauten, Straßen, Brücken, Kanäle und andere Aktiva. Doch aufgrund ihres veralteten Rechnungswesens, der Kameralistik, kennen sie weder den Wert ihres Vermögens noch dessen Wertverfall. Dieses Problem betrifft alle staatlichen Ebenen und die Folgen sind verheerend. Denn wer nicht

re Ausgaben für die Abwasserentsorgung gekürzt, obwohl sie keine verlässlichen Daten über den Zustand ihres Kanalnetzes haben. Dafür sind umfangreiche Untersuchungen notwendig - und sie sind auch gesetzlich vorgeschrieben. So schreibt die Bayerische Eigenüberwachungsverordnung den Kommunen vor, in bestimmten Abständen das Kanalnetz und die zugehörigen Bauwerke auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind zu dokumentieren und fünf Jahre lang aufzubewahren.

## Überwachungsverordnung nicht korrekt umgesetzt

Doch die Eigenüberwachungsverordnung wird nicht umgesetzt. Nach Erkenntnissen der auf diesem Markt tätigen Ingenieurbüros und bauausführenden Unternehmen wird die seit 1995 bestehende Eigenüberwachungsverordnung von den Kommunen jedoch nur sporadisch und sachlich unzureichend umgesetzt. Die geplante flächendeckende Schadenserfassung bis zum Jahr 2005 ist ebenfalls nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Aufgrund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenserfassung und -kontrolle sowie eine Aufweichung von Grenzwerten gestattet.

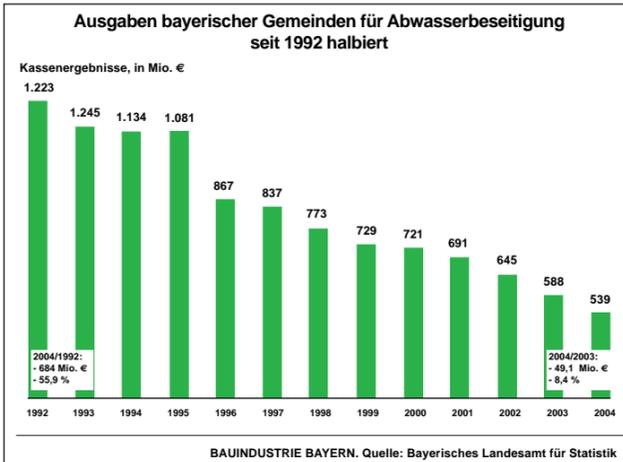
Das ist kein auf Bayern beschränktes Problem. Fachleute halten ein Sechstel des öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Es geht um gewaltige Summen: Bundesweit wird mit 75 Milliarden Euro gerechnet. Auf Bayern dürften rund 7,5 Mrd. € entfallen. Möglicherweise tickt also bereits vielerorts eine Zeitbombe im Untergrund. Schätzungen zufolge dürften deutschlandweit rund 400 Millionen Kubikmeter Abwasser aus defekten Kanälen entweichen - eine Menge, die einen Güterzug füllen würde, der zweieinhalbmal um den Globus reicht.

Leckende Abwasserkanäle sind eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit. Wenn ungeklärte Abwässer durch Lecks entweichen, können Trinkwasserreservoirs verunreinigt und Badeseen verschmutzt werden, mit hohen Folgekosten und beträchtlichen Gesundheitsgefahren.

Die Kommunen, welche die Eigenüberwachungsverordnung noch nicht umgesetzt haben, sind aufgerufen, dies unverzüglich nachzuholen.

## Abwasserentsorgung in Eigenverantwortung der Kommunen

Bislang konnten die bayerischen Kommunen bei der Abwasserentsorgung wie der Wasserversorgung auf große Unterstützung des Freistaats bauen.



Doch diese Mittel laufen aus - und dies ist so richtig. Nachdem bayernweit nahezu Vollversorgung mit Kanälen erreicht ist, gibt es keinen Grund mehr, dass das Land - von Ausnahmen abgesehen - auf diesem Gebiet mit Fördergeldern tätig werden muss.

## Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf Gebührenbasis

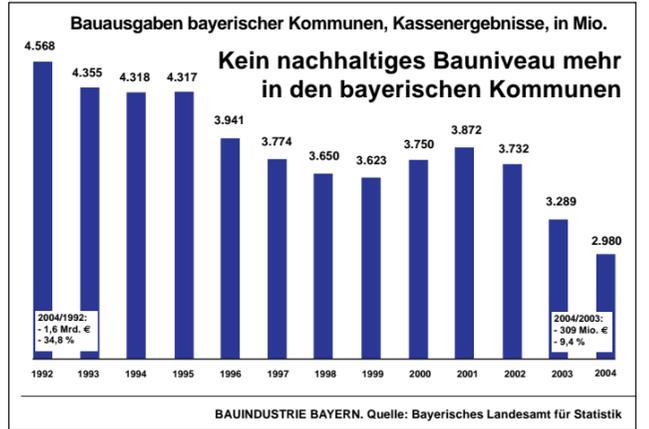
Die Kommunen sollten daher bei Wasser und Abwasser auf Gebührenfinanzierung umstellen. Bei beiden Kategorien ist genau zuordenbar, wer der Nutzer ist. Wasser und Abwasser können wie ein normales Gut bepreist werden. Eine Steuerfinanzierung ist jedenfalls nicht mehr nötig.

## Privatwirtschaftliche Lösungsansätze

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze wie PPP (Public Private Partnership) oder die vollständige Privatisierung sollten nicht hauptsächlich deshalb zum Zuge kommen, weil die öffentliche Hand ihre Mittel anderweitig ausgibt. Für privatwirtschaftliche Lösungen spricht hauptsächlich der Effizienzgedanke: Häufig sind Private deutlich billiger als der Staat. Und diese entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, nach dem der Staat und die Kommunen nur das tun sollen, was sie nachweislich besser können.

## PPP-Leitfaden gibt konkrete Hilfestellung

Häufig sind es aber nicht echte Probleme, sondern Vorbehalte, die PPP entgegenstehen. Und hier sind es vor allem die Kommunen, die Bedenken haben. Das



ist sicher oft auch die Folge von Unkenntnis oder eben fehlendem Pioniergeist. Und hier hilft den Bayerische Bauindustrieverband den bayerischen Kommunen: Gemeinsam mit Partnern vom Bau, bayerischen Ministerien, Vertretern der kommunalen Spitzenverbänden erstellen wir einen PPP-Leitfaden, der den Kommunen Hilfestellung bei konkreten Problemen mit PPP gibt. Der erste Teil ist bereits erschienen und an alle bayerischen Kommunen verteilt, der zweite Teil ist im Druck, der dritte Teil soll im Sommer fertig sein.

## Weg mit der Kameralistik - ein modernes Rechnungswesen für die Kommunen

Damit die Kommunen künftig besser über den Wert ihrer Infrastruktur (Straßen und Kanäle) sowie ihrer Hochbauten Bescheid wissen, müssen sie baldmöglichst zu einem modernen Rechnungswesen mit Erfassung des Vermögenswertes und dessen Entwicklung im Lauf der Zeit übergehen. Die Kameralistik hat als ein über 450 Jahre altes Rechnungssystem ausgedient!

## Hilfestellung durch den Bauindustrieverband

Noch zögern viele Kommunen, diesen Schritt zu tun, weil sie vor allem Probleme sehen, ihr gesamtes Vermögen zur Erstellung ihrer Eröffnungsbilanz richtig zu bewerten. Hier ist der Bayerische Bauindustrieverband zusammen mit der vbw bereit, den bayerischen Kommunen zu helfen. Im Auftrag der beiden Verbände wird in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Innenministerium, dem Kommunalen Prüfungsverband, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Landkreistag ein Leitfaden zur Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens erstellt. Dieses „Vademecum“ für die kommunale Bilanz, das zum Jahresende 2005 veröffentlicht werden wird, soll den Kommunen Rechts- und Anwendungssicherheit mit detaillierten Beispielen und nachvollziehbarer Handhabung für die Praxis bieten. Dann gibt es für die Kommunen kein Hindernis mehr, die Kameralistik aufzugeben und ein modernes Rechnungswesen einzuführen. □

# Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

RA Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

# Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



www.bauindustrie-bayern.de

# Abwasserentsorgung im ländlichen Raum

Zahlreiche Kommunalpolitiker bei Tagung der Hans Huber AG in Berching

Knapp 500 Sachverständige und Kommunalpolitiker vornehmlich aus Bayern fanden sich in der Europahalle in Berching zu der Veranstaltung „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“ ein, um sich über Anforderungen und Möglichkeiten moderner Abwasserreinigungsverfahren beim Einsatz auf Privatgrundstücken aus erster Hand zu informieren. Veranstalter war die Firma Hans Huber AG, die das Thema in Abstimmung mit dem DWA-Landesverband Bayern durchführte.

Geschäftsführer Hans Huber betonte eingangs, dass es Ziel sein müsse, den ländlichen Raum in ökologisch einwandfreiem Zustand zu erhalten. Auch wenn in Mitteleuropa, in Deutschland und speziell in Bayern in der Abwasserentsorgung fast alles erreicht worden sei, so sei die Entsorgung kleiner Dörfer, Weiler und Einzelgehöfte in den Gemeinden noch ein großes und zuweilen sehr schwieriges, oftmals kontrovers diskutiertes Thema. Mit der richtigen Information und Technologie könne aber die Frage „Zentraler Anschluss oder dezentrale Abwasserbehandlung?“ beantwortet werden. „Die Überwachbarkeit der Anlagen ist besonders in unserem sensiblen Karstgebiet sehr wichtig“, erklärte Huber.

## Lösungen finden

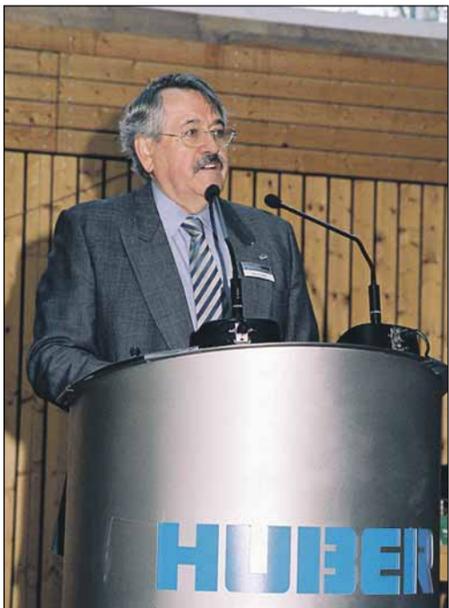
Wie DWA-Landesverbandsvorsitzender Prof. Dr. F. W. Günthert von der Universität der Bundeswehr in München erläuterte, erfolge die Entsorgung des Abwassers über Kleinklä-

anlagen bisher vorwiegend nur noch in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten. Etwa fünf Prozent der Bevölkerung seien noch nicht an ein Kanalsystem angeschlossen. Wegen der beschränkten Reinigungsleistung bisheriger Systeme müssten daher Lösungen gefunden werden, die eine Gleichwertigkeit der Reinigungsleistung darstellen. Ein weiterer Anschluss an Sammelkläranlagen sei jedoch aus wirtschaftlichen Gründen in vielen Fällen nicht mehr vertretbar, da für die Sammlung des Abwassers im ländlichen Raum hohe spezifische Kanallängen pro Einwohner erforderlich sind. In ländlichen Räumen könne dieser Anteil durchaus drei Viertel der Gesamtkosten betragen, so Günthert.

## Der „bayerische Weg“

Leitender Ministerialrat Gustl Geisenhofer vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beschäftigte sich ausführlich mit der Frage „Zentrale und dezentrale Abwasserentsor-

gung: Konkurrenten oder Partner?“ Er stellte die Kleinkläranlagen als ein wesentliches Element der bayerischen Abwasserentsorgung vor und erklärte den „Bayerischen Weg“: Für die Nachrüstung werde zunächst eine Freiwilligkeitsphase zugestanden, in der primär die staatliche Förderung als Anreiz wirken soll; wasser-



Geschäftsführer Hans Huber.

rechtliche Anordnungen der Kreisverwaltungsbehörde sollen in dieser Phase in der Regel noch unterbleiben.

## Abwassersysteme als Partner und Konkurrenten

„Es ist vernünftig, dass man in kleinen Ortsteilen Kleinkläranlagen einsetzt, so Geisenhofer, der damit „seine“ Eingangsfrage eindeutig beantworten konnte: „Zentrale und dezentrale Abwassersysteme sind Partner, die einander jeder an seiner Stelle - ideal ergänzen können. Genauso sind sie aber naturgemäß auch Konkurrenten, nämlich im Sinne eines Wettbewerbs um die beste Lösung im Einzelfall.“

Dipl.-Ing.(FH) Simone Meuler erläuterte ihrerseits das Membranbelebungsverfahren, wie es seit einiger Zeit auch für Kleinkläranlagen von der Firma Hans Huber entwickelt wurde.

befinden sich dem Branchenbericht zufolge in einem ständigen Modernisierungsprozess. Es gelte, die erarbeiteten hohen Standards in den Merkmalen Sicherheit, Qualität und Nachhaltigkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei die Preisentwicklungen weiterhin auf dem bisherigen niedrigen Niveau zu halten. Die Branche werde die Leistungsmerkmale weiterhin regelmäßig für Kunden und Öffentlichkeit in Form des Branchenbildes transparent darstellen.

## Positive Wirkungen der Steuerfreiheit

Das Geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, wies unterdessen auf die positiven Wirkungen der Steuerfreiheit der Abwasserbeseitigung hin: Das Branchenbild verdeutliche die Leistungsfähigkeit insbesondere der kommunalen Wasserwirtschaft. Für die Städte und Gemeinden sei allerdings von herausragender Bedeutung, dass die kommunale Abwasserentsorgung weiterhin steuerfrei bleibt: „Die mit einer Besteuerung der Abwasserentsorgung

Die modulare Bauweise erlaubt Meuler zufolge eine bedarfsorientierte Anlagengröße für unterschiedliche Anschlussgrößen. Somit könnten diese sog. MembraneClearBox(r)-Anlagen (MCB) sowohl für einzelne Haushalte, als auch für Siedlungen, Ortsteile und Weiler zum Einsatz kommen.

## MCB-Kleinkläranlage

Das System der MCB-Kleinkläranlage beruht auf einer Kombination aus Belebtschlammverfahren und Abtrennung des Klarwassers mit getauchten Ultrafiltrationsmembranen. Durch die feinen Poren dieser

eingesetzten Membran werden selbst Bakterien und nahezu alle Keime zurückgehalten.

Das aus der Anlage gewonnene Filtrat (Permeat) unterschreitet sogar deutlich die Anforderungen der EU-Richtlinie für die Qualität von Badegewässern. Das hygienisch einwandfreie Abwasser kann als Brauchwasser z. B. zur Toilettenspülung oder Gartenbewässerung wieder verwendet werden. Zudem

wäre es ideal für die Versickerung in sensiblen Gebieten (z.B. Karst) geeignet.

## Hygienische Aspekte berücksichtigen

Dr.-Ing. Friedrich Seyler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt beschäftigte sich mit dem Thema „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum - neue Rahmenbedingungen“. Er betonte, dass bei Einleitungen in den Untergrund insbesondere zusätzliche Grundwasserbelastungen durch Stickstoff (Nitrat) minimiert werden müssten. Darüber hinaus seien bei Versickerungen von Abwasser innerhalb Karstgebieten oder in Gebieten mit klüftigem Untergrund auch hygienische Aspekte zu berücksichtigen.

Bürgermeister Rudolf Einder stellte anschließend das „Entwässerungskonzept der Flächengemeinde Berching“

zwangsläufig verbundenen Gebäuderehöhungen sind den Bürgern nicht zuzumuten!“

## Kritik an Bundesländer-Initiativen

In diesem Zusammenhang kritisierte der Geschäftsführer nachdrücklich die in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen derzeit angestrebten Initiativen, den gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen, die Abwasserentsorgungspflicht auf Private ganz oder teilweise befristet widerprüflich zu übertragen. Landsberg warnte davor, dass damit die bisherige steuerliche Einordnung der Abwasserentsorgung infrage gestellt wird. Folge wäre eine Belastung der Abwasserentsorgung mit derzeit 16 Prozent Mehrwertsteuer.

## Im Interesse der Bürger

Landsberg wies darauf hin, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eindeutig festgelegt habe, dass die Steuerbefreiung der Abwasser- und Abfallentsorgung aufrecht erhalten bleiben soll. Dies sollten auch die Länder im Interesse der Bürger beherzigen. **DK**

vor. Die Stadt betreibe Kläranlagen in Berching und Holzstein sowie eine Pflanzenkläranlage in Thann. Bei zahlreichen Stadtratsitzungen und Bürgerversammlungen habe man sich über die Kleinkläranlagensysteme der Firma Huber informiert und sich für diese, was die Entsorgung kleiner, nicht an die zentrale Abwasserentsorgung angebotenen Ortsteile betrifft, entschieden.

## Globale Sicht

Im Gegenzug zum regionalen Entwässerungskonzept aus Berching berichtete Prof. Dr.-Ing. Franz Bischof über „Anforderungen an eine dezentrale Abwasserentsorgung aus globaler Sicht“. Er sprach von der „zwingenden Notwendigkeit“, andere und teils völlig neue Wege der Abwasserentsorgung zu gehen - Abwasser müsse in vielen Teilen der Welt als Wertstoff („Value-water“) begriffen werden.

## Epoche nähert sich dem Ende

Die „Epoche der reinen Abwasserentsorgung“, wie Bischof die heutige Einstellung zur Abwasserentsorgung bezeichnete, nähere sich ihrem Ende und werde sich unter globalen

## BMBF-Broschüre zur Wasser- und Energieversorgung:

# Impulse für nachhaltigen Umbau

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) informiert mit einer neuen Publikation über Optionen der Infrastruktur in Deutschland. Die Broschüre „Nachhaltige Versorgung - Impulse aus der sozial-ökologischen Forschung“ richtet sich an Kommunen und Versorgungsunternehmen sowie Umwelt- und Verbraucherverbände.

Wie kann die notwendige Anpassung und Erneuerung der Wasserversorgungssysteme „zukunfts-fähig“ bewältigt werden, das heißt unter gleichberechtigter Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten? Im Rahmen des SÖF-Forschungsfeldes „Ver- und Entsorgung“ haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen mit der Zukunft der Wasser- und Energieversorgung in Deutschland befasst.

## Strategische Hilfe

Der Forschungsverbund netWORKS wird zum Beispiel in Kürze eine „Strategische Entscheidungshilfe“ herausgeben, die Funktionsträgern in Städten und Gemeinden dabei unterstützen soll, kompetent Entscheidungen für zukünftige Versorgungsstrukturen zu treffen. Wichtig ist den Wissenschaftlern ein „integrativer Ansatz“, bei dem alle beteiligten Entscheidungsträger und Interessengruppen befragt und beteiligt werden. Aus Sicht der Forschung sollten Versorgungs- und Entsorgungssysteme zukünftig vor allem flexibler eingerichtet werden, so dass sie - im Gegensatz zu den bisher üblichen, auf Jahrzehnte geplanten und abgeschriebenen Systemen - an veränderte Rahmenbedingungen rascher angepasst werden können.

## Fallstudien

Das Projekt hat in vier deutschen Städten (Berlin, Frankfurt/Oder, Hannover, München) Fallstudien durchgeführt und dabei spezifische Besonderheiten und Probleme herausgearbeitet. So leidet beispielsweise Frankfurt an der Oder besonders stark unter dem Bevölkerungsrückgang: Die Zahl der Einwohner hat von knapp 86.000 im Jahr 1990 auf 66.000 Ende 2004 abgenommen. Die Folge: Der Be-

Aspekten zu einem Zeitalter der „Abwasserwertung“ mit Wertschöpfung“ weiter entwickeln müssen. Viele der neu zu erstellenden Kläranlagen werden dann vorrangig die Aufgaben der Wassergewinnung und der Nährstoff- und Energierückgewinnung übernehmen, so seine Überzeugung.

## Großes Potenzial

Auch die Selbstverständlichkeit, die unterschiedlichsten Abwasserarten zu mischen - seit vielen Jahren ist es schließlich undenkbar, Glas, Papier und Restmüll gemeinsam zu entsorgen, obwohl lange Zeit allgemein als „Abfall“ betrachtet - werde zu hinterfragen und abzustellen sein. Weiter führte Bischof aus, dass wichtige Anforderungen für Anlagen im Ausland, speziell von Kleinkläranlagen im ländlichen Raum, erfüllt werden müssten, wie z.B. höchstmögliche Reinigungsstabilität. Die dezentrale Abwasserreinigung im ländlichen Raum biete somit ein hohes Potential für fortschrittliche und „herzeigbare“ Referenzanlagen und ermögliche deutschen Firmen die Umsetzung von technischen Lösungen, wie sie dann weltweit, zumeist im größeren Maßstab, erforderlich sind. **DK**

## „Branchenbild 2005“:

# Leistungsstarke kommunale Wasserwirtschaft

Die Verbände der deutschen Wasserwirtschaft haben mit dem „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2005“ erstmalig ein umfangreiches Gesamtbild der Wasserbranche in Deutschland vorgelegt. Die sechs beteiligten Verbände der Wasserwirtschaft - ATT, BGW, DBVW, DVGW, DWA und VKU - veranschaulichen dabei den Leistungsstand und die wirtschaftliche Effizienz der Wasserwirtschaft.

„Mit dem Branchenbild entspricht die Wasserwirtschaft dem Wunsch von Öffentlichkeit und Politik, die Dienstleistungen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung transparent zu machen“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos anlässlich der Übergabe des Branchenbildes durch die beteiligten Verbände.

## Kernaussage

Als Kernaussage stelle das „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2005“ die Leistungsstärke der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung heraus. „In den Bereichen Effizienz, Sicherheit und Qualität der Ver- und Entsorgung und Nachhaltigkeit werden hohe Maßstäbe gesetzt“, so der Minister weiter. „So sind längere Versorgungsunterbrechungen in Deutschland, aufgrund der hohen technischen Standards bei Aufbereitung und Verteilung sowie des im europäischen Vergleich sehr guten Zustandes der Netze, unbekannt. Auch im Bereich der Abwasserbehandlung liegt Deutschland an der Spitze Europas. 94 Prozent des Abwassers wird in Kläranlagen nach dem höchsten EU-Standard biologisch behandelt, wobei eine Nährstoffelimination erfolgt“, betonten die Verbände.

## Geringe Netzverluste

„Die deutschen Wasserversorgungsunternehmen haben im europäischen Vergleich mit Abstand die geringsten Netzverluste

ste. Trinkwasser steht den Bürgern stets in hervorragender Qualität zur Verfügung“, hoben die Verbände hervor. Sie wiesen mit dem Branchenbild auf die seit rund zehn Jahren herrschende Preisstabilität bei Trinkwasserpreisen und Abwassergebühren. „Die Steigerungsraten sind nahezu identisch mit der Steigerung der sonstigen Lebenshaltungskosten. So geben die Deutschen jährlich weniger für ihr Trinkwasser aus als der französische oder englische Verbraucher“, so die Branchenverbände weiter. Die jährliche Pro-Kopf-Belastung durch Abwassergebühren unterscheide sich trotz des hohen Reinigungsniveaus in Deutschland kaum von anderen europäischen Ländern.

## Effizienter Mitteleinsatz

Die hohen Standards der Branche werden durch effizienten Mitteleinsatz erreicht. Die Branche befürwortet im Rahmen der Modernisierungsstrategie freiwilliges Benchmarking und hat sich die breitenwirksame Verbreitung des freiwilligen Benchmarkings zum Ziel gesetzt. Die Branche hat die Rahmenbedingungen für den Erfolg des Instrumentes Benchmarking geschaffen. Aktuelle Zahlen belegen eine hohe Akzeptanz und Teilnahme durch die Unternehmen.

## Standards erhalten

Die deutsche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz:

## Landwirtschaftsminister Miller auf ökologischer Großbaustelle

„Ländliche Entwicklung bleibt trotz rückläufiger Fördermittel des Bundes und der EU ein Schwerpunkt bayerischer Agrarpolitik.“

Landwirtschaftsminister Josef Miller hat sich in Ehenfeld vom Fortschritt der Winterbauarbeiten zur Renaturierung des Ehenbachs überzeugt. Möglich wurde die derzeit größte ökologische Baumaßnahme im Landkreis Amberg-Sulzbach mit einer Baulänge von 1,6 km und Baukosten von ca. 200.000 € durch Flächenbereitstellung und Finanzierung im Rahmen der Flurneuordnung Ehenfeld. Die Teilnehmergeinschaft Ehenfeld hat für Uferstreifen und Bachumgestaltung bisher 9,5 ha Flächen im Wert von 200.000 € erworben und getauscht. Zur Fortsetzung der Renaturierungsmaßnahmen ist weiterer Flächenerwerb geplant.

Die Wasserwirtschaftsverwaltung bietet mit ihrem Schwerpunktprogramm den Kommunen fachliche und finanzielle Hilfe zum Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung. „Die Flurneuordnung ist ein wichtiges Instrument, um die Kommunen beim vorbeugenden Hochwasserschutz zu unterstützen“, betonte Miller vor den Projektbeteiligten und Gästen im Gemeinschaftshaus von Ehenfeld. Er gratulierte der Teilnehmergeinschaft Ehenfeld und Hans Drexler, dem Bürgermeister der Stadt Hirschau, zu dem beispielhaften Pro-

jekt. Die Quellfreilegung und die Umgestaltung des oberen Ehenbachs seien ein wertvoller Beitrag, um den Wasserabfluß zu bremsen und damit die Hochwassergefahr für die Gemeinden am Unterlauf zu verringern.

### Gute Zusammenarbeit

Miller würdigt die gute Zusammenarbeit zwischen den Projektträgern, dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz und dem Wasserwirtschaftsamt Weiden mit Außenstelle Amberg: „Nur durch das enge Zusammen-

wirken von Kommunen, Fachbehörden und Grundstückseigentümern können gemeindeübergreifende Herausforderungen wie der vorbeugende Hochwasserschutz zum Wohle aller Beteiligten gelöst werden.“

### Integrierte Ländliche Entwicklung

„Weil gerade Hochwasser nicht an Gemeindegrenzen halt macht, ist es ein vorrangiges Ziel der Staatsregierung, die interkommunale Zusammenarbeit zum vorbeugenden Hochwasserschutz zu unterstützen“, erklärte der Minister. In Abstimmung mit der Wasserwirtschaftsverwaltung fördere die Verwaltung für Ländliche Entwicklung auch gemeindeübergreifende Konzepte zur flächenhaften Wasserrückhaltung, wie z.B. beim Krumbachprojekt östlich von Amberg. Auch hier ist die Stadt Hirschau beteiligt. Schließlich kennt



Die Winterbaustelle zur Renaturierung des Ehenbachs besichtigte Staatsminister Josef Miller. Dabei lobte der Minister die Teilnehmergeinschaft Ehenfeld, die eindrucksvoll beweise, wie durch die Kooperation von Landwirtschaft, Naturschutz, Wasserwirtschaft und Ländlicher Entwicklung zum vorbeugenden Hochwasserschutz beigetragen werden kann. Zudem bietet die Winterbaustelle für regionale Baufirmen und ortsansässige Landwirte eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit. Unser Bild zeigt (v.l.): Karl Roth, Leiter WWA Weiden; Dr. Hans Weiß, Servicestelle WWA Amberg; Peter Czommer, Präsident ALE Oberpfalz; Armin Nentwig Landrat Amberg-Sulzbach; Hans Drexler, Bürgermeister Hirschau; Landwirtschaftsminister Josef Miller und Landschaftsarchitekt Karl Spindler.

und schätzt Bürgermeister Drexler als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach die gemeindeübergreifende Kooperation bereits seit über zehn Jahren. Auch die Initiative zur Quellfreilegung und Renaturierung des Ehenbachs, so Drexler, ist in einem Arbeitskreis der AOVE entstanden.

Miller ging auch auf die Bedeutung der Flurneuordnung zum Ausgleich öffentlicher und landwirtschaftlicher Interessen ein: „Die Grundeigentümer sind bei Projekten der Ländlichen Ent-

wicklung keine Betroffenen sondern Beteiligte.

### Interessenausgleich zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz

Die Teilnehmergeinschaft Ehenfeld demonstriert in beeindruckender Weise, wie durch die Flurneuordnung zum Teil gegensätzliche Interessen vereint werden können.“ Auf der einen Seite sei durch den Flächenkauf und -tausch erst die Umgestaltung von Bach und Uferstreifen

und damit die Verbesserung von Wasserrückhalt und Wasserqualität möglich. Auch der Biotopverbund und das Landschaftsbild würden dabei erheblich aufgewertet. Auf der anderen Seite profitierten die Landwirte vom Flächentausch, da sie größere, besser zu bewirtschaftende Flurstücke und mehr Abstand zum Gewässer erhalten. Selbst die derzeit laufenden Erdarbeiten nutzen den Landwirten. Sie können ca. 25.000 m<sup>3</sup> abgetragenen Oberboden auf ihren Äckern ausbringen.

## Trinkwasserhygiene von A bis Z

### Sanitärfachleute machen Legionellen unschädlich

Nach wie vor ist das Thema Trinkwasserhygiene in aller Munde. Und dies ist kein Wunder, angesichts höchster Qualitätsanforderungen, die zu Recht an das Lebensmittel Nr. 1 gestellt werden. Entsprechend groß ist die Verantwortung für Planer, Handwerker und nicht zuletzt für Betreiber einer Trinkwasseranlage, wenn es darum geht, die hygienischen Anforderungen zu erfüllen und einzuhalten.

Man kann sie weder riechen noch schmecken, und fürs bloße Auge sind sie unsichtbar. Dennoch ziehen sie regelmäßig die

öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, da sie schwere Krankheiten bis hin zum Tod verursachen können. Die Rede ist von Legionellen. Seit 1976 - dem ersten Legionellen-Fall in Philadelphia (USA) - berichten Medien fortlaufend über diese infektiösen Trinkwasser-Kontaminationen.

### Verschiedene Krankheitsbilder

Zum Beispiel in Murcia (Spanien) im Juli 2001, mit über 800 Infektionen, die weltweit eine der größten Epidemien war. Aber auch hierzulande tauchen kontinuierlich Vorfälle auf, wie im Juli 2003 im Klinikum Frankfurt-Oder, mit sieben Infektionen, und nicht zuletzt auf einem Campingplatz in Klagenfurt (Österreich), bei dem es drei Vorfälle gab.

Bei der Infektion mit Legionellen können zwei grundverschiedene Krankheitsbilder auftreten: Zum einen das Pontiac-Fieber, eine Erkrankung, die einem grippalen Infekt ähnelt und in der Regel ohne spezifische

Therapie abheilt. Zum anderen die Legionellose - im Volksmund Legionärskrankheit genannt. Letztere ist eine Lungentzündung, die zunächst untypisch beginnt (beispielsweise mit Durchfall und Übelkeit) und daher oft nicht rechtzeitig erkannt wird. Die Folge kann dann eine ausgedehnte Entzündung der Lunge mit schwersten Krankheitssymptomen sein, die unbehandelt häufig zum Tod führt. Pro Jahr werden beim Robert Koch-Institut (RKI) etwa 400 bis 450 Legionellen-Infektionen gemeldet, allerdings muss von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden. Experten vermuten, dass in Wirklichkeit pro Jahr bis zu 20.000 Fälle in Deutschland auftreten.

Angesichts solcher Zahlen wird deutlich, wie wichtig die regelmäßige Inspektion und Wartung einer Sanitärinstallation ist, um die Qualität des Trinkwassers auf Dauer einhalten zu können. Dazu kommt, dass der Gebäudebetreiber für die Qualität und die Beschaffenheit des Wassers die Verantwortung trägt. Kommt es zu einem Personenschaden, beispielsweise durch Bakterien im Trinkwasser, den der Gebäudebetreiber aufgrund unterlassener Wartung zu verantworten hat, so kann dies strafrechtliche Konsequenzen für ihn nach sich ziehen. Vorsorge tut also not.

### Informationen auf der IFH/Intherm in Nürnberg

Ist eine Trinkwasseranlage erst einmal kontaminiert, stellt sich schnell die Frage nach möglichen Abhilfen. Neben bau- und betriebstechnischen Maßnahmen kommen auch verfahrenstechnische Maßnahmen zum Einsatz. Diese unterteilen sich wiederum in verschiedene Wirkungsweisen, die es dem Fachmann unter Umständen nicht leicht machen, den Überblick zu behalten.

Einen umfassenden Überblick über die Methoden und Maßnahmen zur Trinkwasserhygiene bietet die IFH/Intherm in Nürnberg. Von A wie antibakterielle Beschichtung über O wie Ozon-Desinfektionsverfahren bis hin zu Z wie Zirkulationspumpe präsentieren die Geräte- und Systemhersteller ihre aktuellen Produkte und Dienstleistungen.

### Vorsorgliche Schließung:

### Legionellen-Nachweis in Würzburger Schwimmbädern

Das Würzburger Gesundheitsamt hat in den Duschen eines Gymnasiums und der Sport-Universität Legionellen nachgewiesen. Erst vor kurzem hatten Stadt und Gesundheitsamt das Schwimmbad einer Schule wegen eines positiven Befundes geschlossen.

Das Gesundheitsamt hat für Eltern und Nutzer des Schulschwimmbades ein Infoschreiben verfasst, das von der Schulleitung verteilt wird. „Es besteht kein Grund zur Sorge, wir wollen mit einer sachlichen Aufklärung beruhigen und informieren“, so Amtsarzt Dr. Kläß. Die Verkeimungszahlen seien eher an der unteren Toleranzgrenze angesiedelt.

IFH/Intherm 5. bis 8. April 2006 in Nürnberg:

## Optimistische Erwartungen

Gute Chancen hat die IFH/Intherm, Fachmesse für Sanitär und Heizung, Klima und Erneuerbare Energien, vom 5. bis 8. April 2006 auf dem Gelände der NürnbergMesse wieder zum großen Hit für Aussteller und Besucher zu werden. Mit ihrer marktformen Angebotspalette, die von der Sanitär-, Wasser- und Abwassertechnik über Lüftungs-, Heizungs- und Klimatechnik bis hin zu Prüf- und Regelgeräten, Armaturen und Klempnerthemen reicht, werden rund 600 beteiligte Firmen aus 14 Ländern wieder auf das Interesse von über 40.000 Besuchern stoßen.

Dank der hohen Informationsdichte wird die Messe stark von Fachpublikum frequentiert. 93 % der befragten Aussteller gaben bei der letzten Durchführung der IFH/Intherm die Noten „ausgezeichnet“, „sehr gut“ und „gut“. Wesentlich zum Messeerfolg trägt auch die enge Zusammenarbeit der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen - als Münchener Gastveranstalterin auf dem Gelände der NürnbergMesse bei - mit den Fachverbänden SHK Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen sowie dem BDH, dem Bundesindustrieverband Deutschland Haus, Energie- und Umwelttechnik e.V..

In acht Hallen der NürnbergMesse bildet die IFH/Intherm komplett alles ab, was derzeit in der Branche „State of the art“ ist. Besonders stark werden die Themenbereiche Erneuerbare Energien, Energiesparmaßnahmen und Lüftungstechnik vertreten sein.

Sanitär · Heizung · Klima



IN THERM

2006

Besuchen auch Sie die größte Fachmesse der Sanitär-, Heizungs- und Klimabranche in Süddeutschland. Hier finden Sie aktuelle Neuheiten und Trends und können Ihr Fachwissen erweitern.

5.-8. April 2006  
Messezentrum Nürnberg  
[www.ifh-intherm.de](http://www.ifh-intherm.de)



Your Fair Partner

Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken:

## Ein Glücksfall für die Kulturförderung

Hilfe auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

**Würzburg.** In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird der Rotstift vielerorts zuerst bei der Kultur angesetzt. Das ist nicht so in Unterfranken. Seit Gründung der Kulturstiftung im Jahr 2000 kann der Bezirk jährlich rund 11 Millionen Euro ausschütten - ein Segen für Kulturschaffende und eine deutliche Entlastung der Landkreise und Städte, freut sich Bezirksstagspräsident Albrecht Graf von Ingelheim.

Das Bezirksvermögen entstammt ursprünglich aus einer Beteiligung des Bezirks Unterfranken an der regionalen Energieversorgung. Seit den Zwanziger Jahren entwickelte sich das Überlandwerk Unterfranken, vor allem nach dem Krieg, hervorragend und ging später im E.ON-Konzern auf. Im Jahr 2000 kapitalisierte der Bezirk seine Aktien. Gut 200 Millionen Euro wurden als Stiftungsvermögen bei verschiedenen Geldinstituten, größtenteils festverzinslich, angelegt.

### Soziale Sicherung

Hauptzweck der Stiftung ist die Kulturförderung. Die Zinsen, rund 11 Millionen Euro im Jahr, kommen einer großen Anzahl von Projekten in ganz Unterfranken zugute. Zu den sogenannten freiwilligen Leistungen für Kultur, Jugend und Sport, die von Anfang an aus der Stiftung finanziert werden, kommen in diesem Jahr erstmals die Kosten eines Großteils der Bezirks-Fachberatungen für Weinbau und Fischerei.

### Entlastung der Städte und Landkreise

Auch die Pflege der Partnerschaft mit der Region Calvados in der Normandie (Nordfrankreich) wird aus diesem Topf finanziert. Damit entlastet der Bezirk seine Geldgeber, die umlagezahlenden Städte und Landkreise. Voller Stolz verweist der Bezirksstagspräsident auf den Hebesatz der Bezirksumlage. Nach der aktuell beschlossenen Senkung um 3,5 Prozentpunkte liege man mit 18,45 Prozent in Bayern einsam am Ende der Skala. Im Vorjahr mussten die Umlagezahler im Landesdurchschnitt 25,42 Prozent ihrer Einnahmen an die Bezirke weiterreichen. Der unterfränkische Bezirkshaushalt konzentrierte sich auf seine Hauptaufgabe, nämlich die soziale Sicherung.

### Nicht nur Bewahrer

Mit dem Geld aus der Kulturstiftung, so Graf von Ingelheim, könne man es sich auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten

### Deutschlandstudie 2006:

## Die Zukunft gehört Ingolstadt

**Ingolstadt gehört zu den Immobilienstandorten, die in den nächsten 15 Jahren das größte Entwicklungspotenzial haben. Das ist das Ergebnis der so genannten Deutschlandstudie 2006 von Siro Research, einer weltweit tätigen Unternehmensberatung.**

Neben Bayerns kleinster Großstadt bekamen bei der Untersuchung Bonn und Oldenburg die besten Noten. Von den großen Immobilienzentren finden sich lediglich München und Hamburg auf den vorderen Plätzen.

### Enormes Entwicklungspotenzial

„Das Ergebnis freut mich natürlich. Immer wieder sind wir bei Studien im vorderen Bereich dabei. Dies zeigt, welches Entwicklungspotenzial in unserer Stadt steckt“, kommentierte Oberbürgermeister

Alfred Lehmann die Studie. Die Untersuchung zeigt bis 2020 einen großen Bedarf an Logistikimmobilien, Altenpflegeheimen und Einkaufszentren. Die Beschäftigtenzahl wird in Deutschland bis 2020 nahezu unverändert bleiben. Nach Bonn, Oldenburg, Rheinhausen-Nahe und dem Emsland werde Ingolstadt aber den größten Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnen.



**Albrecht Graf von Ingelheim.**

tig aber sei die Kulturförderung in der Breite. Der Bezirksstagspräsident hob die Musikpflege, Trachtenförderung und Sprachforschung heraus. Hierbei sehe man sich durchaus nicht immer in der Rolle des Bewahrers von Kulturwerten. So habe man beispielsweise als einziger Bezirk einen Populärmusikbeauftragten eingestellt.

### Vielfältige Beispiele

Außergewöhnliche 600.000 Euro im Jahr wurden als Denkmalpreis zur Erhaltung historischer Bauten zusätzlich zur Verfügung gestellt. Diese Rekordsumme wurde für 2006 halbiert. Dennoch dürfen sich zwölf kommunale und private Bauherren über jeweils 25.000 Euro Renovierungskostenzuschuss freuen. Dafür werden von jeder der drei kreisfreien Städte und jedem der neun Landkreise je ein Objekt ausgewählt. Neu in die Projektförderung wurde das Kirchenburgmuseum Mönchsodheim aufgenommen. 930.000 Euro, in zehn Jahresraten, sollen die einzigartig gewachsene Einrichtung in dem Dorf bei Iphofen stärken. Daneben engagiert sich

der Bezirk in Zweckverbänden wie dem Fränkischen Freilandmuseum Fladungen, das in diesem Jahr 800.000 Euro erhält und dem Mainfränkischen Museum auf der Würzburger Festung, das man sich 500.000 Euro kosten lässt. Auch dem Mainfranken-Theater Würzburg, einem der großen nichtstaatlichen Drei-Sparten-Häuser Bayerns, mit Orchester, Schauspiel und Tanz, wird seit einigen Jahren finanziell geholfen. So brachte der Bezirk drei Millionen Euro in eine Theaterstiftung ein und fördert derzeit mit einer vierten Million, in fünf Jahresraten zu je 200.000 Euro, den laufenden Betrieb der Bühne. Darüber hinaus, so Graf von Ingelheim, seien es die vielen kleinen Dinge, die eine Region prägen, und die man im Bewusstsein nicht untergehen lassen dürfe. So werde man in diesem Jahr beispielsweise eine Ausstellung zu alten Poststellen in Unterfranken organisieren.

### Junge Menschen und zeitgenössische Kunst

Die Fördermittel des Bezirks seien stets als „Grundförderung“ für Projekte gedacht, erklärt Bezirksheimatpfleger Dr. Klaus Reder. Die Kulturschaffenden sollen damit in die Lage versetzt werden, qualitativ Hochwertiges zu bieten und mit diesem Qualitätsanspruch auch bei möglichen weiteren Geldgebern und Sponsoren bessere Chancen erhalten. Ein Hauptaugenmerk lege der Bezirk auf die Heranführung junger Menschen an zeitgenössi-

sche Kunst. „Wir wollen Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Kultur entwickeln kann“, so Reder. „Man kann sich kaum vorstellen, wie viele Leute dichten, singen und tanzen oder Familienchroniken schreiben“, so der Bezirksheimatpfleger. Dabei tauchten viele Fragen rund um die Echtheit von Kultur und fränkischer Tradition auf. Deshalb habe man, in Kooperation mit der Universität Würzburg, zahlreiche Internetseiten erstellt. Die Absichten, dass geschichtliches Wissen über moderne Medien in Zukunft weite Verbreitung finde, seien enorm gestiegen. Daten, die früher in Archiven schlummerten und teils nur schwer zugänglich waren, stünden nun jedermann kostengünstig zur Verfügung.

### Regionale Identität

Auch hinsichtlich der Entwicklung fränkischer Kultur in einer multikulturellen Zukunft äußerte sich Albrecht Graf von Ingelheim optimistisch: „Ich habe in dieser Hinsicht keine Bange vor der Zukunft.“ Auch früher seien Künstler und Kultureinflüsse aus aller Welt nach Franken gekommen und hätten hier deutliche Spuren hinterlassen. Heutzutage seien plötzlich fränkische Kabarettisten bundesweit unterwegs und sogar der gewöhnliche Franke, der sich früher seiner Herkunft eher schämte, spreche zunehmend Dialekt. Es gebe sogar einen wachsenden Ausländeranteil bei den Trachtenvereinen, fügte Dr. Klaus Reder schmunzelnd ein.

Sicher aber sind sich der Bezirksheimatpfleger und der Präsident darüber, dass die Globalisierung keinen kulturellen Einheitsbrei schaffen werde. Albrecht Graf von Ingelheim: „Es wird immer eine regionale Identität geben“ und dafür fühle man sich als Bezirk zuständig. **Bild und Text: wkn**

## Heilklimatischer Kurort Bad Heilbrunn

Innenstaatssekretär Georg Schmid überreichte in Bad Heilbrunn (Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen) der Gemeinde die Anerkennungsurkunde als Heilklimatischer Kurort.

„Bad Heilbrunn hat als Kurort eine lange Tradition. Schon die Kelten wussten um die Heilkräfte der späteren Adelheidsquelle. Der Fachausschuss für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunn hat sich bei einer Ortsbesichtigung davon überzeugen können, dass Bad Heilbrunn für den Kurgast und den Erholungssuchenden neben schöner Landschaft, einem ausgezeichneten Bioklima, guter Luft auch eine hervorragendes Gesundheitsangebot bietet“, betonte Schmid.

Die Anerkennung als Heilklimatischer Kurort setzt eine Vielfalt von Kriterien voraus. Insbesondere muss ein Heilklimatischer Kurort ein Klima besitzen, dessen besondere Eignung für die therapeutische Anwendung wissenschaftlich anerkannt ist und das sich in ortsspezifischen ambulanten und stationären Klimakuren bewährt hat. Darüber hinaus müssen die klimatischen Eigenschaften durch eine Klimastation laufend überwacht und auch die Luftqualität laufend überprüft werden. Schließlich müssen umfassende und leistungsfähige Einrichtungen zur ortsspezifischen Anwendung des Klimas im Rahmen von ambulanten und stationären Kurorten vorhanden

### Bad Tölz:

## Anerkennung als Moorheilbad

Innenstaatssekretär Georg Schmid überreichte in Bad Tölz (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) der Stadt die Anerkennungsurkunde als Moorheilbad. „Bad Tölz ist seit 1899 Jodheilbad und seit 1969 als heilklimatischer Kurort anerkannt. Die Jodquellen am Fuß des Blombergs haben Bad Tölz als Heilbad international bekannt gemacht. In den letzten Jahrzehnten hat aber die Moorkur stark an Bedeutung gewonnen, während die der Jodquellen zurückgegangen ist. Die Stadt hat mit dem Antrag auf Anerkennung als Moorheilbad die Konsequenz hieraus gezogen“, sagte Schmid.

Seit 1972 werden in Bad Tölz schon Moorkuren verabreicht. Der heute in Bad Tölz verwendete natürliche Badetorf aus dem nahe gelegenen Königsdorfer Moor sichert den Moorbau langfristig. Die natürlichen Moortalen sind durch einen besonders hohen Gehalt an Huminsäuren, Mineralstoffen und organischen Bestandteilen aus, beste Voraussetzungen für Moorkuren.

„Mittlerweile bieten sechs Betriebe die Moorkur ambulant und fünf Betriebe stationär an. Vier Betriebe wurden sogar mit dem RAL-Gütezeichen (Moorkur-Einrichtung) ausgezeichnet. Dazu kommen 14 private Kurmittelhäuser, die den Kurgästen zur Verfügung stehen. Bad Tölz verfügt also über eine stattliche Zahl an Gesundheitseinrichtungen für seine Gäste. Aber auch die hervorragende touristische Infrastruktur, mit der neuen Tourist-Information, deutlich verbesserter Verkehrssituation mit Hotelleitsystem, der großzügigen Ausweisung von Fußgänger- und Tempo-30-Zonen und dem kostenlosen Stadtbus machen es den Gästen aus Nah und Fern leicht, sich in Bad Tölz wohl zu fühlen. Mit einem Wort: Der Kurgast ist in Bad Tölz in besten Händen“, so Schmid.

sein. Schmid: „Diese Hürden hat Bad Heilbrunn mit Bravour genommen. Der Charme von Bad Heilbrunn, eingebettet ins schöne Voralpenland zwischen Isar und Loisach, kombiniert mit einer tollen Infrastruktur, mit ländlich-familiären Quartieren - kurz nostalgischer Charme, kombiniert mit moderner Kurphilosophie - macht es den Gästen leicht, sich in Bad Heilbrunn wohl zu fühlen.“

Als kleinen Wermutstropfen bezeichnete der Staatssekretär, dass die Anerkennung als Heilklimatischer Kurort nur unter der Voraussetzung verliehen werden konnte, dass die Gemeinde auf das Prädikat „Heilbad“ verzichtet. Der Fachausschuss hat aber deutlich gemacht, dass er einer Wiederanerkennung offen gegenüber steht, sollte das Jodwasser, das den Gästen seit 2005 nicht mehr zur Verfügung steht, wieder „sprudeln“. □

## Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wolfgang Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KP)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

### Stadt Abensberg:

## Hundertwasserturm wird gebaut

**Noch in diesem Jahr wird in Abensberg eines der letzten Projekte des vor sechs Jahren verstorbenen Friedensreich Hundertwasser verwirklicht: Mit dem Bau des 35 Meter hohen Hundertwasserturms soll bereits in den nächsten Wochen nach den Plänen des österreichischen Künstlers begonnen werden, teilten Stadtverwaltung und Bauherr Leonhard Salleck mit.**

Um das Projekt hatte es jahrelang heftige Streitereien gegeben. Seit rund neun Jahren geht „Weißbierbrauer Kuchlbauer“, wie Salleck sich nennt, mit der Idee schwanger. Aber die Gemeinde Abensberg, zunächst durchaus angetan von der Idee, hatte baurechtliche Bedenken gegen das extravagante Gebilde an diesem Ort, nämlich im Herzen der Stadt. Dort liegt, nicht weit vom Bahnhof entfernt, die über 700 Jahre alte Weißbierbrauerei.

### Jahrelange Auseinandersetzungen

Die Auseinandersetzungen zwischen Salleck und Bürgermeister Dr. Uwe Brandl beschäftigten mehrmals die Gerichte. Nach heftigem Hin und Her, das sich auch in einem Streit zwischen Brandl und Salleck um die Ausrichtung des berühmten Volksfestes „Gillamoos“ niederschlug, wollte letzterer dann vor zwei Jahren gar nicht mehr in Abensberg bauen.

### Werbung für die Gemeinde

Nun haben sich die Wogen geglättet. Brandl, nicht nur Abensberger Rathauschef, sondern auch Präsident des Bayerischen Gemeindetages, sieht im Hundertwasser-Kuchlbauer-Turm mittlerweile eine „touristische Attraktion von überregionaler Bedeutung“. Gemeinsam wollen Stadt und Brauerei mit dem künftigen Bauwerk für die niederbayerische Gemeinde werben und Aufmerksamkeit wecken.

Auf dem bisherigen Besucherparkplatz der Brauerei wird nach den Planungen des Wiener „Hundertwasser“-Architekten Peter Pelikan ein etwa 35 Meter Turm mit über 1400 Kubikmeter umbautem Raum errichtet. Ein Lift wird die Besucher auf die Aussichtsterrasse und zur „goldenen Kugel“ befördern, die mit zehn Meter Durchmesser den höchsten Punkt des Bauwerks bildet. In Inneren der Kugel will Salleck die „weltweit größte Sammlung von Weißbieregläsern einer Brauerei“ zeigen - rund 4200 Exponate aus der Biergeschichte. **DK**

Städtetag Niederbayern:

## Ruf nach gerechtem Finanzausgleich

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags ist mit dem Ergebnis des Spitzengesprächs über den kommunalen Finanzausgleich 2006 insoweit zufrieden, als die Investitionskraft der Städte und Gemeinden gestärkt werde. Darin waren sich die Bürgermeister der 28 niederbayerischen Städte, die sich zum Meinungsaustausch in Vilshofen trafen, einig.

Für den Bau von Schulen, Kindergärten, Straßen bekommen die Kommunen heuer zusätzlich 120 Millionen Euro. Dazu der Vorsitzende des Verbandes, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger: „Damit wurde die zentrale Forderung des Städtetags für den kommunalen Finanzausgleich 2006 erfüllt.“ Bedauert hat der Städtetagsvorstand, dass der Freistaat seinen eigenen Anteil am kommunalen Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht hat.

### Aufgabenverlagerung

Zugestimmt hat der Städtetag dem vereinbarten finanziellen Ausgleichsmechanismus bei der Verlagerung der Zuständigkeit für die Sozialhilfe an Ausländer von den Bezirken auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Durch diese Aufgabenverlagerung werden die Bezirke künftig jährlich um rund 300 Millionen Euro entlastet. Schaidinger: „Wir erwarten, dass die Bezirke ihre Einsparungen durch Senkung ihrer Umlagesätze vollständig an die Städte und Landkreise weitergeben.“

### Lob für Bezirk Niederbayern

Diese brauchen das bei den Bezirken eingesparte Geld in voller Höhe, um die neuen Aufgaben erledigen zu können. Entgegen einiger öffentlicher Äußerungen werden die kreisfreien Städte und Landkreise durch die Senkung der Bezirksumlagen nicht entlastet, sondern lediglich in die Lage versetzt, die Kosten für die Sozialleistungen an Ausländer zu finanzieren. Lob gab es hier für den Bezirk Niederbayern: Er hat mit der Senkung seiner Umlage um 4,6 Punkte den Erwartungen der Städte entsprochen, unterstrich Bezirksvorsitzender Georg Riedl, Bürgermeister von Pfarrkirchen.

In der Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit des kommunalen Finanzausgleichs stärkte der Städtetag Niederbayern Schaidinger den Rücken.

### Öffentlicher Personennahverkehr:

## Landkreise können Kürzungen nicht auffangen

Präsident Theo Zellner einer Meinung mit Schweinfurts Landrat Harald Leitherer

Wird der ländliche Raum zum Stiefkind des ÖPNV? - Auf eine Initiative des Schweinfurter Landrats Harald Leitherer äußerte sich jetzt auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Theo Zellner, besorgt über die Perspektive des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum: „Die angekündigte Halbierung der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in den nächsten vier Jahren wird sich für den ländlichen Raum verheerend auswirken“, sagte Zellner.

„Die Kürzungen der Landesmittel, auch im Bereich der Busförderung, können von den Landkreisen letztlich nicht mehr aufgefangen werden“, betont Landrat Harald Leitherer. „Höhere Kosten bei der Schülerbeförderung werden die Folge sein.“ Die Kürzungen bei Pendlerpauschale und beim ÖPNV bestrafen die Arbeitnehmer im ländlichen Raum doppelt, also vor allem Flächenlandkreise. Die Folge ist der Rückbau des

Gefordert wird, im Finanzausgleich auch künftig die besonderen Ausgabebelastungen der zentralen Orte zu berücksichtigen. „Dabei geht es aber nicht nur um große Städte wie Landshut, Straubing oder Passau, sondern um alle Städte, die in ihrer Region wichtige Aufgaben für das Umland erfüllen“, stellte Georg Riedl klar.

### Gefährdung des Systems

Ein Finanzausgleich, der die besondere Aufgabenstellung der Kommunen mit Zentralfunktion außer Acht lassen würde, würde das System zu Lasten der Städte und großen Gemeinden massiv gefährden. Der Vorstand begrüßt daher die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Finanzministeriums und des Innenministeriums, die die Verteilungsstrukturen im kommunalen Finanzausgleich prüfen soll, erklärte der Pfarrkirchenner Bürgermeister. Der Städtetag als Verband der zentralen Orte verspreche sich davon künftig eine sachgerechte Berücksichtigung der Leistungen der Städte und zentralörtlichen Gemeinden, auch im ländlichen Raum.

### Sicherheit öffentlicher Gebäude

In der Diskussion um die Sicherheit öffentlicher Gebäude stellte Schaidinger fest: „Wir brauchen keine neuen Gesetze, aber den Eigentümern und Betreibern von öffentlichen Gebäuden müssen konkrete Anleitungen und Hinweise an die Hand gegeben werden, wie sie der Verantwortung für die Sicherheit der Bauten gerecht werden können.“ Der Städtetagsvorsitzende wies darauf hin, dass zunächst jeder Eigentümer eines Gebäudes und jeder Betreiber einer Halle gesetzlich verpflichtet ist, ständig zu überprüfen, ob sein Gebäude auch standsicher ist. Unklar ist bislang allerdings, wie diese Pflicht im Einzelnen aussieht.

Während Brücken, Tunneln, Ölkernanlagen

aber auch Schornsteine und Tiefgaragen in bestimmten Abständen überprüft werden müssen, bleibt es den Eigentümern und Betreibern von Sporthallen, Stadien und Konzerthallen überlassen, wie sie die Standfestigkeit ihrer Einrichtungen überprüfen.

Schaidinger: „Wir brauchen Handreichungen oder Richtlinien in denen festgelegt ist, wie oft und mit welchen Methoden solche Standsicherheitsprüfungen durchzuführen sind.“ Darin müsste beispielsweise geregelt werden, in welchen Zeiträumen und wie intensiv Ingenieure Statik und Konstruktionen einer Halle überprüfen müssen, wie zum Beispiel schwer zugängliche Holzträger auf den Zustand des Leims getestet werden, ob Probebohrungen gemacht werden müssen und wie oft Metallkonstruktionen auf Materialermüdung überprüft werden müssen.

### Notwendige Kontrollen

Ein Grund für solche zusätzlichen Prüfungen ist auch, dass immer mehr Werkstoffe eingesetzt und Konstruktionen angewandt werden, für die es keine Langzeiterfahrungen gibt. Schaidinger: „Es stellt sich offenbar heraus, dass Simulationen über das Langzeitverhalten ausgereizter Konstruktionen nicht ausreichend sind. Deshalb sind Kontrollen notwendig, um nicht durch leidvolle Unglücke Erfahrungen sammeln zu müssen.“

### Offene Frage

Kontrollen und Unterhalt kosten Geld. Viele Städte und Gemeinden müssen wegen ihrer problematischen Haushaltslage sparen. Laut Städtetagsvorstand wäre es allerdings zu einfach, nur nach dem Staat zu rufen. Ganz aus der Affäre ziehen dürfe sich der Freistaat aber nicht. Er müsse für teure Sanierungen von kommunalen Gebäuden seine Geldtöpfe aufmachen. Noch offen ist in den Reihen des Bayerischen Städtetags allerdings die Frage, ob die staatliche Bauaufsicht ausgeweitet werden soll frei nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist sicherer“. Derzeit wird darüber in einem Arbeitskreis bei der Obersten Baubehörde mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände diskutiert. **DK**

auch die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, damit dies nicht nur ein leerer Programmersatz bleibt, so die Kritik. □

### Scheufele verabschiedet

Innenstaatssekretär Georg Schmid verabschiedete in Augsburg den scheidenden Regierungsvizepräsidenten Karl Michael Scheufele und führte als dessen Nachfolger Josef Gediga ins Amt ein. Schmid dankte Scheufele für seinen besonderen Einsatz: „Trotz der relativ kurzen Zeitspanne wurden während Ihrer Amtszeit und unter Ihrer maßgeblichen Mitwirkung die entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft der Regierung getroffen.“ □

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Das war der ultimative Weckruf, wer jetzt nicht die Ärmel aufkrempelt, der kann sich für 2008 die Wahl gleich abschminken.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las aufmerksam die Berichte über die so genannte „kleine Kommunalwahl“ im Freistaat.

Das beste Ergebnis dieser Wahlen war wohl, dass sie doch nur örtlich relevante Urnengänge blieben und nicht zu einem - je nach parteipolitischem Blickwinkel - Menetekel oder Final für die Landespolitik wurden. Es wird übermorgen Jahr mühsam genug für die Wahlkämpfer, die Aufmerksamkeit auf ihre Konzepte zur Kreis-, Gemeinde- oder Stadtpolitik zu lenken, wenn die propagandistischen Dampfrollen der Landesparteien sich bemühen, den Kampfplatz für den Herbst zu planen.

Umso wichtiger ist es, das Feld der Stadtpolitik



die in jeder Kneipe ihren Stammplatz haben und von jedem Vereinsvorsitzenden die Schuhgröße und die Vornamen der Kinder kennen. Und dann gibt es die im Verborgenen heimlich Fleißigen, die Papiere schreiben, der Verwaltung auf den Fersen bleiben und Bürgeranliegen wirklich zur eigenen Sache machen. Klar gibt es daneben auch die stinkfaulen Socken, die dem Irrtum

unterliegen, dass die Amtskette schon den Stadtrat macht.

Bei der Frage, warum sie nicht öfter zu Veranstaltungen, Jubiläen oder Vereinstreffen gehen, sind gerade letztere sehr einflussreich. Besonders beliebt ist die Ausrede, dass Stadtpolitik und Wahlkämpfe heutzutage im Internet stattfinden. Ein typischer Irrtum von Leuten, die den Cyberspace mit der Wirklichkeit verwechseln. Nein, je anonymere viele Lebensbereiche durch das World-Wide-Web werden, desto mehr sehnen sich die Menschen nach der direkten Aussprache mit politischen Verantwortungsträgern. Dann wird oft gesagt, man halte doch Sprechstunden, da könne jeder Bürger kommen. Es ist aber nicht die Aufgabe eines Stadtrats zu warten, bis der Bürger untertänigst ein Angebot vorbringt. Ein Stadtrat muss raus zu den Leuten und schauen, wo sie der Schuh drückt. Schließlich sind nicht nur die „großen“ Probleme interessant, sondern auch die kleinen Ärgernisse und die ungeschminkte Meinung der Bevölkerung, die man nur durch einen guten Ratsch erfährt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja ein Typ mit 18 Stunden-Tag und keinem freien Wochenende. Der braucht keinen Kurs in Bürgernähe, eher jemanden, der ihm den Spruch „Willst du was gelten, mach dich selten“ als Bildschirm-schoner auf dem Laptop installiert. Aber dafür ist er auch mit Abstand der populärste Kommunalpolitiker bei uns. Wahrscheinlich gilt aber für einen modernen Politiker immer noch der Satz von August von Platen auf dem heutigen Kalenderblatt: „Lerne zu reden, lerne aber auch zuzuhören.“

*Ihre Sabriul*

## Kleiner Kursus in Bürgernähe

litik jetzt schon so gut zu beackern, dass die Kernbotschaft - „Wir sind die Besten“ - bei den Leuten schön fest sitzt. Eine große Rolle spielt dabei die Präsenz des Bürgermeisters, seiner Stellvertreter und der Stadträte in den Stadtteilen, auf Festen, Veranstaltungen, Jubiläen und anderen Gelegenheiten, bei denen man mit vielen Menschen zusammen kommt.

Diese Frage will der Chef auch auf der nächsten Sitzung der Mehrheitsfraktion ansprechen. Motto: Wer sich nicht mit affenartiger Geschwindigkeit am Riemen reißt und fleißiger wird, der fliegt das nächste Mal von der Liste. Denn von überall her hört man Klagen, dass sich die Stadträte zu wenig bei den Vereinen und Institutionen sehen lassen. Vor den Wahlen, so wird oft gesagt, weiß man gar nicht, wo man die Kompanie der Kandidaten unterbringen soll, aber unter der Zeit erscheinen viele Stadträte eher virtuell, per Presseerklärung und Zeitungsfoto präsent, denn als realer Repräsentant der Bürgerschaft.

Es ist schon wahr, der Grad der Ansprechbarkeit unserer Mandatsträger ist durchaus unterschiedlich ausgeprägt. Da gibt es die Wusler,

### Regionalkonferenz des Planungsverbandes Landshut:

## „Mobilität in der Region sichern“

„Wir fahren am Beginn des 21. Jahrhunderts noch auf Trassen, wie sie vor 100 und mehr Jahren angelegt wurden.“ Mit diesen Worten schilderte der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes Landshut und Simbacher Bürgermeister Richard Findl bei einer Regionalkonferenz in Dingolfing die größtenteils unbefriedigende Situation der Verkehrs-Infrastruktur in den ländlichen und grenznahen Räumen.

Ein ausreichendes Maß an Mobilität sei der Motor für Wirtschaftswachstum und Wohlstand, stellte Findl fest. Die Region werde sich mit ihrer Benachteiligung durch unzureichend ausgebaute Straßen und Schienen nicht länger abfinden und das Thema immer wieder neu auf die Tagesordnung setzen. Dabei solle man sich auch nicht durch den Hinweis auf den schlechten Zustand der Staatsfinanzen entmutigen lassen. „Wir brauchen diese Gesamtschau, um bei den verantwortlichen Politikern und Fachbehörden endlich einmal ein Problembewusstsein zu erzeugen“, meinte Findl.

Zwei Fachleute von Format hatten die Regionalkonferenz auf die aktuelle Situation eingestimmt: Reinhard Entorf von der Obersten Baubehörde bezeichnete Deutschland als das wichtigste Transitland der gesamten EU. Nach einer Verkehrsprognose sei mit einem Anstieg der Verkehrsleistungen bis zum Jahr 2015 im Personenverkehr um 20 Prozent, im Güterverkehr um 64 Prozent zu rechnen. Im Transitgüterverkehr werde sich das Aufkommen sogar mehr als verdoppeln. Den Löwenanteil werde mit knapp 90 Prozent im Personenverkehr und rund 70 Prozent im Güterverkehr weiter das Straßennetz zu bewältigen haben. Der Bedarfsplan für die



Richard Findl. □

AG mit den Perspektiven für das niederbayerische Schienennetz auseinander. Als wichtigste Botschaft hatte er eine Aussage für die so genannte Donau-Magistrale im Gepäck. Auch nach Fertigstellung der Neubaustrecke Nürnberg - Ingolstadt werde es auf der Relation Frankfurt - Wien über Regensburg und Passau qualifizierten Fernverkehr geben. Zusammen mit der Österreichischen Bundesbahn sei man sich einig, diese Verbindung

durch neues Zugmaterial und eine bessere Vertaktung sogar noch aufzuwerten.

Weiteren Handlungsbedarf sehe die Bahn auf dem Weg von Passau nach München, fuhr Pichler fort. Weder die Rottalbahn noch die Strecke zwischen Plattling und Landshut genügen den Anforderungen eines modernen Schienenverkehrs. Als Beispiel nannte Pichler die Zeit raubenden Begegnungen der Regionalzüge im Bahnhof von Dingolfing. Auch bei der Verknüpfung zwischen der Straße und der Schiene wolle man in der nächsten Zeit Fortschritte machen. So müsse z. B. am Bahnhof in Landshut dringend ein neues und größeres Parkhaus errichtet werden.

Mit nur einer Gegenstimme verabschiedete die Regionalkonferenz eine Resolution, die nicht weniger als 28 unterschiedliche Projekte als dringlich für die Region Landshut bezeichnet. Die Liste erstreckte sich von „Lebensadern“, wie der Autobahn A 94 und der Bundesstraße B 15 neu über zahlreiche Staatsstraßen bis hin zur Marzlinger Spange im Bereich der Schienenwege. Auch das negative Erscheinungsbild der meisten Bahnhöfe wurde in einer Sammelposition abgehandelt. Verbandsvorsitzender Richard Findl schloss die Konferenz mit den Worten: „Eigentlich ist man mit allen Baumaßnahmen im Verkehrsbereich schon viel zu spät dran. Aber wir haben nicht das Recht, zu resignieren. Und wir werden keine Ruhe geben, bis auch in Niederbayern die Infrastruktur spürbar verbessert wurde.“ **DK**

Döhla-Nachfolger Dr. Harald Fichtner:

# „Ich will Hof bewegen!“

Handlungsfelder für eine sichere Zukunft

Die Hofer Bürger haben am 12. März nicht nur einen Oberbürgermeister, sondern nach Aussage ihres neuen Rathauschefs Dr. Harald Fichtner „die Kraft eines gewaltigen politischen Potentials“ gewählt, das Hof nach vorne bringen kann. Die Chancen, die Hof jetzt offen stehen, werden zum Wohle aller genutzt werden, zeigt sich der neue Mann an der Stadtspitze überzeugt.

Ein unverzichtbarer Erfolgsfaktor für die Zukunft, so der 40-jährige Rechtsanwalt, seien ohnehin die guten Kontakte zur Staatsregierung, gerade zu Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Insbesondere die Unterstützung und die große Förderung des Flughafens Hof-Plauen sowie die Verlagerung von Teilen des Landesamtes für Umwelt nach Hof signalisierten, „dass uns die Bayerische Staatsregierung enorm hilft“.

## Strategische Stadtentwicklung

Auf Grund der geografischen Lage, den Folgen der Wiedervereinigung und den Auswirkungen der EU-Osterweiterung sowie durch Arbeitsplatzverluste, Abwanderung und durch die demografische Entwicklung gehöre Hof zweifellos zu den „schrumpfenden“ Kommunen, stellt Fichtner fest. Eine strategische Stadtentwicklung müsse diesen Prozess planen, begleiten und umsetzen. Bei all diesen Entwicklungen sei als oberstes Ziel auf die Erhaltung der guten Lebensqualität zu setzen, „weil diese das Zentrum und der Magnet für Wirtschaft, junge Familien und Zukunftsprojekte ist“. Fichtner: „Wenn uns dieser Schritt gelingt, werden wir eine Lebensqualität bieten können,

die den Bedürfnissen auch anspruchsvoller Menschen entspricht. Hof - in Bayern ganz oben - soll für Leben stehen, das eine optimale Balance zwischen materiellen und immateriellen Werten bietet.“

## Bündelung der Kräfte

Ein ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept müsse die richtigen Schritte für die Vision eines neuen Hofes festschreiben und umsetzen, betont der neue OB. An vorderster Stelle stünden alle Maßnahmen, die den Rückgang der Einwohnerzahl stoppen. Es gelte, alle Kräfte und Ideen aus der Bürgerschaft, der Wirtschaft sowie den Vereinen und Verbänden zu bündeln, zu vernetzen und für die Stadt sinnvoll einzusetzen.

## Professionelles Marketing

Daneben müssten alle Anstrengungen unternommen werden, die die hohe Qualität der weichen Standortfaktoren im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich erhalten und stärken. Das Stadtmarketing sei professionell zu betreiben, um die Funktion der Stadt Hof als Oberzentrum zum Wohle von Handel und Wirtschaft zu stärken und besser zu vermarkten. Hof müsse sein Image regional,

aber auch überregional deutlich profilieren und verbessern.

Die ehemalige Grenzstadt soll nach den Vorstellungen des neuen OB künftig wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt werden, mit einem Rathaus als modernem Dienstleistungszentrum. Die Politik der Haushaltskonsolidierung sei dabei konsequent fortzusetzen. Die Chancen, die eine effiziente Verwaltungsorganisation und die Kooperation mit privaten und öffentlichen Körperschaften bieten, müssten genutzt werden.

Die hohe Attraktivität von Hof als Einkaufsstadt müsse erhalten bleiben und gemeinsam mit dem Handel ausgebaut werden. Besonderes Ziel: die Steigerung der Erlebnisfunktion der Innenstadt.

## Wirtschaftsförderung ist Chefsache

Zur absoluten Chefsache hat Fichtner indes die Wirtschaftsförderung erklärt. Die drei zukunftsweisenden Projekte Automobilzulieferpark, Ausbau des Flughafens Hof-Plauen und die Verlagerung des Landesamtes für Umwelt müssten als Pfeiler der Zukunftsfähigkeit Hofes massiv unterstützt und weiterentwickelt werden. Ohne Ausbau des Flughafens werde die Linie Hof-Frankfurt sterben. Dies müsse verhindert werden.

## Image verbessern

Die Hofer Symphoniker, das Theater Hof und die Hofer Filmtage stellten starke Magnete für die kulturelle Anziehungskraft Hofes dar. Es gelte, sie in Zukunft besser zu nutzen, um das Image Hofes auf nationaler und bayerischer Ebene zu verbessern, die Stadt als Oberzentrum und Mittelpunkt der Region zu stärken und sie als

Wirtschaftsstandort weiterhin attraktiv zu halten.

## Bildung im Fokus

Gute Bildung ist die beste Investition in die Zukunft. Die große Bildungsbreite und Bildungsqualität in Hof gelte es zu erhalten und, wenn möglich, zu steigern. Das breite schulische Angebot müsse gepflegt und fortentwickelt werden, betont das neue Stadtoberhaupt. Nach der Sanierung von Sophien- und Schiller-Gymnasium seien in den nächsten Jahren unter anderem Longoliuschule und Hofecker-Schule an der Reihe. Die Dreifachturnhalle am Saaledurchstich sei unabdingbar notwendig. Die Volkshochschule Hof/Stadt gelte es zu erhalten. Die Potenziale der Fachhochschule müssten gerade bei der Entwicklung des neuen Wirtschaftsfeldes „Wasser-Know-how“ bestmöglich genutzt werden, um sich damit internationale Geltung zu verschaffen.

## Integrationspolitik

Fichtner: „Auch die gute Betreuung vom Säugling bis zum Schüler werden wir ausbauen. Krippen und Hortplätze sind in ausreichender Zahl vorhanden und müssen in dieser Dichte der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung angepasst werden. Der steigenden Anzahl von älteren Mitbürgern muss Rechnung getragen werden.“ Für ein friedliches Miteinander aller Hofer aus allen Generationen und aus allen Kulturen müsse eine kommunale Integrationspolitik die dazu nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Fazit: „Hof hat eine gute Ausgangsposition.“ Die Grundsteine hierfür sind Fichtner zufolge von der CSU gelegt worden. Mit der Bündelung aller Kräfte und einem Oberbürgermeister, der sowohl über eine kaufmännische als auch eine juristische Ausbildung verfügt, und dem eine qualifizierte Mannschaft zur Seite steht, stünden die Chancen sehr gut. DK

Bürgermeisterversammlung/Landkreis Rosenheim:

# Kindertagesbetreuung im Mittelpunkt

So schnell wie möglich wollen die Bürgermeister des Landkreises für klare Verhältnisse bei der Kindertagesbetreuung sorgen. Bei der Gemeindetagsversammlung in Fischbach sprachen sie sich für eine zügige Umsetzung des neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes aus. Hilfreich wird dabei in vielen Fällen der Blick über die Gemeindegrenzen sein.

Zahlreiche Vorgaben des neuen Gesetzes dürften nämlich gerade von kleineren Gemeinden nur sehr schwer zu erfüllen sein. Die interkommunale Zusammenarbeit sei deshalb, wie der neue Leiter des Kreisjugendamts, Johannes Fischer, erklärte, gerade bei der Kindertagesbetreuung unabdingbar. Die Notwendigkeit, Kindertageseinrichtungen zu schaffen und bestehende zu erhalten, zeige sich immer deutlicher. Im Landkreis Rosenheim seien nachweislich überproportional viele Mütter berufstätig. Dies lasse den Bedarf an entsprechenden Betreuungsstätten ständig wachsen.

## 90-Prozent-Quote

An die Bürgermeister appellierte der Jugendamtsleiter, überregionale Einrichtungen wie die Waldorf- oder Montessori-Kindergärten unbedingt zu erhalten. Damit würde das im Gesetz geforderte „vielfältige Angebot“ in der Kindertagesbetreuung gesichert. Darüber hinaus empfahl Fischer den Gemeinden die Anerkennung aller Plätze in den bereits bestehenden zwei Kinderkrippen und in den sieben Kinderhorten.

Als bedarfsnotwendig sollte in den Kindergärten auch die 90-Prozent-Quote für dreieinhalb Jahrgänge anerkannt werden, ebenso im Bereich der Tagespflege die Anträge des Tageselternservice (TES). Aus der Tatsache, dass im Landkreis Rosenheim 73 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht an ihrem Wohnort tätig

sind und pendeln, leitete Fischer die Überlegung ab, dass es für manche Kommune sinnvoll sein müsse, Plätze in Einrichtungen anderer Gemeinden anzuerkennen. Unter diesem Gesichtspunkt seien auch Gastkinderregelungen und die Berücksichtigung der Schul- und Kirchengemeinden neu zu überdenken. „Wir müssen die Kontinuität in der Entwicklung der Kinder sichern“, forderte Fischer, der den Bürgermeistern in schwierigen Fällen die Beratung durch das Kreisjugendamt zusicherte.

Ein weiteres Thema der Sitzung war die Unterbringung von Obdachlosen. Nachdem es in diesem Bereich noch einige rechtliche Grauzonen gibt, empfahl Direktor Konrad Dillkofer vom Bayerischen Gemeindetag in München den Gemeinden die Bildung eines eigenen Arbeitskreises wie im Nachbarlandkreis Ebersberg. Dort habe sich die „Zentrale Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit“ sehr bewährt.

Dass diese Problematik vielen Gemeinden auf den Nägeln brennt, machte die rege Diskussion deutlich, wobei sich herauskristallisierte, dass neben den zentralen, größeren Orten vor allem jene Gemeinden mit Asylbewerberunterkünften und Justizvollzugsanstalten ihre liebe Not mit Obdachlosen und Nichtsesshaften haben. Rohrdorfs Bürgermeister Fritz Tischner, Vorsitzender des Kreisverbands Rosenheim im Bayerischen Gemeindetag, sagte jedenfalls, sich um die Bildung eines Arbeitskreises zu kümmern. DK

## Vorschau auf GZ 7

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 7, die am 6. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge - Städtereinigung

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

## Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

## LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Aussenmöblierung

**BECK**

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen  
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN  
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33  
www.beck-aussenmoeblierung.de

## LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt  
Inh. Bernd Knödler  
Heinkelstraße 44  
71384 WEINSTADT  
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de  
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

## Fahrradabstellanlagen



## Fahrradabstellanlagen



## Friedhofsbedarf, Totenkühlergeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg  
☎ 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15  
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

## Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 41230

## Papierkörbe

**IUT** der Umwelt zuliebe  
INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK  
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG  
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen  
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 • Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88  
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

## Papierkörbe

## LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 • D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

## Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

**KOMPAN**  
Playful Living  
KOMPAN GmbH  
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg  
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35  
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com  
www.kompan.com

## Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner**  
Kommunal- und Winterdienst-Technik  
W. Gmeiner GmbH & Co. KG  
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kürnberg/Amberg  
Tel.: +49 (0)9621 / 7685-0 • Fax +49 (0)9621 / 7685-49  
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

## Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

## Wartehallen/Außenmöblierungen

## LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen  
www.orion-bausysteme.de

## Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

## Wassermesser

**HYDROMETER**  
DIE ZUKUNFT ZÄHLT  
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615  
www.hydrometer.de

## Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 41230